

G 5361 F

ANKE BRUNN: BERLIN ODER BONN

**I. AHLERS - D. BIMBOES
K.P. WEINER - F.O.WOLF**

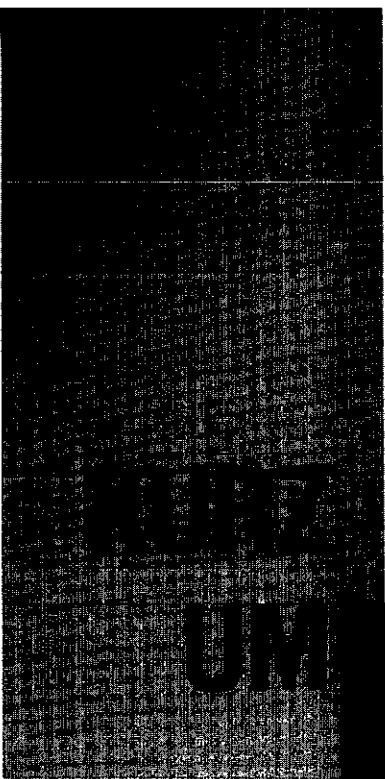
NEUE WELT (-ORDNUNG) ?



ISSN 0170-4613

NEUE WELT (-ORDNUNG) ?

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT
AUSGABE 2/91 • HEFT 58 • MÄRZ/APRIL • DM 7,-**



In diesem Heft steht die internationale Szenerie im Vordergrund. Neben Artikeln von KLAUS-PETER WEINER zur Entstehung einer „neuen Weltordnung“ und EDGAR GÖLL zur US-

Linken haben wir einige Thesen von INGOLF AHLERS zum Schwerpunkt gemacht, weil er darin den interessantesten Versuch unternommen hat, den „Orient“ als einen Brennpunkt ökonomischer und kultureller Weltansichten zu thematisieren. Angesichts der „linken“ Debatte um das Verhältnis zu Israel scheint diese Erweiterung unseres Horizonts dringend geboten, ist sie doch - ehrlich gesagt - durch eine extreme Ignoranz gegenüber der arabischen Welt gekennzeichnet.

Wie unterschiedlich sind auch in der „Linken“ jüdische und arabische Opfer des Golfkrieges gewichtet worden: ein toter Israeli ist in unserer Aufmerksamkeit gleichviel wie zehntausend Tote in Bagdad wert (die Realität ist schlimm, nicht diese Feststellung!). Wie nachsichtig sind wir gegenüber der Tatsache, daß man es bei Israel mit einem der größten Waffenausporteur der Welt zu

tun hat, der in der Vergangenheit eine enge militärische Zusammenarbeit mit Südafrika pflegte, die Contras in Nicaragua versorgte usw. Wie verhalten wir uns doch auf den israelischen Terror in den besetzten Gebieten und auf den offenkundigen Rassismus, der in Israels Verhältnis zu den Arabern grassiert.

Und Hand aufs Herz: Auch vielen von uns erscheinen der „Orient“ und die „Araber“ als eine recht fremde und dubios-bedrohliche Angelegenheit - etwa so wie es Bertolucci in seinem Film „Der Himmel über der Wüste“ stilisiert hat (vergl. dazu übrigens Rainer Bäckers „Angst vor dem Fremden“ in SPW 6/1990!), während Israel uns als nah und „zivilisiert“ erscheint. Wie gut, daß sich diese latent rassistische Ignoranz gegenüber der arabischen Welt durch das besondere Verhältnis der Deutschen zu den Juden rechtfertigen läßt. Und so drücken sich die deutschen Delegationen in Tel Aviv die Klinken in die Hand, während man die Araber den amerikanischen Truppen überläßt...

Mehr oder weniger offen bleibt in unseren wie auch in anderen „Golf-Artikeln“ die Frage nach den Perspektiven der internationalen Beziehungen. Hier versagt im übrigen auch die Friedensbewegung. Denn wenn sich am Golf etwas erwiesen hat, dann die historische aktuelle Rolle der Gewalt in der Entwicklung der Völker wie auch der gesamten Menschheit (marxistisch betrachtet eigentlich keine neue Erkenntnis). Und es scheint so, als ob Aufmerksamkeit für die globalen und regionalen Verteilungsprobleme und für die Suche unterdrückter Massen nach sozialem Schutz und kultureller Identität ebenfalls nur durch Gewalt erzielt werden kann.

Nachdem sich - trotz Club of Rome, Brundtland-Report, „neuem Denken“ usw. - die internationalen Entwicklungsprobleme immer weiter verschärft ha-

ben und der „Norden“ faktisch einen Krieg gegen den „Süden“ führt, wird der „Süden“ einen Krieg gegen den „Norden“ führen müssen. Dies zwingt zur Einsicht, daß jedwede internationale Ordnung auf absehbare Zeit eine Gewaltordnung sein wird und daß eine Friedensordnung insoweit auch „nur“ eine Regulierung von Gewaltverhältnissen darstellen kann (wie dies in anderer Weise auch für die bipolare Nachkriegsordnung gelolten hat).

Als europäische Perspektive bleibt da nicht das Ideal eines Friedenskontinentes, sondern die Frage, ob die Solidarität des „Nordens“ aufgesprengt, neue Bündnisse zwischen progressiven Mächten des „Nordens“ und Kräften des „Südens“ entwickelt werden können. Nachdem die UdSSR als Machtfaktor wohl endgültig abgeschafft ist, stellt sich diese Frage für Westeuropa und die dortige Linke. Kurz vor Beginn des Golfkrieges schimmerte diese Perspektive in der französischen Initiative und in den Positionen des dann zurückgetretenen Verteidigungsministers (und PSF-Linken) Jean-Pierre Chevenement durch: der Auftritt Westeuropas als eigenständige und progressive „Weltmacht“.

Kurzum: Unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint mir die Ablehnung jeglicher Beteiligung an Interventionen in den südlichen Erdteilen zwingend geboten. Eine Konzeption für die künftige Rolle von BRD und EG in den internationalen (Gewalt)Verhältnissen ist dies jedoch keineswegs. Das Dilemma der SPD wie auch der meisten deutschen Linken: ein Schwanken zwischen Pazifismus (der dem „Süden“ nichts nutzt) und westlicher bzw. NATO-Solidarität (zu den USA, was dem „Süden“ erst recht nichts nutzt). Sozialistische Perspektiven liegen jenseits davon. Dazu mehr in den kommenden Heften.

UWE KREMER

IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Detlev Albers (Bremen),
Heinz Albrecht (Berlin-West),
Jürgen Egert (Berlin-West),
Karin Fuchs (Verl.),
Josef Hindels (Wien),
Klaus Peter Kisker (Berlin-West),
Heinrich Lienker (Bielefeld),
Susi Möbbeck (Bremen),
Ursula Pausch-Gruber (Kairöndach),
Kurt Wand (Hamburg),
Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.),
Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion:
Ingo Arend,
Oliver Brosch,
Florence Guesnet,
Uwe Kremer,
Mathias Machnig,
Birgit Zoerner

Redaktionssekretär:
Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
Kieler Str. 13
5000 Köln 80
Telefon (0221) 623271
Telefax (0221) 612815

Verlag:
spw-Verlag/Redaktion GmbH
Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80
Geschäftsführung:
Andreas Bach,
Ulla Saß

Konto des Verlages:
Postgiroamt Dortmund,
Kto. Nr. 324 434 68
BLZ 440 100 46
Abzahlungen ausschließlich
auf dieses Konto

• Die spw erscheint 1990 in 6 Heften
mit ca. 60 Seiten pro Heft
• Jahresabonnement DM 51,-
ermäßigtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose; DM 42,-
• Auslandsabonnement DM 54,-

• Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in
Maschinenschrift und mit einem
ausreichenden Rand versehen sein.
Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
Diskette mit einem Ausdruck
geliefert werden
(MS-DOS 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll,
MS WORD oder reiner ASCII-Text).

ISSN 0170-4613

Copyright (C) spw-Verlag/
Redaktion GmbH 1991.
Alle Rechte, auch das
der Übersetzung, vorbehalten.

Satz und Gestaltung:
Birgit Cierson & Michael Meik, Hemer

Druck:
Nalte-Druck, Schwerte

1.-3. Tausend April 1993

KOMMENTAR

Ingo Arend:
Der Golf und die Bewegung Seite 4

Anke Brunn:
Berlin oder Bonn ? 7

BERICHTE

Konferenz des sozialistischen Hochschulbundes:
"Perspektiven linkssozialdemokratischer Politik
in Hochschule und Gesellschaft" 10

Juso-Bundeskongreß:
Kein Rechtsruck - Neue Herausforderungen 10

REZENSION

Ingo Arend zu: "Linke Politik in Deutschland"
Die Demokratie der Zivilgesellschaft 12

Rainer Bäcker:
Auf der Suche nach der verlorenen Zeit 14

Diether Dehm:
Bitte noch kühler, Herr Voss 16

DEBATTE

Lutz Marz:
Der fatale Konsens 17

Edgar Göll:
Stecknadel im Heuhaufen - Die Linke in den USA 22

spw special

Ingolf Ahlers:
'Neue Weltordnung' und regionaler Klientelismus 27

Klaus-Peter Weiner:
Feuertaufe einer Neuen Weltordnung? 35

Frieder Otto Wolf:
Warum ist die Durchsetzung eines alternativen
Konsummodells so wichtig - und so schwierig? 40

Detlef Bimboes:
Umwelt und Gesundheit im gemeinsamen Haus Europa 47

Christoph Butterwegge:
Die neue Rechte und der Kampf um Hegemonie 51

INGO AREND

DER GOLF UND DIE BEWEGUNG

Es war wie in alten Zeiten: Trotz polarer Temperaturen harrten Hunderttausende auf der Bonner Hofgartenwiese aus und artikulierten ihren unüberhörbaren Protest gegen den Krieg am Golf. Wirklich alles wie damals?

Ein bißchen merkwürdig war es schon, als im Fernsehen die Bilder von der größten Friedensdemonstration seit Jahren über die Mattscheibe flimmerten. Als der Tagesschau-Reporter zufrieden mitteilte, daß es keinerlei Vorkommnisse und keine antiamerikanischen und antiisraelischen Vorwürfe gegeben habe, mischten sich in die Genugtuung und den Stolz darüber, daß die beharrlich totgesagte Bewegung sich so beeindruckend zurückgemeldet hatte, auch Beklemmung über eine gewisse Zahnlosigkeit. Wogegen richtete sich eigentlich der Protest?

Ein zielsicherer Medienmechanismus hatte zumindest ansatzweise zur Domestizierung des Protestes beigetragen. Mit einem Trommelfeuer von Vorwürfen und Versuchen, das Mörderregime in Bagdad und die Friedensbewegung in einen Topf zu werfen und mit den altbekannten Antiamerikanismus-Vorwürfen sollte die Bewegung ausmanövriert werden. Die aktuelle Bedrohung Israels und die Unkenntnis über die mit gleichen Argumenten und weitaus mächtigerer Unterstützung agierende US-Friedensbewegung brachte die Demonstranten in die Defensive. Die ständig notwendigen Rechtfertigungen, daß die Friedensbewegung auch Saddam Husseins Vorgehen ablehne, ließ die eigenen Forderungen nach Waffenstillstand, Unterbindung der Rüstungsexporte und die Bestrafung der Kriegs-

Ingo Arend, Politologe und Journalist (Bonn), Redakteur der spw

profiteure untergehen. Proatlantische Solidaritätsbekundungen auf der rechtsliberalen Seite wie die Anzeigen der „Atlantik-Brücke“, ausgerechnet mit Unterschriften von Björn Engholm, Willy Brandt, Uli Klose und Hans Koschnick, die Kundgebungen der Deutsch-Israelischen Freundschaftsgesellschaft in Berlin und Bonn sorgten für zusätzliche Konflikt- und Differenzierungslinien.

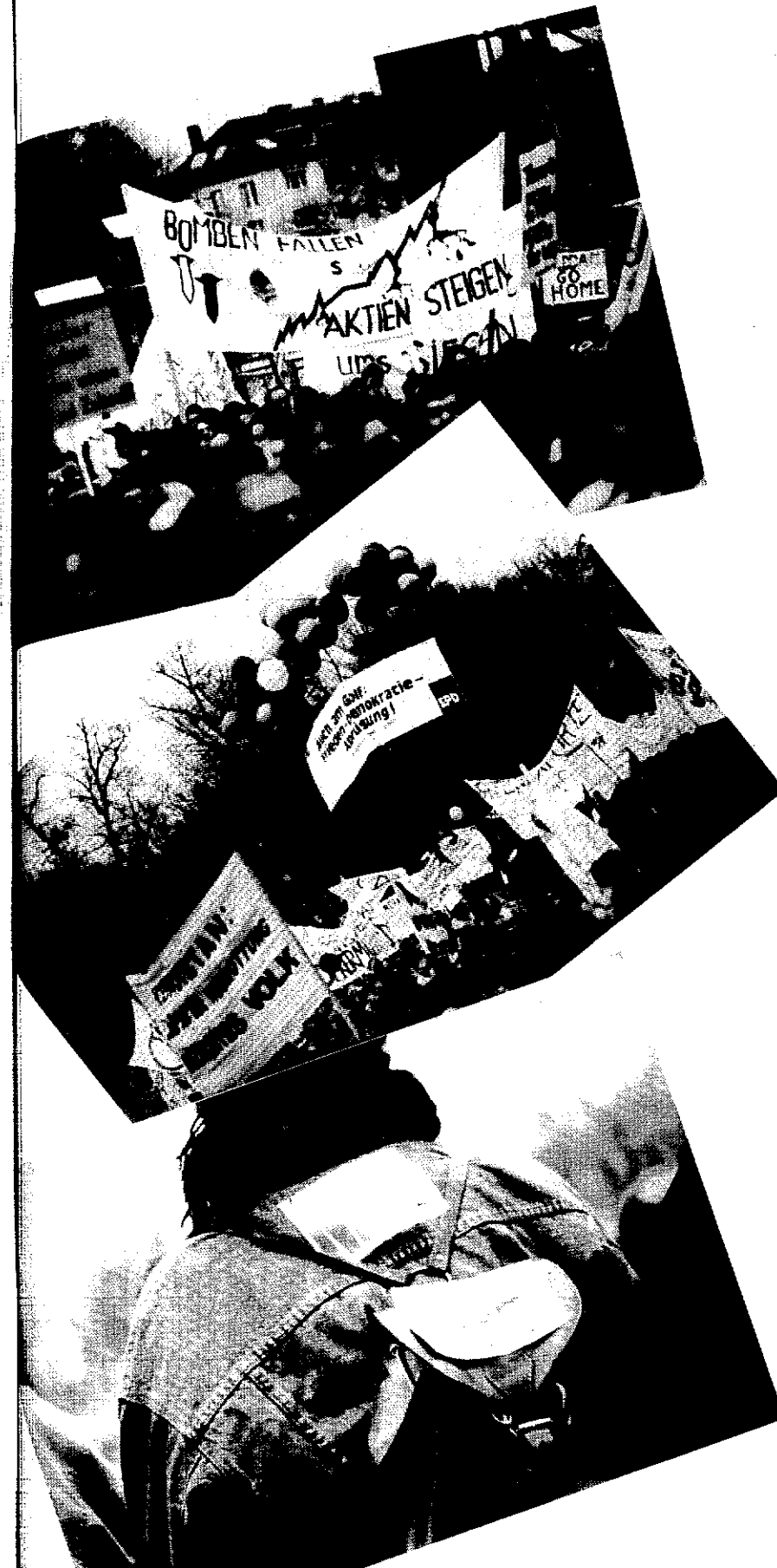
Diese medientechnische Domestizierung überdeckte zeitweise die unübersehbaren Erfolge der Bewegung: Zum einen hatte sie sich als vorrangiger Akteur in der Golfkrise gezeigt, die Parteien zogen hinterher. Damit hat sie ihre Bedeutung als strukturelles Moment von Politik behauptet. Dazu kommt die berüchtigte „Bündnisbreite“. In den letzten zwei Jahren fehlte der Friedensbewegung der zündende Massenfunke. Lange Zeit waren oft quälend seminaristische Diskussionen über die Konstruktionen eines erweiterten Friedensbegriffs als Grundlage der weiteren Arbeit, der Übergang zu positiven Friedensalternativen und die daraus folgende Mühe, praktisch umsetzbare Ansatzpunkte zu finden, angesagt.

Unter dem Druck des drohenden Krieges etablierten sich die sozialen Träger der lange vernachlässigten ökologischen und sozialen Friedensdimension auf einmal ganz schnell. Fast umstandslos war diesmal der DGB mit Geld und dem Chef als Redner bei der Sache. Nahezu alle relevanten Umweltverbände und die großen berufsspezifischen Friedensinitiativen - wie die IPPNW - waren von Anfang an vertreten. Nicht auszudenken, welche soziale Sprengkraft ein solches „Bündnis“ haben könnte, bliebe es längere Zeit und mit erweiterter, auf Demokratie abzielender Zielsetzung beisammen.

Dennoch ließ sich auch eine Diskrepanz ausmachen zwischen einer bundesweit in Bewegung geratenen Friedensszene und einer Handvoll Funktionäre, die aus besseren Tagen übriggeblieben waren. Die Menschen wären auch ohne große Apparate, austarierte Erklärungen und die ganzen Rochaden ihrer Bewegungsmandarine gekommen. Das seit einiger Zeit eher müde dahinwerkelnde „Netzwerk Friedenskoooperative“ hatte Mühe, dem Ansturm der Demonstrationswilligen noch schnell eine Plattform zu zimmern und sich als Speerspitze der Bewegung auszugeben.

Und natürlich gab es Probleme mit der Lernfähigkeit einer Bewegung, die sich sonst immer als der schon vorhandene Vorschein einer besseren Gesellschaft in der schlechten Realität gesehen hatte. Erst einen halben Tag vor der Kundgebung gelang es, die Hauptträger des Protestes, die Schüler und Studenten, gegen die altgedienten Selbstdarsteller wenigstens mit einem kurzen Redebeitrag auf die Hauptbühne zu hieven. Langfristig gesehen ist aber gerade dieser Generationswechsel, der weiter andauernde Einsatz der Jungen und Mädchen, die wichtigste Neuerung. Es gelang ihnen, den seit Jahren etwas ritualisiert, stumpf und altbacken gewordenen Protest mit einem neuen Lebensverlangen zu beleben.

Es ist noch gar nicht absehbar, welche Wirkungen der neu entstandene Sozialisationszusammenhang einer zuvor als unpolitisch eingeschätzten Yuppie-Jugend langfristig haben wird. Mit ihren Aktionen fanden reale, seit langem unterschwellig angestaute, durch luxuriöse Anpassung verdrängte Bedrohungsvorstellungen einen Weg in die Öffentlichkeit. Es war diesmal alles nicht wie ein alternatives Volksfest. Der Friedensbewegung saß der Schock



über den Kriegsausbruch im Nacken. Viele Friedensträume schienen ausgeträumt. Die enge „antiimperialistische Solidarität“ weitete sich. Die Wahrnehmung globaler Überlebens- und Gattungsfragen grundierte den Protest.

Die Demonstration kann erst der Auftakt gewesen sein. Die Situation ist offen. Zwar platzen auf der einen Seite jeden Tag mehr die Seifenblasen aus Lügen und Versprechen der Kriegscoalition. Der Golfkrieg war eine Chance. Die des ganz pragmatischen Wiedereinstiegs in das ganz normale Geschäft Krieg. Nach dem Muster, wie es die mehr selektive militärische Bewegungsfreiheit suchende Militärführung in den USA schon in „Discriminate Deterrence“ propagiert hatte. Der mit Blick auf eine neue Weltfriedensordnung absichtsvoll genährte Eindruck, daß der Krieg chirurgisch präzise geplant, geführt und kontrolliert werden könnte, ist nach den ersten Wochen dahin. Bislang gab es einen im 20. Jahrhundert durch die zwei Kriegsweltbrände blutigerkaufen Konsens, daß Kriege nicht mehr führbar, daß sie unmoralisch sind. Aber trotz des Anfangserfolgs der Friedensbewegung am 26.1. droht die öffentliche Meinung dahin umzukippen, daß auch die Nichtbeteiligung unmoralisch ist.

Dazu trägt die Ausschaltung der Demokratie bei. Als einzige Bilder der Opfer dieses Krieges erlaubt uns die Militärensensur bis jetzt die der ölverklebten Wasservogel vom Persischen Golf. Die mehr als 300.000 unschuldigen Menschen, die nach Berichten des SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Opel bereits umgekommen sein sollen, bleiben noch unsichtbar. Werden sie auftauchen, könnte sich die Stimmung schnell wieder wandeln.

Die bisherige Arbeit der Friedensbewegung in der Golf-Krise hat neben dem unerhörten Mobilisierungserfolg auch eine Gefahr gezeigt. Die nämlich, zu einer breiten Beliebigkeit zu verschwimmen. Hintereiner fundamentalistischen Anti-Kriegs-Stimmung könnten die Fragen nach der deutschen Beteiligung und die konkreten Möglichkeiten ihrer Unterbindung verschwimmen. Und natürlich besteht die Gefahr, daß die Demonstration nur das Ventil für die unterschwellig vorhandene Kriegsangst war, die wie ein Strohfeder kurz aufflackerte, aber ebenso schnell in sich zusammenfällt.

Hier liegt der Ansatzpunkt für die weitere Arbeit. Deutsches Gewicht muß eingebracht werden für die militärische Deeskalation, für die Bestrafung der Profiteure des Todes und für die Rückkehr zur Politik bei der Gestaltung einer friedlichen Zukunft in Nahost. Sollte nicht die Rüstungsindustrie zu einer Sondersteuer für den ökologischen, ökonomischen und sozialen Wiederaufbau in Nahost herangezogen werden?

Die jetzt zu diskutierenden Aktionen gegen Krieg sind auch eine Möglichkeit, das Gewicht der in der Regel unbeteiligten und unschuldigen Volksmassen in die internationale Politik einzubringen. Konsequente Demokratisierung und Zivilisierung der internationalen Politik bleiben, wie gerade die Vorgeschichte dieses Krieges zeigte, auf der Tagesordnung. Die bislang hauptsächlich theoretisch diskutierte Arbeit der „Volksdiplomatie“, nur mühsam in der deutsch-sowjetischen Aussöhnungsarbeit der Friedensbewegung und in der Prager Helsinki-Bürgerversammlung vom vergangenen Herbst praktiziert, könnte hier als Konzept auf eine konkrete Nagelprobe gestellt werden. Die Diskussionen in allen beteilig-

ten Ländern bieten Chancen, an einem konkreten Punkt die schwierige Aufgabe der Internationalisierung der Friedensbewegung anzugehen.

Ansatzpunkte sind die auch von den Bewegungen in der Türkei, in Israel und mit der irakischen Opposition zu führende Kriegsfolgendiskussion. Dabei muß auch die US-Friedensbewegung teilnehmen. Die Gespräche mit arabischen gesellschaftlichen Gruppen müssen den Boden bereiten für friedensfähige Lösungen nach dem Krieg. Es gilt, die neu entstehenden Feindbilder, die sich aus diesem, zum ersten Mal militärisch ausgetragenen Nord-Süd-Konflikt bereits jetzt ergeben, zu bekämpfen. Jede Menge Ansatzpunkte für Gestaltungsarbeit also. Diese wird durch keine Regierung geleistet werden können.

Der aktuell notwendig gewordene Strukturwandel zu einer Antikriegsbewegung macht aber die Suche nach positiven Alternativen, nach einer neuen Weltfriedensordnung, die auf politischer Konfliktlösung basiert, nur noch dringlicher. Der Pseudorealismus der herkömmlichen Machtpolitik, als dessen zeitverzögerter Nachahmer sich jetzt Saddam Hussein ins Bild setzte, ist tödlich geworden. Die Art von Realismus, die sich am Golf austobt, ist vielmehr die Negation der Negation: Die Tatsache, daß der Krieg trotz vorhandener politischer Alternativen von der Allianz begonnen und trotz aller vorhersehbaren, grauenvollen Konsequenzen geführt wurde, macht einsehbar, daß er seine Funktion als Vollender von Politik eingebüßt hat. Der Eindruck wächst, daß dies nicht irgendein „normaler“ Krieg, sondern der Vorbote einer drohenden Weltkatastrophe war. Wie in einem Brennglas verdichten sich alle globalen Probleme und zeigen die - immer stärker

bis in unsere persönlichsten Lebensbereiche hineinreichenden - Konsequenzen auf, die zu erwarten sind, wenn mit der Art von Realismus weiter so gemacht wird wie bisher. Angefangen beim Ökokollaps bis hin zur Vernichtung der letzten steinernen Zeugen des Ursprungs unserer Zivilisation zwischen Euphrat und Tigris. Und diese schon jetzt kaum lösbaren Probleme stellen sich in der Zeit nach dem Krieg verschärft.

Von nicht wenigen in der Friedensbewegung wurde die Diskussion um einen positiven Friedensbegriff als amüsante Zeitvertreib für eine beschäftigungslose Übergangszeit gesehen, bis man sich wieder auf realistische, handfeste Probleme, auf die Hardware in Militär und Industrie, stürzen kann. Das ist absolut notwendig und sicher in einem stärkeren Umfang als bisher. Aber vielleicht ist gerade heute nichts realistischer als eine neue positive Weltfriedensutopie. Und wer außer der internationalen Friedensbewegung sollte sie entwerfen?

spw

ANKE BRUNN

BERLIN ODER BONN?

255 Abgeordnete der Liste für Bonn

Blüm unterschrieb bisher als einziger
Von unserem Redakteur Heinz Murmann

Bonn - Bereits 255 Abgeordnete haben ihre Unterschriften unter eine überparteiliche Gesetzesinitiative gesetzt, nach der Berlin zwar „Hauptstadt Deutschlands“ sein soll, „Sitz von Parlament und Bundesregierung“ aber Bonn. Die I-...
sie sind jetzt offen vor der Sommerabstimmung im Bundestag. Die Befürworter vor allem 1.

Nach dem Einigungsvertrag ist Berlin Hauptstadt. Über den Sitz von Regierung und Parlament wird nach der Vereinbarung entschieden.

Die Entscheidung muß bald fallen, damit für beide Städte und vor allem für die betroffenen Menschen Klarheit eintritt. Es stellt sich die Frage: Gibt es in Deutschland nicht wichtigere Aufgaben, als einen funktionierenden Verwaltungsapparat, als den Sitz von Regierung und Parlament nach 40 Jahren aus Bonn nach Berlin zu verlegen? Wie immer die Zahl der betroffenen Menschen und die Kosten eingeschätzt werden: Die Verlegung einer modernen Regierungszentrale wäre notwendig mit Milliardenkosten (von 50 bis 70

Anke Brunn, Vorsitzende des SPD-Bezirks Mittelrhein und Wissenschaftsministerin NRW, Köln

Milliarden reichen die Schätzungen) und mit der Verlegung von vielen tausenden direkt oder indirekt betroffener Arbeitsplätze (50.000 bis 100.000) verbunden. Der Beschäftigungseinbruch würde die Wirkung von Kohle- und Stahlkrise zusammengenommen erreichen. Selbstverständlich müßte ein Parlament, das einen so folgenschweren Beschluß faßte, auch ein Strukturprogramm für Bonn beschließen, damit keine Regierungs-Wüste entstünde (Man muß nicht im Rheinland politisch engagiert sein wie die Autorin, um vor der Verlegung der Regierungszentrale zu warnen). Wer den schmerzhaften Umstrukturierungsprozeß von Dortmund, Essen und Duisburg kennt, wer Rheinhausen erlebt hat, wer um die notwendigen Anstrengungen für Rostock, Frankfurt an der Oder, Leipzig, Dresden und Eisenach weiß, kann keine unnötige zusätzliche Krise im Westen wollen. Es widerspricht nicht nur der praktischen

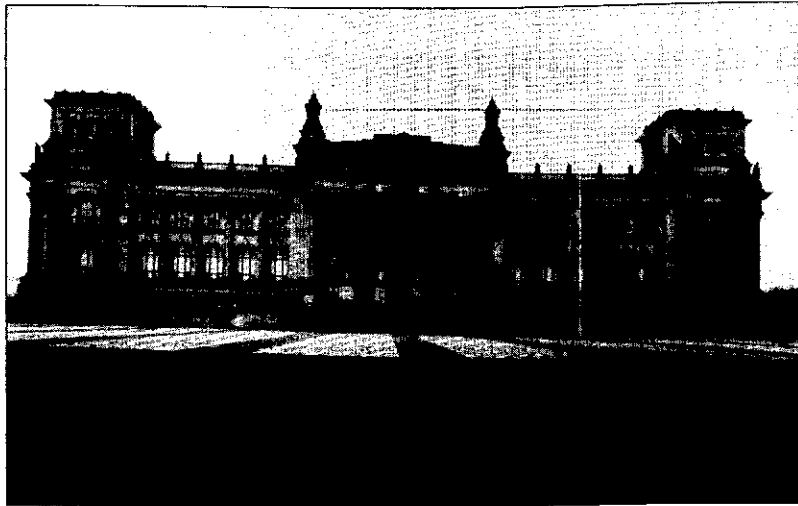
Vernunft, nicht nur jeder ökonomischen Überlegung, Regierung und Parlament zu verlegen, sondern es schafft neue Spaltung und neue Konflikte, statt sie zu überwinden.

Das neuerdings verwendete Argument, der Neuanfang in Berlin und den neuen Ländern sei wirksamer von Bonn aus zu bewerkstelligen übersieht, daß durch diese Verlagerung Kräfte und Mittel gebunden werden, die anders für den Neuanfang in Ostdeutschland zur Verfügung stehen könnten. Mehr Regierungsarbeitsplätze entstehen jedenfalls bundesweit durch eine Verlagerung nicht. Nur die Regierungseffizienz würde bei einem sich über zehn bis fünfzehn Jahre hinziehenden Umzug geschwächt.

Welches Deutschland soll es sein?

Bei dem Thema Bonn-Berlin geht es nicht nur um Fragen von Arbeitsplätzen und Strukturpolitik - dies ist allerdings für Sozialdemokraten traditionell besonders wichtig; es geht auch um Symbole und um die Frage: Welches

Bild: RS



Deutschland soll es sein? Und es geht um Mentalitäten und Generationenfragen.

So wie es für viele Franzosen - besonders die älteren - einen Unterschied macht, ob es „Le gouvernement de Berlin“ oder „Le gouvernement de Bonn“ heißt, so stehen beide Städte für unterschiedliche historische und Regierungstraditionen. Weg von Bonn heißt auch Abschied von der Bundesrepublik und ihrer Regierungstradition, der ersten erfolgreichen Demokratie auf deutschem Boden: erfolgreich im Sinne von Friedfertigkeit, Liberalität, Lebensqualität, Föderalismus und europäischer Integration. Zurück nach Berlin heißt Anknüpfen an 1871, 1918, 1933, an den dreimal gescheiterten preußisch geprägten deutschen Nationalstaat. Die Entscheidung 1871 für Berlin war ebenso wenig historisch zwingend wie 1949 für Bonn. Vor Mitte des 19. Jahrhunderts gab es in Deutschland ein schwer eingrenzbares Staatengebilde mit vielen praktisch und symbolisch wichtigen Zentren. Als Hauptstadt eines deutschen Nationalstaates hatte Berlin bis weit ins 19. Jahrhundert hinein keine Chance. Erst die Militärmacht Preussens entschied, daß Deutschland von Berlin aus regiert werden sollte. Wer heute, wie der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Dieter Schröder (am 16.3.1991), Berlin als zwingendes Ergebnis der deutschen Geschichte darstellt, reduziert die deutsche Geschichte auf den unseligen Mythos von der deutschen Mission des Hauses Hohenzollern und auf die letzten 200 Jahre.

Unumstritten wurde Berlin erst als Symbol der deutschen Einheit nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist verständlich, daß gerade Menschen und Politiker der älteren Generation den Verlust von Heimat, die Erfahrung von Diktatur, Vertreibung, Trennung und Spaltung durch ein heilendes „Zurück

nach Berlin“ aufarbeiten wollen. Sie überschlagen dabei Bonn. Aber man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Aus Bonner Sicht und aus Sicht der jüngeren Generation ist auch zu fragen, ob es richtig ist, unserer jüngsten Geschichte, dem besten Teil unserer Geschichte, eine Absage zu erteilen. Die Entscheidung nach 40 Jahren Bonn, für Bonn und gegen ein Zurück nach Berlin, bedeutet ein Annehmen der historischen Realität. In der Entscheidung zwischen Regierungstraditionen ist die Entscheidung für Bonn die Entscheidung für die bisher beste deutsche Regierungstradition. Eine „natürliche“ Hauptstadt wie Paris oder London, die alle wichtigen nationalstaatlichen Funktionen in sich vereinigt, hat es in Deutschland nie gegeben. Für einen Föderalstaat ist dies auch kein passendes Modell. Viel näher liegt eine Arbeitsteilung wie z.B. zwischen Washington und New York. In der gegenwärtigen Lage mit großer Kraftanstrengung Deutschland nach einem nicht passenden Nationalstaatsmodell konstruieren zu wollen, kann angesichts der bitteren historischen Lehren, die Deutschland annehmen mußte, nicht nur als illusionär, sondern auch als vermessen gelten.

Ein Staat wie jeder andere?

Im Streit Berlin-Bonn zeigen sich auch unterschiedliche Auffassungen darüber,

wie der deutsche Staat sich zukünftig national repräsentieren soll. Wollen wir ein Nationalstaat wie jeder andere sein, gemeint sind unsere Nachbarn Frankreich und England? Wollen, können wir ein „normaler“ Nationalstaat sein? Hier treten in neuem Gewande alte Argumente auf.

Der Wunsch, genau wie andere zu sein bzw. wie andere zu werden, berücksichtigt nicht, daß Nationen verschieden sind. Normalität läßt sich nicht schaffen, indem man auf Illusionen aufbaut oder über Mythenbildung Normalität herbeiträumt. Besser ist es, die Zukunft auf dem aufzubauen, was ist. Voraussetzung dafür ist auszusprechen, was ist.

Gerade weil die Geschichte des deutschen Nationalstaates eine Geschichte des Scheiterns und schrecklichen Unglücks für Millionen von Menschen war, unter deren Spätfolgen die Menschen in Berlin und in Ostdeutschland viel stärker leiden mußten als die in Westdeutschland, ist es umso wichtiger, die nationalen Bezugspunkte so zu wählen, daß die Gefahr erneuten Scheiterns nicht vorgegeben ist. Selbst wenn Bonn für den Adenauer-Staat stehen sollte, was sicher verkürzt ist, weil man z.B. die sozialliberale Koalition, weil man Schmidt und Brandt übersieht, wäre dennoch der Adenauer-Staat als Ahnherr des künftigen Deutschland dem Bismarck-Staat vorzuziehen.

Die erfreulichste Begleiterscheinung

der deutschen Vereinigung war sicher die Sachlichkeit, mit der die Bevölkerung den 3. Oktober aufgenommen hat. Deutschland auf der Suche nach einer neuen nationalen Identität, die ins 20. Jahrhundert trägt, sollte selbstbewußt seine Traditionen wählen. Warum sind wir nicht stolz darauf, daß Pickelhauben und Stechschritt, Schaftstiefel und Uniformen keine Begeisterung mehr hervorrufen? Warum sagen wir nicht selbstbewußt, daß wir neuen Größenwahn ablehnen und uns mit einem bescheidenen, wirksamen Regierungsstil und Regierungsort begnügen? Sollte unser nationales Ziel nicht das bessere Leben und die gefestigte Demokratie auch für die Menschen im östlichen Deutschland sein? Maßlosigkeit, Hybris, Größenwahn, sollten endgültig in die Mottenkiste der Geschichte wandern! Stellen wir uns auf die Seite der Utopie einer verteilten Herrschaft, räumlich verteilt, also föderal, und institutionell verteilt, also demokratisch. Dies als unnational, weil unheroisch und Bonn als rheinisch-separatistisch abzuurteilen, stellt einen Rückfall in vergangene Polemik dar, in einen Nationalismus, den man nur bekämpfen muß. In Abwandlung der alten Frage „Deutschland wo bist Du?“ sollten wir fragen: Deutschland wohin willst Du? Um die Beantwortung dieser Fragen kommt man nicht umhin, wenn es um den Ort der Regierung, des Bundesrats und des Bundestages geht.

Im Kern ist die Diskussion um die Hauptstadt eine Diskussion um die Annäherung an die neue Nation. Sie ähnelt damit dem Historikerstreit. Es geht ebenfalls um die „Normalisierung“ der deutschen Geschichte. Die Rede von der „natürlichen“ Hauptstadt bzw. dem „unnationalen“ Bonn sind Beispiele dafür. Auch aus diesen Gründen ist es gut, die neue Nation nicht auf falschen Mythen aufzubauen, sondern auf guten Traditionen und auf dem, was

ist. Es gibt genügend gute deutsche Traditionen im Rheinland, in Brandenburg, Berlin, in Bayern und in Norddeutschland. Darauf läßt sich besser bauen als auf dem Modell: „Nationalstaat des 19. Jahrhunderts preußischer Prägung“.

Anders als beim Historikerstreit, bei dem sich rechts und links eindeutig schied, geht die Frontlinie beim Hauptstadtstreit quer durch die Lager und ist auch Ausdruck regionaler Mentalitäten. Während es noch nachvollziehbar ist, daß die Menschen in den neuen Ländern auf Berlin als „Hauptstadt der Republik“ ausgerichtet waren und daß die Bayern die Führung durch das preußische Berlin nie akzeptiert haben, ist die links-rechts Aufteilung der Argumente im Bonn-Berlin-Streit komplizierter. Viele ältere Sozialdemokraten haben ihre Sozialisation im sozialdemokratisch regierten Preußen der Weimarer Republik erfahren und empfinden noch heute die harte Rolle der Opposition in der frühen Bundesrepublik. Für die „Enkel-Generation“ steht Bonn dagegen auch für „Willy Brandt“, für „Mehr Demokratie wagen“ und die neue Ostpolitik. Bonn steht auch für Bad Godesberg und für außerordentliche Erfolge der Sozialdemokratie. Und es steht für große, friedliche Demonstrationen auf der Hofgartenwiese. Sicher ist Bonn nicht fehlerfrei, aber die Bonner Republik ist nicht wie die Weimarer Republik gescheitert. Die SPD ist unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg von bedeutenden Sozialdemokraten aus Berlin geprägt worden. Für viele ältere Sozialdemokraten sind Berlin und das östliche Deutschland immer noch die Wiege der Sozialdemokratie. Daher kam auch die Vorstellung, nach dem Fall der Mauer werde die Sozialdemokratie dort automatisch als stärkste Kraft wiedererstehen. Dies hat sich als bittere Illusion erwiesen. Nach drei

Generationen sind die Menschen in Ost und West ganz anders geworden. Die politische Landkarte hat sich vollständig verändert. Man muß das zur Kenntnis nehmen.

Auch das Argument, man habe Berlin die „Hauptstadt“ immer versprochen, trägt nicht. Die Solidarität mit Berlin in den letzten Jahrzehnten war für Berlin ökonomisch und moralisch überlebenswichtig. In der Tat hat in den letzten Jahren niemand ernsthaft damit gerechnet, die Regierung wirklich zu verlegen. Sondern es war die symbolische Rolle Berlins gemeint. Berlin als Symbol der Einheit muß deshalb durch konsensstiftende Projekte gestärkt werden. Dem wird auch durch den Titel „Hauptstadt“ im Einigungsvertrag Rechnung getragen. Wenn man Berlin durch gesamtdeutsche Anstrengungen stärken will, muß man auf Konsens, nicht auf Spaltung bedacht sein.

Da die historisch-machtpolitische Argumentation für Berlin - „natürliche Hauptstadt“ - nicht weit trägt, wird neuerdings eine sozialpolitische Argumentation in den Vordergrund gestellt - Berlin wird ohne Regierung zum „Armenhaus“, heißt es nun. Beide Argumentationen stehen im Widerspruch zueinander; dies läßt sich besonders leicht beim Vergleich der Aussagen des Bundespräsidenten bei der Verleihung der Ehrenbürgerwürde im Juli 1990 und seines Memorandums vom Februar 1991 nachweisen. Gerade die sozialpolitische Argumentation mußte besonders heftige Reaktionen hervorrufen, weil man eine Krise nicht durch eine weitere verschärfte Krise bewältigen kann. Wer Berlin, ganz Berlin und die neuen Länder wirklich stärken will, muß alle verfügbaren Kräfte und Mittel auf einen nationalen Aufbauplan konzentrieren und von einer ebenso teuren wie schädlichen Verlegung der Regierung Abstand nehmen.

KONFERENZ DES SOZIALISTISCHEN HOCHSCHULBUNDES

„PERSPEKTIVEN LINKSSOZIAL-DEMOKRATISCHER POLITIK IN HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT“

16./17. FEBRUAR IN KÖLN

Die wohl größte Schwäche der bundesdeutschen Linken, inclusive der Sozialdemokratie, liegt gegenwärtig in ihrem Unvermögen, „Positionen mittlerer Reichweite“ zu bestimmen, mit denen strategisch, d.h. auf die Veränderung von Kräfteverhältnissen zielend, in gesellschaftliche Auseinandersetzungen eingegriffen werden kann. So war etwa die Anti-Kriegsbewegung nach Abflauen der ersten Empörung nicht in der Lage, die gegen sie geführte Kampagne zu überstehen und eine weitergehende Politisierung zu erreichen.

Die Konferenz des SHB sollte einen kleinen Beitrag zur Überwindung dieses Defizites aus linkssozialdemokratischer Sicht leisten und gleichzeitig der Vorbereitung der a.o. Bundesdelegiertenversammlung am 12.-14. April dienen. Gut 70 Menschen fanden dann schließlich trotz sehr kurzfristiger Mobilisierung den Weg nach Köln, was angesichts des rapiden Zerfalls politischer Strukturen im studentischen Bereich als Erfolg zu werten ist.

Die Konferenz begann am Samstag nachmittag mit vier Foren zu den nach Auffassung des SHB für die Linke zentralen Themen „Internationale Friedensordnung und Nord-Süd-Konflikt“ (Referent: Martin Weiß, wissenschaftl. Mitarbeiter SPD-MdB); „Ökologischer

Umbau der Industriegesellschaft“ (Referent: Jörg-Uwe-Kuberski, IG Chemie Betriebsrat); „Soziale Spaltung im neuen Deutschland“ (Referent: Hans Schirmer, IG Metall Hauptverwaltung) und „Frauenpolitik nach dem Anschluß“ (SHB Bremen).

Am Samstag abend fand aus aktuellem Anlaß eine Podiumsdiskussion zwischen David Azmon, Mitglied der RAZP-Partei (Israelische Bürgerrechtsbewegung) und Mustafa Isaid, einem freien Journalisten aus Palästina, der der PLO nahesteht, statt. So spannend wie diese Diskussion auf dem Höhepunkt des Golfkrieges war, so niederschmetternd war das politische Ergebnis: Eine Verständigung selbst zwischen der israelischen Friedensbewegung und einem durchaus „moderaten“ Palästinenser schien unter den extrem polarisierten Verhältnissen nicht möglich zu sein. Die Frage, wer denn dann überhaupt noch den Friedensprozeß tragen sollte, blieb unbeantwortet im Raum stehen.

Am Sonntag gab es wiederum vier Foren, die sich nun allerdings auf die Hochschulen direkt bezogen. Torsten Bultmann (BdWi) referierte über die „Abwicklung“ der DDR-Hochschulen und die Auswirkungen für die Wissenschaftslandschaft der BRD. Mit Johannes Wildt (GEW) wurde über die sich mehr und mehr zum hochschulpolitischen Hit entwickelnde Auseinandersetzung „Qualität der Lehre“ diskutiert. Forum Nr.3 hatte „Frauenförderung an den Hochschulen“ (Referentin Marion Vollmer, Frauenbeauftragte Uni Münster) zum Thema und im vierten Forum ging es um „Militarisierung der Wissenschaft“. Die Diskussionen am Sonntag waren erwartungsgemäß praxisbezogener und brachten z.T. einen wirklichen Schub für die Positionsentwicklung des SHB. Insgesamt wurde auf dem Abschlußplenum die Konferenz von den TeilnehmerInnen recht positiv ausgewertet. Es wurde diskutiert, etwas ähnliches im Sommersemester noch einmal zu veranstalten. Kurz: Für den in

letzter Zeit nicht gerade erfolgsverwöhnten SHB war die Veranstaltung ein wichtiger Schritt hin zu besseren Zeiten.

Eine Dokumentation über die Konferenz ist beim SHB-Bundesvorstand, c/o Stefan Pfeifer, Hohe Straße 87, 5300 Bonn, erhältlich

Andreas Bovenschulte, Bremen

JUSO-BUNDESKONGRESS 1991 IN POTSDAM

KEIN RECHTSRUCK - NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Entwarnung: Der von vielen vorausgesagte, teilweise herbeigeredete „Rechtsruck“ des JUSO-Verbandes hat nicht stattgefunden. Zwar hat die JUSO-Linke bei den Vorstandswahlen wie erwartet ihre Mehrheit verloren, und mit Ralf Ludwig stellt nun die Undogmatische Strömung den Vorsitzenden (er setzte sich unerwartet knapp gegen Claudia Walther durch). Doch bei der entscheidenden inhaltlichen Auseinandersetzung um Standortbestimmung und Identität der JUSOS konnte sich die JUSO-Linke durchsetzen: die vom Bezirk Westliches Westfalen-anläßlich der Vereinigung von JUSOS-Ost und JUSOS-West - vorgelegte Fassung einer Grundsatzklärung fand nach kleineren Änderungen eine Mehrheit. Im Vorfeld hatte die JUSO-Linke für den Kongreß vor allem ein Ziel formuliert: Der Kongreß sollte für den Gesamtverband linke, sozialistische Identität fundieren bzw. neu schaffen. Dabei wollte man jedoch nicht bei den traditionellen Standortbestimmungen

Jusos fordern die Abschaffung der Bundeswehr

Gesamtdeutscher Kongreß

Potsdam (ap, rtr, dpa) - Der erste gesamtdeutsche Bundeskongreß der Jungsozialisten in der SPD hat in Potsdam Ralf Ludwig zu ihrem Bundesvorsitzenden gewählt. Außerdem sprachen sich die Jusos für die Abschaffung der Bundeswehr aus. Damit stellten sie sich hinter die Kampagne „Bundesrepublik ohne Armee“ der Friedensbewegung. Am Vortag hatten die Delegierten in einem Grundsatzprogramm ihre Vereinigung beschlossen und eine grundsätzliche Abkehr von der marxistisch-sozialistischen Linie mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die turbulente Tagung drohte zu scheitern, als westdeutsche Jusos von den ostdeutschen Delegationen die 40prozentige Frauenquote einforderten. Die Forderung wurde bis auf weiteres ausgesetzt.

des „Hannoveraner Kreises“ stehenbleiben, sondern eine eigenständige theoretische Weiterentwicklung im Sinne eines „Modernen Sozialismus“ deutlich machen. Die beschlossene Grundsatzklärung leistet dies: Sie verbindet historische Kontinuität, eingeschlossen das Bekenntnis zur eigenen, widerspruchsvollen Geschichte als Teil der internationalen sozialistischen Bewegung, mit dem eigenen Lernprozeß, dessen vorläufiges Ergebnis die programmatische Vorstellung eines demokratischen Sozialismus ist.

Tendenz zur Entpolitisierung

Gerade weil der Kongreß wegen der fehlenden Positionsbestimmungen zu aktuellen Fragen eine starke „Binnenbeschränkung“ hatte, erwies sich die Schwerpunktsetzung der JUSO-Linken auf die eher abstrakte Debatte über die Grundsatzklärung im nachhinein als richtig: vor allem als notwendige Selbstverortung nach den letzten Jah-

ren des beschleunigten Niedergangs und Rückzugs des Sozialismus, sowohl in der Theorie als auch in Praxis und Organisation. Zugleich wurde in dieser Debatte das Dilemma der JUSOS deutlich, das sich schon seit einigen Jahren abzeichnete: es gibt im Gesamtverband eine Tendenz zur Entpolitisierung und zum Schwinden theoretischer Kompetenz, das sich im Verlust an Niveau in den Debatten ausdrückt.

Besonders kraß wurde dies in den Beiträgen der ReformsozialistInnen deutlich, die - wohl auch zwecks Mehrheitsbeschaffung unter den JUSOS-Ost - konsequent jede Analyse herrschender kapitalistischer Verhältnisse vermieden und sich in der Perspektive auf einen ausschließlich ethisch begründeten „Wertesozialismus“ beschränkten. Die JUSO-Linke zeigte sich dagegen als inhaltlich erheblich stärker und auch ausstrahlungsfähiger, was schließlich auch zu unerwarteter Zustimmung zur Grundsatzklärung der JUSO-Linken aus den Reihen der ostdeutschen Delegationen führte.

Dennoch zeigte sich, daß auch die JUSO-Linke an inhaltlich-theoretischer Substanz verloren hat - die Debatte wurde von Seiten der JUSO-Linken wesentlich von den altbekannten Köpfen bestritten, Beiträge aus den Bezirken gab es kaum. Die Situation ist deshalb recht kompliziert: einerseits setzt sich die schon länger im JUSO-Verband zu beobachtende Entpolitisierungs- (oder genauer: Entideologisierung-) tendenz nun auch auf Bundeskongressen durch, andererseits ist die inhaltliche Rekonstruktion der JUSO-Linken zwar noch lange nicht abgeschlossen, besitzt dafür jedoch in der Grundsatzklärung einen guten Anknüpfungspunkt für die theoretische und strategische Repolitisierung der JUSO-Organisation.

Abschaffung der Bundeswehr

Die Debatte über den Golfkrieg war ein wichtiger inhaltlicher Bereich, in dem eine einvernehmliche, nichtsdestoweniger gute Positionsbestimmung gelang. Der von der JUSO-Linken vorgelegte Antrag, der letztlich auch so beschlossen wurde, legt den Grundstein für einen neufundierten „Antiimperialismus“. Es gelang die Zuspitzung auf die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr und Unterstützung der entsprechenden Kampagne von Teilen der Friedensbewegung „BoA“ (Bundesrepublik ohne Armee). Jedoch muß der vielbeschworene „Neue Internationalismus“ jetzt weiter inhaltlich ausgearbeitet und praktisch umgesetzt werden.

Binnenbeschränkung des Kongresses

Der derzeit kritische Zustand des JUSO-Verbandes fand Ausdruck in der Tatsache, daß der Bundeskongreß in wichtigen politischen Fragen keine Positionsbestimmung vornahm. Zum einen wurde weder der vorliegende Antrag zu Lage und Perspektiven der SPD beraten noch die notwendige Diskussion über die Arbeitsgemeinschaftsrichtlinien geführt, zum anderen enthielt sich der Kongreß nahezu jeglicher Einschätzungen und Forderungen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern. Nur gut, daß das einmütig beschlossene Bundesarbeitsprogramm Anknüpfungspunkte zur Entwicklung von Forderungen bietet - z.B. mit dem für den Herbst vorgesehenen Aktionstag gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Sönke Klages, Hamburg

1 In den Vorstand gewählt wurden: Für die JUSO-Linke Cathy Hoffmann (Südbayern), Uwe Hicks (Franken), Reinhold Rünker (Westliches Westfalen) und Claudia Walther (Mittelrhein), für die Undogmatischen Jens Geier (Niederrhein), Arne Grimm (Berlin), Eva Kampmeyer (Weser Ems) und Kirsten Lommatzsch (Berlin). Nicht gewählt wurden Ulrich Ackermann (Saarland) und Bertold Richter (Sachsen).

Die Demokratie der Zivilgesellschaft

Die Linke in der Erneuerungsdebatte

Axel Lochner (Hrsg.):
Linke Politik in Deutschland.
Beiträge aus DDR und BRD,
Verlag Galgenberg, 218 Seiten,
Hamburg 1990.

Reader über linke Politik häufen sich. Ein Symptom für deren Krise. Sie spielen oft mehr ihre flatterhaften Bewältigungsversuche, als daß man ihnen wirklich brauchbare Alternativen und Perspektiven entnehmen kann. Buchgewordene Diskussionen: Häufig legt man sie mit einer Art ratloser Verwirrung zur Seite.

Nach der Lektüre schwirrt einem der Kopf ob der vielen durcheinandergeschriebenen Beiträge, denen der rote Faden fehlt. Verständlich, wenn man bedenkt, daß der Linken mehr als ein paar „Hintergrundgewißheiten“ abhanden gekommen sind.

Der Reiz von Lochners Zusammenstellung liegt in dem alle Teile der Linken umfassenden Diskutantenkreis. Er umfaßt Ost wie West, ermöglicht eine synoptische Annäherung an linke Berührungspunkte, bissig-zynische und skeptische nicht ausgeschlossen. Siggi

Fries und Georg Fülberth von der „Radikalen Linken“ überziehen in ihrem Beitrag die Diskussion um „Gestaltungsalternativen“, mit der die Linke nach ihrer Ansicht vor der deutschen Einheit kapituliert, süffisanter Kritik. Sie gehen davon aus, daß in dem neuen weltmarkt-orientierten „Großreich“ Deutschland mit seiner „kolonialen Mentalität“ (Klaus Kömer) die Linke keine Rolle mehr spielen wird. Für Ruth Hammerbacher, ehemalige Vorstandssprecherin der Grünen ist dagegen klar, daß der Begriff „links“ aufgrund seiner real existierenden Bedeutungsgeschichte keine Zukunft mehr hat.

In Zukunft müßte auch das Verhältnis von emanzipativen, auf soziale Gerechtigkeit zielenden Reformen zur ökologischen Krise neu bestimmt werden.

Mechtild Jansen, eine der klügsten und kritischsten Leitfiguren der außerparlamentarischen Linken, seit Jahren engagiert in der Frauen- und Friedensbewegung, Sprecherin im „Netzwerk Friedenskooperative“, entwickelt am Beispiel der Frauenemanzipation die strukturelle Ähnlichkeit des realsozialistischen mit dem kapitalistischen Patriarchat und die „Vision und Utopie von einer anderen Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus“. Wolfgang Templin, Gründungsmitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, heute bei „Bündnis 90 / Grüne“ erweitert diese Kritik auf das beiden Gesellschaften zugrundeliegende Zivilisationsmodell der industriellen Wachstumsgesellschaft.

Wie soll das überwunden werden? Ob sich für die wichtigen Oppositionskräfte durch das Zusammenbringen „bisher getrennt gedachter Teile“ neue politische Schubkraft ergibt, kann bezweifelt werden. Zum unerschütterbaren Glaubenssatz der Linken gehörte bislang, daß die Ökonomie Erklärungs- und Veränderungsfaktor Nummer eins ist. Gemessen an vielen Diskussionen, beispielsweise um einen neuen „politökonomischen Minimalkonsens“ bleibt der zentrale Bereich der Suche nach einem neuen Wirtschaftsmechanismus merkwürdig unterbeleuchtet, ungenau und widersprüchlich. Zugleich offenbart er unterschiedliche Wahrnehmungs- und Bewältigungsmuster aus Ost und West. Reinfried Musch, Betriebsökonom aus der ehemaligen DDR und Mitglied der „Vereinigten Linken“, wünscht sich nach den Erfahrungen mit den zentralistisch organisierten Kombinat im Staatssozialismus mehr wirtschaftliche „Sachkompetenz“ der Linken und sieht schon in „Konsensbildung“ und „partizipativen Führungsmodellen“ Fortschritte. Wolfgang Templin hofft, die „einseitige Orientierung auf Gewinnmaximierung“ durch ein vages kulturelles Wertesystem in Schach halten zu können. Die Agraringenieurin Karin Schießl, ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende in der DDR sieht angesichts der Vorgaben durch die Wirtschaftsunion und die Einheit nur schmale Bewegungsspielräume für die Gewerkschaften insgesamt. Statt „illusionärer Vorstellungen zur Mitbestimmung“ sei „Realismus“ angebracht. Ihre westlichen Kollegen setzen, wie das IG-Metall-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher, nur im Ton ähnlich, auf „Beteiligungsorientierung“. Mit der Diskussion um die „Vergesellschaftung“, die durch konsequente Reformpolitik durchzusetzen ist, umreißen sie zugleich, aber nur vage, weitergehende Ansätze einer „Wirtschaftsdemokratie“. Hier stochert die Linke hilflos in Begriffen. Währenddessen muß die darniederliegende DDR zur ungebrochenen Stimulierung des alten Wachstumsparadigmas erhalten.

Die Parteien als Akteure sind ziemlich „out“. Die Zukunft der SPD, gar des Konservativ-liberalen Blocks ist seltenerweise kein Thema. Und auch wenn Gregor Gysi und Jochen Willerding von der „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) fröhlich-frech ihre eigene Existenz links neben der Sozialdemokratie mit der radikaleren sozialistischen Vision zu begründen suchen - glaubwürdig ist das angesichts der Krise dessen, was als sozialistisch bezeichnet werden kann, und auf welchem Trümmerberg das bei der PDS sich entwickelt, nicht. Horst Bethge, alter Bewegungskämpfer bei der Hamburger GEW, scharft schon wieder mit den Hufen. Erplädiert trotz der Warnung von Oskar Negt vor einer neuen „kurzfristigen Stückwerktechnologie“ der Linken schon wieder behende für eine „Linke Liste“ der außerparlamentarischen Linken und hat tausend Aktionsvorschläge parat.

Wenn es denn so etwas wie zentrale Erneuerungskategorien gibt, die sich bei allen Linken finden, dann sind es die Stichworte Demokratie, Individualität, Öffentlichkeit. Träger dieser neuen Inhalte sind die Bewegungen und die Individuen. Zu runden Tischen als neuer Form der Politikgestaltung im Westen, getragen von den Bürgerbewegungen rät Stephan Bickhardt von „Demokratie jetzt“. Wolfgang Templin fordert den Übergang von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Harald Wolf von der AL Berlin will eine radikaldemokratische Alternative zum Parlamentarismus. Christiane Reymann von den DKP-Erneuerern sieht im Wegfall des östlichen Sozialismusgötzens die Chance zu einer autonomen linken Theoriebildung. Für sie liegen die Gemeinsamkeiten von Ost und West, für linke demokratische Bewußtseinsbildung in einer erstrittenen statt verordneten oder verdrängten antifaschistischen Identität.

Mechtild Jansen verbindet die Punkte Demokratie und Individualität. Demokratie, so fordert sie in Anlehnung an die Diskussionen um die „Zivil-

gesellschaft“, muß in Zukunft die Politik „so weit wie möglich in die Gesellschaft zurückzuholen“ und sie als „Teil des Lebens“, als „höchstmögliche Selbstorganisation“ verstehen. Darin trifft sie sich mit Wolfgang Engler, Philosophiedozent an der Theaterhochschule Berlin. In seinem bemerkenswerten Beitrag fordert er die „Reformulierung des emanzipatorischen Projekts“, das demokratisch und evolutionär - auf einem „menschengeschaffenen“ Lernprozeß aufbauen muß.

Der bisherige, kompromißlose linke Fundamentalismus habe in der Analyse des Gegenwartskapitalismus systematisch die „nichtkapitalistischen Entwicklungspotentiale“ ausgeblendet. Die sieht er in den „Intermedien neuen Typs“. Mit diesen Abstrakta meint er natürlich die sozialen Bewegungen, die er als Erben der alten Emanzipationsbewegungen ansieht. Mit ihren, im Gegensatz zur bisherigen „großkollektiven Kompromißbildung“ entstandenen Verkehrsformen sieht er die Chancen einer zivileren Art von Gegenwartsgesellschaft aufscheinen. Sie hätten innerhalb des Kapitalismus „Bewegungsräume einer Gesellschaft der Individuen“ geschaffen, die reformpolitisch weiterentwickelt werden müssen.

Diesen Ansatz vollendet Jansen. Aus ihrer schonungslosen Bilanz von Realsozialismus und einem falschen linken Politikverständnis im Westen gewinnt sie die Forderung einer neuen „Perspektive einer freien individuellen Entfaltung im kollektiven und gesellschaftlichen Kontext“. Fraglos, daß diese Politik der Linken nur Zukunft hat, wenn sie ein neues menschliches Maß in den Mittelpunkt ihrer formulierten wie gelebten Alternativen stellt. Eine Chance hat sie nur „unter Verzicht auf Modelle, Perfektionismus und vordergründig werbewirksame „Attraktivität“ (Jansen).

Die Linke glaubte nach dem Ende des Kalten Krieges, die in greifbare Nähe gerückte Vision einer friedlichen und

kommunikativen Zivilgesellschaft planvoll polieren zu können. Nach der deutschen Einheit und dem Golf-Krieg wird sie alle Hände voll zu tun haben, sich an den Trümmern einer beispiellosen nationalen und militärischen Renaissance abzuarbeiten, die wie ein Meteorschwarm in diese Utopie eingeschlagen sind. Um so aktueller wird das von Andre Brie beschworene „geschichtliche Augenmaß“, das er der Linken bei der Aufgabe abfordert, das Gewicht des vereinigten Deutschland für eine alternative, nichtmilitärische europäische Friedensordnung einzu-bringen.

Die SPD tat bislang so, als ob sie von der Krise der Linken nicht betroffen wäre; als ob sie die gerechte Strafe für eine paar ultralinke Spinner, die letzten Stalinisten und ihre westlichen Adepten wäre. Sie täte gut daran, diese Debatte weder in Kommissionen abzuschieben noch mit dem Zeigefinger, sondern als Betroffene zu begleiten. Diese Neuformierung berührt die „alte Emanzipationsbewegung“ in ihrem Kern.

Die Linke insgesamt sollte sich keine Illusion darüber machen, wie schwierig es wird, diesen Widerständen den „Charakter einer anderen Demokratie“ abzutrotzen. Harald Wolf verlangt von ihr schon wieder ein wenig voreilig eine „Loyalität der Oppositionskräfte“. Trotzdem sollte die Linke wohl vor allem die „Freiheitschance“ (Engler) kritisch und konsequent nutzen, die ihr der bevorstehende Diskurs bietet. Es kann ihr nichts besseres passieren, als den Zustand fragloser, rhetorisch bis zur Ermüdung wiederholter Sicherheiten im linken Lager zu überwinden. Lochners Buch ist ein Anfang.

Ingo Arend

Rainer Bäcker



Auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Es gab einmal eine Zeit - etwas mehr als hundert Jahre ist es wohl schon her - da tauchte im Land der Deutschen eine Partei auf, die wollte alles anders, und das sofort. Schnell wurden ihr diese Ungezogenheiten ausgetrieben und sie entwickelte sich zu einem braven Sproß der deutschen Familie, die ab und zu vielleicht noch etwas vorlaut war, sich aber immer sofort schickte, wenn Vater Staatsraison streng guckte.

Und plötzlich, so gegen Ende des 20zigsten Jahrhunderts, ist sie von der Bildfläche verschwunden: nicht mehr zu sehen, nicht mehr zu hören. Oder können Sie sich vorstellen, von der SPD anders als in der Vergangenheit zu sprechen?

An die letzten Bilder von der Vermießten kann man sich noch gut erinnern: Grau gekleidete Männer mit sorgenvollen Gesichtern schlichen sich mit gebeugten Rücken ins Kanzleramt, um dem Großen Kanzler aller Deutschen

ihre volle Unterstützung zur Verwältigung der Nationalen Aufgaben zu bekunden. In ihrer schlichten, aber korrekten Art wiesen sie noch darauf hin, daß, was jetzt ER, der gnadenvollerweise bereit, sie jetzt zu empfangen, da sie doch schon so lange um Audienz bitteln, macht, sie immer schon gedacht, wenn nicht gar gesäuselt hätten. So klapperte man mit den Zähnen, um den Bösewicht aus dem Morgenland tüchtig zu erschrecken, ebenso, wie man seufzte ganz tief, ob der vielen Fremd- und Findlinge, die klopfen an die Tür, und damit arg verstörten die Familienfeier im trauten Heim.

Und unvergessen bleibt der Augenblick, als die jetzt so schmerzlich Vermißte ihren neuen Anführer präsentierte. Voller Elan und Begeisterung nuschelte es da hinter einer Pfeife „Wat mut, dat mut“. Noch heute rätseln die Schriftgelehrten ob dieser eigenartigen Laute. War es eine geheime Botschaft aus einer anderen Welt, wie Erich von Däniken vermutelte, oder ein Zitat aus einem bisher verschollenen Werk ihres großen Meisters, des Sprachgewaltigen, wie Heideggerschüler daseinten. Prosaischer klang da schon die Verklärung von medizinischer Seite, die auf das zeitweise Auftreten von Sprachstörungen durch das übermäßige Nuckeln im lässig herunterhängenden Mundwinkel an überproportionierten Tabakspfeifen hinwies.

Sei es, wie es nicht solle, auf Schwundlage unseres heutigen Wissens müssen wir Schlimmeres vermuten. „Waahd mnut, daahd mnut“ muß die chiffrierte Ankündigung für das Verschwinden der einstmal so schwächtigen Partei gewesen sein. Denn kurz nach der

Produktion dieses eigenartigen Lautgebildes geschah es. Als der schon erwähnte Große Kanzler der Deutschen in der ihm eigenen Konsequenz sein Versprechen, mit, unter und über ihm nie Steuererhöhungen, aber wirklich nie, ährrlich, Lambstorf sei mein Zeuge, vervollständigte, indem er die Einkommens-, Körperschafts-, Mineralöl-, Erdgas-, KFZ-, Versicherungs- und Tabaksteuer - teuer, teuer - erhöhte, was, weiß Spott, seine früheren Verkündigungen nicht zur Lüge, sondern höchstens zum Versprechen metamorphisierte, da war es schon geschehen. Alles erwartete nun den Generalangift unserer großen Ob-Positions-Partei, das Ausströmen von tausenden roten Kolonnen, die bewaffnet mit hoch modern gestylten Flugblattemissionen und flammenden Reden das Land zum entschiedenen Widerstand führen. Doch nichts geschah. Vereinzelt Feinohrige konnten noch ein leises Wispern „Wahlbetrug, Wahlbetrug“ vernehmen, doch zu sehen war von ihr schon nichts mehr. Wie schon zu der Zeit, als saubere, schnittige Bomben Bumbum machten und den irakischen Kindern zeigten, wie toll westliche Technologie sich anfühlt, wenn sie einem auf den Kopf fällt, war zu sehen von unserer großen friedensliebenden, internationalistischen, solidaristischen Partei: nichts. Ja, noch weniger als NICHTS, denn nicht einmal da, wo sie einst gewesen, gab es eine Lücke oder leeren Fleck. Pfutsch, einfach pfutsch oder in Abwandlung des Weisen aus dem Norden „Wat pfutsch is, is pfutsch“. Natürlich sprießten gleich die Spekulationen wie reife Bananen aus dem Brett, das vernagelt den

Kopf der Journaille zwecks Zusammenhalt desselben. Während ein montäglich erscheinendes revolutionäres Presseorgan mutmaßte, ER, der schon zwiefach erwähnte Große, der Kanzler, habe unsere arme Partei anlässlich einer seiner vollmundigen Reden einfach verschluckt, vertraten gemäßigtere Kreise die These, das in dem Körperteil, das qua Lage und Funktion als antipodisch zu dem Organ bezeichnet werden kann, das zuständig für vollMUNDige Reden ist, der Ort des Unglücks auszumachen sei. Beim stetigen Versuch, IHM, dem jetzt schon driefach erwähnten, in genau selbiges zu kriechen, sei man abgestürzt und genau darin gelandet, was man jahrelang selber praktiziert habe. Man sieht, ein unserer Verschwundenen übel meinendes Gezeter, das sich selbst disqualifiziert.

Fakt ist und bleibt es aber, daß unsere so geliebte Partei verschwunden ist, und der deutsche Fernsehalltag damit um eine Erheiterung beraubt wurde. Nun sehe ich aber die ungläubigen Blicke, die fragend mich anzusehen und auszudrücken scheinen, „kann denn die größte Partei Deutschlands mit einer Million Mitglieder und Tausend hochquabelizierter, hauptbeamtlicher Mitarbeiter, mit Hunderten von Vorständen und Vorständchen, mit Alten - und mit Frauengruppen und - nicht zu vergessen - mit den jugendlichen Radialschwärmern einfach so verschwinden?“ Was fragen Sie mich? Haben Sie sie denn in letzter Zeit gesehen?

Rainer Bäcker, Dipl. Psychologe, Köln

Bitte noch kühler, Herr Voss

Schön das war schon ganz gut
Das Ineinandergreifen:
Die Überlegenheit in der Luft
Nahaufnahmen vom schwarzen Lodern
in den Augen des kurzfristig für ebenbürtig erklärten Stammesursten
in der Falle

Und - obwohl es doch in den Fingern krabbelte
und heiße Staus um die Eier bringt -
coll und berechnend
vor die Nichts-Fragenden zu treten
nach dem Verbrennen der Menschen.
Ein schönes Ineinandergreifen!
Die Ordnung stand auch ganz gut:
mehr Beileidsaufwand auf einen
in Tel Aviv Ersticken
als auf zwanzigtausend Verkohlte in Bagdad
Opfer erster zweiter und weiterer Ordnung
I've done my job

Aber, aber: seht Peter Voss
trotz sauer verkniffenem Mund - das macht
im heutejournal
im Ton entfernter Feuerwehrsirenen
säuselnd vom Tod Aufbegehrender.
Und doch: unterm sanften Meckern zwischen Löckchen
schimmert bei ihm Triumph
inneres Beben hindurch
ein Lächelnwollen
(was er sonst, wie's heißt, nur beim Arschaufreißen gekaufter
Thaifrauen zeigen soll)
Das war noch nicht perfekt!
Die Unbeteiligtheit zeigt noch Risse!
Daran darf noch gearbeitet werden

Baut nur, baut schneller Herrnmenschen
wenn die Völker der Welt auf einmal begreifen
muß alles stehen!
abfangende Patriots flächendeckend
Medienmasken unbeteiligter Rationalität, die die Menschen betört
das Signalsystem,
was Herzen der Unteren auf den Knopfdruck von Schlagzeilen
für die Oberen schlagen läßt

Wenn mehr Völker ein Veto im Sicherheitsrat wünschen
in der Weltbank die Höhe ihrer Zinsen
die Preise der Rohstoffe, Öl und Uran wünschen
dann müssen die alles erfassenden Satelliten fehlerfrei
wenn die Völker ihre Währungen selbst fixieren wollen
muß alles fertig gemacht sein
für ein noch größeres Ineinandergreifen

Herr Voss, dann müssen Sie auf'm Schirm
aber kühler wirken

Diether Dehm

FE
D
K

Lutz Marz

Der fatale Konsens

Zu einem „blinden Fleck“ der industriellen Umstrukturierung in den neuen Ländern

RE STRUKTURIERUNG

Ein „blinder Fleck“ entsteht, wenn man nicht sehen kann, daß man nicht sehen kann, was man nicht sehen kann.

Weder einzelne Menschen noch bestimmte Menschengruppen besitzen den göttlichen Blick. In jeder Art und Weise, die Welt anzuschauen, gibt es „blinde Flecken“, in denen die Realität verschwindet. Dies tut für gewöhnlich nicht viel, denn solange alltagspraktisch Welt-Wandel und Welt-Sicht halbwegs miteinander korrespondieren, findet man sich trotzdem irgendwie zurecht. Erst wenn diese Korrespondenz jäh auseinanderbricht, können „blinde Flecken“ ernsthafte Orientierungsnot und existenzielle Überlebensprobleme erzeugen -

insbesondere dann, wenn sich die Welt, in der man lebt, plötzlich und fundamental verändert, die gewohnte Form des Welt-Anschauens jedoch mehr oder weniger unverändert bleibt.

Verstreute Eindrücke: Markt und Maschine

Es sind keine systematischen Untersuchungen, geschweige denn methodisch ausgefeilte empirische Analysen, sondern lediglich verstreute Eindrücke, die mich einen „blinden Fleck“ in der gegenwärtigen Phase der industriellen Umstrukturierung in den fünf neuen Bundesländern vermuten lassen: Gespräche mit Arbeitern und Managern, Zeitungsartikel, Berichte von Kollegen, sozialwissenschaftliche Einzelfallstudien, Diskussionen auf Symposien und ähnliches.

Unternehmen dreht sich um zwei neuralgische Punkte, den Markt und die Maschinen.

Die Umstrukturierung in den Unternehmen, so scheint es mir, dreht sich im wesentlichen um zwei neuralgische Punkte, den Markt und die Maschinen. Es geht um die organisationelle Anpassung an die Marktwirtschaft und die technische Modernisierung des Maschinenparks. Die Stichworte sind hinreichend bekannt: Liquidität und Produktivität, Marketing und Controlling, Investitionen und Umschuldungen, Treuhand und Eigentumsrecht, Ersatz moralisch und technisch verschlissener Maschinen

Lutz Marz, ehem. Produktionsleiter eines VEB, jetzt Wissenschaftszentrum Berlin

und Anlagen, Reduzierung der Sortimentsprofile, Verringerung der Fertigungstiefe, Beseitigung der Disproportionen in den Beschäftigtenstrukturen, insbesondere zwischen Produktionsarbeitern und Angestellten sowie zwischen Bedienungs- und Wartungspersonal usw. usf.

Sicher, auf den ersten Blick scheint es sich bei der Behauptung, vorrangig drehe sich alles nur um den Markt und die Maschinen, um eine Fehleinschätzung zu handeln. So ließe sich etwa mit Hinweis auf die tagtägliche Berichterstattung der Medien einwenden, daß vielmehr die sozialen Probleme der Menschen - Kurzarbeit, Entlassungen und Arbeitslosigkeit - in der gegenwärtigen Etappe der industriellen Umstrukturierung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dies ist unstrittig, widerspricht jedoch nicht der zuvor geäußerten Vermutung. Im Gegenteil.

Einer primär markt- und maschinenzentrierten Umstrukturierungsstrategie geraten die Menschen doppelt aus dem Blick, sowohl als freizusetzende als auch als weiterzubeschäftigende Mitarbeiter. Aus der Perspektive dieser Strategie handelt es sich zunächst bei dem Entlassungsproblem um ein zwangsläufiges Folgeproblem der Umstrukturierung, dem man sich auf verschiedene Art und Weise stellen kann:

- a) **Illusionär:** Entlassungen gelten zwar abstrakt als unumgänglich, trotzdem will man sie konkret um jeden Preis vermeiden. Die markt- und maschinenzentrierten Umstrukturierungsmaßnahmen des Unternehmens werden von Anfang an so konzipiert, daß möglichst keiner den Betrieb verlassen muß und jeder so weiterarbeiten kann wie bisher.
- b) **Blauäugig:** Das Entlassungsproblem gilt nicht nur als unvermeidliches Folge-, sondern schlicht als Randproblem. Man stellt sich ihm mit Bauernregeln wie „es wird alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird“, „kommt Zeit, kommt Rat“, „mich kann es unmöglich treffen“.
- c) **Zynisch:** Die Lösung heißt hier „hire and fire“. „Abspecken“ bis zur Effizienz und um jeden Preis, Personalkosten runter und Leute raus.
- d) **Sozialverträglich:** Hier ist man darum bemüht, die notwendigen Entlassungen mit hoher Kompetenz durch die Nutzung allen verfügbaren Er-

fahrungswissens, sachlich so gerecht und persönlich so erträglich wie nur irgend möglich zu gestalten. Die Maßnahmen zielen - aus den unterschiedlichsten Gründen - darauf, sich ebenso schmerz- und verlustarm wie reibungs- und geräuschlos von den Mitarbeitern zu trennen.

Ich vermute, daß die letzte Variante in der gegenwärtigen Umstrukturierungsphase in den fünf neuen Bundesländern zwar anzutreffen ist, jedoch nicht dominiert. Was nun die weiter zu beschäftigenden Mitarbeiter betrifft, so erscheinen sie aus der Perspektive einer primär markt- und maschinenzentrierten Umstrukturierungsstrategie nicht als Problem. Grob zugespitzt ergibt sich in etwa folgendes Bild: Wer nicht arbeitslos wird, kann seinem Schöpfer danken. Er ist heilfroh, seinen Job zu behalten und folglich hinreichend motiviert, seine Arbeitsaufgaben zuverlässig, pünktlich und in hoher Qualität zu erfüllen.

Wenn die externen (genügend Aufträge) und internen (ordentliche Arbeitsmittel) Arbeitsvoraussetzungen gewährleistet werden - was allemal schwer genug ist - , kann es keine Komplikationen geben. Sollten dennoch Schwierigkeiten auftreten, hat man ja auf vermutlich lange Zeit einen übervollen Arbeitsmarkt zur Verfügung, auf den sich im Bedarfsfall immer wieder zurückgreifen läßt. Kurzum, was der primär markt- und maschinenzentrierten Umstrukturierungsstrategie gegenwärtig mehr oder weniger systematisch in den „blinden Fleck“ gerät, scheint mir die soziale Dimension der Arbeits- und Technikgestaltung zu sein.

Einfache Erklärungen: Druck und Kampf

Gesetzt den Fall, dieses aus verstreuten Eindrücken gewonnene Bild täuscht nicht, angenommen, es repräsentiert eine existierende, vielleicht sogar dominie-

rende Praxis industrieller Umstrukturierung, dann drängt sich natürlich die Frage auf, wie dies zu erklären ist. Diese Frage scheint sich jedoch von selbst zu verbieten, denn die Antwort liegt doch wohl auf der Hand: Die Wirtschafts- und Währungsunion stelle für die ehemaligen volkseigenen Betriebe und Kombinate eine Schocktherapie sondergleichen dar, und sowohl die Investitions-

Umstrukturierung der fünf neuen Bundesländer häufig auf Unverständnis und taube Ohren stößt, läßt sich m.E. nur sehr bedingt der geschilderten Situation zurechnen. Ich halte diesen scheinbar „selbstverständlichen“ und „natürlichen“ Erklärungsansatz u.a. deshalb für vereinfachend und vereinseltigend, weil er stillschweigend unterstellt, vor der politischen Wende im Herbst 1989 und dem

Beschäftigtengruppen als auch dem Management die soziale Dimension dieser Prozesse nicht in erster Linie unter der elementaren Gewalt einer jäh überbordenden Problemflut, sondern a priori „weggrütscht“. Ja, mehr noch. Hier dürfte in den Unternehmen - wenn auch aus je verschiedener Perspektive konstruiert und bewußt-bewußtlos produziert - ein fataler, weil destruktiver Konsens bestehen.

ger stand er alltagspraktisch selten tatsächlich im Mittelpunkt. Da nämlich, wo er in den konkreten arbeits- und technikgestaltenden Prozessen nicht als vorgestelltes Abstraktum, sondern als lebendiges Individuum - also auch und gerade als wider-setzliche, mit Eigensinn und Eigenwillen ausgestattete Persönlichkeit - auftauchte, stand er meist nur im

Der Weltmarkt brach sich über Nacht Bahn

Wissenschaftlichen Hoffnungen in Leipzig eröffnet - Tre

initiativen der altbundesrepublikanischen Wirtschaft als auch die Reorganisationsinitiativen der neubundesrepublikanischen Regierung blieben bisher weit hinter den massenhaft gehegten Erwartungen zurück. Bildlich gesprochen: Der Weltmarkt brach sich über Nacht Bahn, die Sturmflut wurde nur unzulänglich kanalisiert und die neuen AG's und GmbH's gehen zuhauf Wasser saufen. Die Unternehmen kämpfen ums nackte Überleben. Den meisten steht das Wasser schon bis zum Hals. Unter diesem elementaren Druck schrumpft die soziale Dimension notgedrungen auf das Problem der bloßen Weiterexistenz. Was bedarf es da noch weiterer Erklärungen?

Vorsichtige Zweifel: Bruch oder Kontinuität?

Daß die soziale Dimension der Arbeits- und Technikgestaltung in der gegenwärtigen Phase der industriellen

darauf folgenden wirtschaftlichen Umbruch im Sommer 1990 hätte sich die soziale Dimension der Arbeits- und Technikgestaltung nicht im „blinden Fleck“ der alltagspraktischen Welt-Anschauung befunden. Zugespitzt formuliert handelt es sich dabei um eine Art „Bruch“-Modell, denn es entsteht der Eindruck, zuvor hätte man diese Dimension sicher im Blick und zuverlässig im Griff gehabt, nun jedoch wäre sie einem unter dem akuten Druck der eskalierenden Probleme schlicht und einfach „weggerutscht“, da man ganz anderes im Sinn hat und es wahrlich wichtigeres zu tun gibt.

Gibt es Gründe, die Gültigkeit dieses plausiblen „Bruch“-Modells zu bezweifeln? Ich fürchte, ja. Es spricht nämlich manches dafür, daß sich dieses Phänomen eher mit einem „Kontinuitäts“-Modell verstehen läßt. Die Vermutung liegt nah, daß aufgrund einer jahrelangen Alltagspraxis der Arbeits- und Technikgestaltung sowohl den verschiedenen

Alte Fundamente: Alltagspraxis und Alltagserfahrung

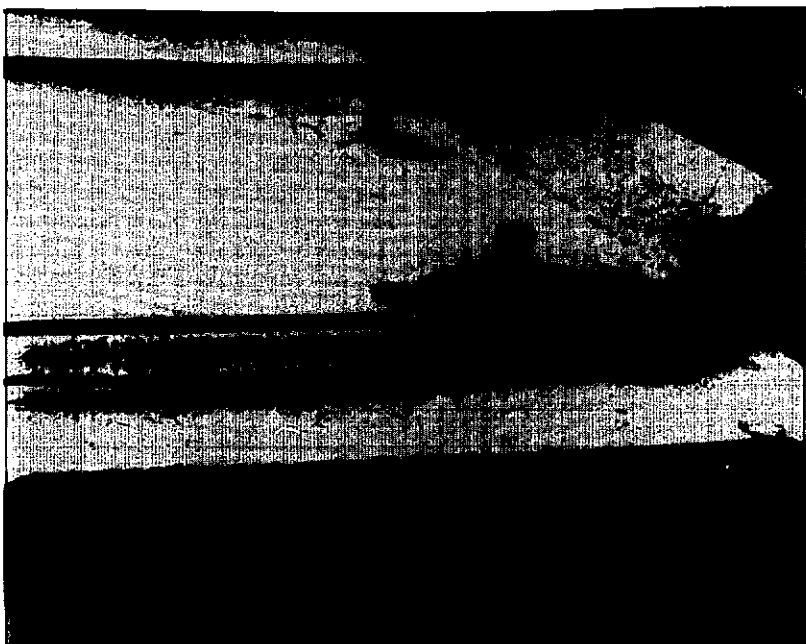
Bei dem Versuch, zu den Fundamenten jener Welt-Sicht vorzustoßen, der die soziale Dimension der Arbeits- und Technikgestaltung systematisch in den blinden Fleck der Beobachtung geriet, ist es m.E. unabdingbar, zwei Differenzen ständig im Blick zu behalten, die sich - metaphorisch zugespitzt - in etwa wie folgt skizzieren ließen:

- a) Die Differenz zwischen virtuellem Vordergrund und realem Mittelpunkt: Freilich, auf allen Ebenen der Gesellschaft wurde der Mensch im „Realsozialismus“ - ob parteiprogrammatisch oder sozialwissenschaftlich, ob agitatorisch oder leistungs-konzeptionell - ebenso permanent wie penetrant in den Vordergrund geschoben. Oft füllte er dort das ganze Welt-Bild. Nichtsdestoweni-

Wege. Vielfach wurde er dort lediglich als aktuelle oder potentielle „Fehlerquelle“ wahrgenommen und dementsprechend behandelt.²

- b) Die Differenz zwischen punktuelltem technischem Fortschritt und schleichendem technischem Rückschritt: Häufig wird die technische Entwicklung in der Ex-DDR als eine Art asthmatischer, schleppender, stolpernder, kurzum als ein vom sozialen System deformierter wissenschaftlich-technischer Fortschritt vorgestellt. Dieses Bild mag insofern eine gewisse Berechtigung haben, als man dabei die Durchsetzung der sogenannten Schlüsseltechnologien vor Augen hat. Dennoch wird es den tatsächlichen Verhältnissen nur sehr bedingt gerecht, weil es harmonisiert und idyllisiert. Es verstellt nämlich den Blick dafür, daß es spätestens seit Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre - u.a. initiiert durch die Senkung der Akkumulationsrate

und die Konzentration der geringen Investitionsmittel auf einige wenige Schwerpunktprojekte - einen, in Breite und Tiefe nur allzuleicht und allzuoft übersehenen, schleichenden technischen Rückschritt gab, der an vielen Arbeitsplätzen immer spürbarer und drückender wurde. Was noch vor 5, 10, 50 oder 60 Jahren funktionierte, wurde zunehmend desolat: Werkhallen verfielen, Maschinen waren nicht mehr reparaturfähig, die Qualität von Grund- und Hilfs-



In ihren Arbeitsprozessen standen die Menschen häufig im Spannungsfeld zwischen punktuell Modernisierungsdruck und massenhaftem Demodernisierungssog.

materialien verschlechterte sich, tausend kleine Dinge, die es bis dahin gab, waren immer schwieriger zu beschaffen usw. usf. Immer öfter konnte man den Spruch „das ist ja schlimmer als 45“ hören. Es gab nicht einfach High-tech-Inseln in einem stagnierenden technischen Umfeld, sondern dieses Umfeld selbst wurde labiler, entwickelte sich zurück und nahm oft auch geradezu vorsintflutliche Züge an. In ihren Arbeitsprozessen standen die Menschen häufig im Spannungsfeld zwischen punktuell Modernisierungsdruck und massenhaftem Demodernisierungssog.

Diese zwei Differenzen bildeten den idealen Nährboden für drei Fetischismen, die sich schlagwortartig wie folgt beschreiben lassen:

a) Der Technikfetischismus: „Das einzige, was wir brauchen, ist eine funktionierende Technik. Wenn wir nur

ordentliche Maschinen, Werkzeuge und Rohstoffe hätten, dann gäbe es auch keine Probleme und der Produktivitätszuwachs käme von ganz alleine.“

b) Der Kapitalfetischismus: „Wenn wir West-Geld hätten oder West-Kapital investieren würde, dann wäre von heute auf morgen Schluß mit der ganzen Mangel- und Schlamperwirtschaft und der gesamte Produktionsprozeß würde wie geschmiert laufen.“

c) Der Expertenfetischismus: „Wir brauchen nur die richtigen Experten“ - d.h. Facharbeiter, Meister, Techniker, Konstrukteure, Manager usw., je nachdem, wer die Misere von welchem Standpunkt aus betrachtete -, „dann gäbe es auch keine Effizienzprobleme.“

Diese drei Fetischismen durchdrangen einander. Die Alltagspraxen marginalisierten und reduzierten die soziale Dimension der Arbeits- und Technikgestaltung. Daß und warum diese Dimension den Menschen systematisch in den blinden Fleck ihrer Wahrnehmungs-, Denk-, Verhaltens- und Entscheidungsmuster geriet, wird vielleicht besser verständlich, wenn man sich folgende drei Punkte vergegenwärtigt, an denen ihre Alltagserfahrung sich wieder und wieder auskristallisierte:

a) Wenn zunehmend vielen bereits eine bloß funktionierende Maschine oder ein ständiger Vormaterialschub fast schon als Wunder gilt und eine moderne Westmaschine als ein Gottesgeschenk herbeigeschont wird, erscheint das Hauptproblem der Arbeits- und Technikgestaltung in der bloßen Verfügbarkeit der stofflich-gegenständlichen Faktoren. Das „Soziale“ reduziert sich auf das Beschaffungsproblem.

b) Wenn die soziale Dimension der Arbeits- und Technikgestaltung an die Menschen primär von außen, in Form von wirklichkeitsfremden Kampagnen herangetragen wird, wachsen mit der Zeit administrativ-propagandistische Gestaltungsform und Gestaltungsdimension bis zur Unkenntlichkeit ineinander. Da die Form den Menschen als absurd gilt, erscheint ihnen auch die in dieser Form repräsentierte soziale Dimension als absurd.

c) Die eigene - individuell und kollektiv - tagtäglich vollbrachte soziale Gestaltungsleistung wurde erstens oft nicht als solche wahrgenommen, zweitens nicht diskursiv gebündelt, drittens als vergleichsweise unbedeutend angesehen und viertens vielfach administrativ unterdrückt. Gerade diese spontanen, jenseits und gegenüber den offiziellen

Gestaltungsformen unter der Hand der Akteure und hinter dem Rücken der Vorgesetzten praktizierten Arbeits- und Technikgestaltungs-lösungen enthielten nicht selten innovative Potenzen, waren im Kern kreativ und originell. Während der Mehrzahl der Leiter diese Potentiale - falls sie sie überhaupt wahrnahmen - als höchst suspekt, weil regelwidrig und nicht kontrollfähig galten, war es für die Initiatoren weder notwendig noch empfehlenswert, ihre Praxis systematisch zu reflektieren, denn es dominierte stets das zwiespältige Gefühl, zwar etwas Sinnvolles und Vernünftiges, letztlich jedoch Verbotenes und Unerlaubtes zu tun.

Auch wenn man dem skizzierten Aufriß der Fundamente im einzelnen reserviert gegenübersteht, läßt sich wohl schwerlich die Gefahr bestreiten, daß die soziale Dimension der Arbeits- und Technikgestaltung nicht nur momentan - unter dem akuten Druck der diversen Anpassungsprobleme und den daraus resultierenden Überlebenskämpfen der Unternehmen -, sondern mehr oder weniger systematisch - unter dem Zwang einer sozial erworbenen Erblast - in den „blinden Fleck“ der industriellen Umstrukturierung gerät. Ist dies der Fall, dann können diese alten Fundamente sehr schnell in neue Barrieren der Umstrukturierung umschlagen.

Neue Barrieren: Mensch und Management

Selbst wer nur einen flüchtigen Blick in die einschlägigen Management-Zeitschriften wirft, dem kann nicht entgehen, daß es einen Umorientierungstrend im Selbstverständnis des Managements gibt, insbesondere was das Verhältnis von Mensch und Management betrifft. Es handelt sich hier nicht um die ebenso bekannte wie kritisierte Praxis, daß die Mitarbeiter einer Organisation bzw. eines Unternehmens durch sporadisch inszenierte PR-Kampagnen manipulativ in den Vordergrund geschoben werden, obwohl sie alltagspraktisch eher am Rande oder im Hintergrund des Managementdenkens und -handelns figurieren, sondern darum, daß und wie sie tatsächlich ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.

Versucht man, diesen Umorientierungstrend auf den Begriff zu bringen, dann zeichnet sich m.E. in diesem Diskurs das Bemühen ab, eine die gesamte Organisation bzw. das gesamte Unternehmen umfassende reflexive und persönlichkeitszentrierte Selbststrukturierung in Gang zu setzen.³ Grob vereinfacht handelt es sich dabei um folgendes: „Restrukturierung“ heißt, es geht um den Umbau der Architektur des gesamten sozialen Handlungsraumes, nicht um eine Renovierung der Organisationsfassaden. „Selbst“ meint, daß diese Organisation nicht nur das Feld, sondern zugleich auch der Hauptakteur in diesem Umbauprozess ist - restrukturiert wird von innen, nicht von außen. „Persönlichkeitszentriert“ fixiert die Mitarbeiter erstens als Dreh- und Angelpunkt der neuen Handlungsstrukturen und zweitens als archimedischen Punkt des Umgestaltungsprozesses. „Reflexiv“ bezeichnet den Diskurstyp, in dem sich die je verschiedenen Akteure der Umstrukturierung permanent auf sich und ihre jeweilige kollektive Umgestaltungsleistung beziehen.

Die Gefahr, daß die skizzierten alten Fundamente in neue Barrieren der industriellen Umstrukturierung umschlagen könnten, macht sich für mich nicht daran fest, daß dieser Umorientierungstrend des Managements vielfach nicht gesehen, geschweige denn mitvollzogen wird. Das Problem besteht für mich vielmehr darin, daß dieser Trend, wenn man ihn ins Blickfeld schiebt, nicht ernstgenommen, in seiner strategischen Bedeutung nicht erfaßt und mehr oder weniger umstandslos bagatellisiert werden könnte. Eine solche Vermutung ist vielleicht nicht völlig aus der Luft gegriffen, denn nicht selten trifft man bei dem Versuch, die soziale Dimension der Arbeits- und Technikgestaltung zu problematisieren, auf eine „Wortphobie“. So reichen etwa bei solchen Themen wie „das Neuererwesen in der japanischen Autoindustrie“ oder „die Rolle der Meister in erfolgreichen Unternehmen“, allein schon die Worte „Neuererwesen“ oder „Rolle der Meister“ aus, um alle Schotten fallen zu lassen. Ich hielt es für zu kurz gegriffen, wenn man meinte, diese Phobie ließe sich unterwandern, indem man die Inhalte lediglich sprachlich aufstylt. Die Allergie scheint mir entschieden tiefer zu sitzen.

Wie dem auch sei, m.E. besteht kein Anlaß, die Gefahr des Umschlagens der alten Fundamente in neue Barrieren zu marginalisieren, denn es dürfte sicher unstrittig sein, welche der beiden Restrukturierungsstrategien - die primär markt- und maschinenzentrierte oder die reflexive und persönlichkeitszentrierte Selbststrukturierung - strategisch die bessere Wettbewerbsfähigkeit sichert, sei es in einer sozialen Marktwirtschaft oder einer nichtsozialen Weltwirtschaft.

spw

1 Zum Phänomen des „blinden Flecks“ und zu dieser Charakterisierung siehe u.a. Foerster, H. v.: Das Konstruieren einer Wirklichkeit, in: Watzlawick, P. (Hg.): Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? Beiträge zum Konstruktivismus, München und Zürich 1986, S. 40f.; Luhmann, N.: Autopoiesis als soziologischer Begriff, in: Haferkamp, H./Schmid, M. (Hg.): Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung, Frankfurt a.M. 1987, S. 317

2 Marz, L.: Diskussionsbeitrag zur Umfrage „Mensch - Technik - Beziehung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus“, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1988, S. 945ff.

3 Marz, L.: Multikulturelles als leitbildorientiertes Management. Zur methodologischen Konturierung und Strukturierung eines Forschungsfeldes, WZB-dpFSII 91-110, Berlin 1991, S. 19ff.

Bis zum 31.3.: Amerika im Angebot

Edgar Göll

Stecknadel im Heuhaufen?

Zur Situation der Linken in den Vereinigten Staaten von Amerika

Entgegen weitverbreiteter Einschätzungen über die Irrelevanz der Linken in den USA lohnt sich für die hiesige Linke ein genauerer Blick über den Atlantik. Der 'relative Niedergang' (P. Kennedy) der USA als Weltmacht, die seit Reagans Amtszeit zugespitzten sozialen und ökologischen Probleme, die Stagnation linker Politik in den USA, die eminenten Umwälzungen in Osteuropa mit dem Absterben des realen Sozialismus, das Ende des 'kalten Krieges', der Bedeutungszuwachs globaler existentieller Krisen und der Golfkrieg bezeichnen veränderte Rahmenbedingungen und bieten hinreichende Anlässe für einen gründlichen Reflexionsprozeß der Linken in den USA.

Edgar Göll, Soziologe, Berlin

Die Reaktionsmuster von US-Linken auf die genannten Rahmenbedingungen sind recht unterschiedlich. Sie reichen von einem Rückzug ins Private, einer resignativen Abkehr von bisheriger Programmatik und Flucht in psychologisierende Erklärungsmuster, über die erneute Konzentration auf 'grassroot politics', bis hin zur Hoffnung, daß nach dem Scheitern der stalinistischen Sozialismus-Variante die 'originären' Aspekte des linken, emanzipatorischen Projekts akzeptabler und erfolgreicher werden könnten.

Der Pluralismus, Regionalismus und die Zersplitterung der politischen Kultur in den Vereinigten Staaten strukturieren weithin auch oppositionelle Bewegungen. Trotz ihrer relativen Schwäche ist die US-Linke noch heterogener als die bundesdeutsche Linke. Holzschnittartige Definitionsversuche darüber, was und wer „links“ sei - dürften mehr noch als in Europa - in den USA scheitern. Als „links“ sollen hier in pragmatischer Weise alle AkteurInnen bezeichnet werden, deren Ziele und Strategien wesentliche Elemente sozialistischer und feministischer Ideologie beinhalten. Über die

(Golf) Aktualitäten hinausgehend soll im Folgenden der Versuch gemacht werden, einige Rahmenbedingungen, die uns das Phänomen des 'Stecknadel-Daseins' der US-Linken näherbringen, und Politikfelder sowie ideologische Strömungen und Organisationsmuster der Linken in den USA, aufzuzeigen.

Mit europäischen Maßstäben

Von Vertretern der mitteleuropäischen Arbeiterbewegung (wie K.Marx, F.Engels, W.Liebknecht) wurden schon sehr frühzeitig skeptische Äußerungen über die Aussichten sozialistischer und linker Bewegungen in den Vereinigten Staaten geäußert. In systematischer Weise wurde dies von dem deutschen Sozialisten und Soziologen Werner Sombart in seiner berühmten Studie „Warum gibt es keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten?“ (1905) diskutiert. Heute werden in Anlehnung an Sombarts Werk für den „American Exceptionalism“ (A. de Toqueville) im Allgemeinen folgende historisch-spezifische

Faktoren genannt, welche allerdings aktuell nur noch in unterschiedlichem Maß Wirkung zeigen:

- der Staatsbildungsprozeß verlief in den USA auf der Grundlage einer Gesellschaft von überwiegend unabhängigen Produzenten wie Farmern, Händlern und Handwerkern (Indianer, Farbige und Frauen blieben bekanntermaßen außen vor);
- es gab keine vergleichbaren dominierenden Ordnungsmuster wie beispielsweise durch die früheren Zunftordnungen und die absolutistischen und feudalistischen Strukturen in Europa;
- der Zentralstaat war (und blieb) schwach, während Großgrundbesitzer und Kapitalisten enorme Macht anhäufen konnten;
- das politische System der USA ist sehr dezentralisiert; Föderalismus, Regionalismus und Sektionalismus sind dominierende Strukturmerkmale;
- die Segmentierung der sozialen Klassen war von Anfang an extrem hoch; Unterschiede in Sprache, Lebensweise, Tradition, Kultur und Religionen erschwerten die Solidarisierung

und Organisationsbildung oder machten sie unmöglich;

- durch die alltäglichen Erfahrungen der Einwanderung und durch die meist dominierende 'calvinistische Ethik' erwuchs einerseits ein ausgeprägter Individualismus und Leistungsmythos, andererseits eine Abneigung gegen obrigkeitliche Aktivitäten;
- die frühe Militanz gegen AnarchistInnen und SozialistInnen mündete in einen undifferenzierten Anti-Kommunismus und äußerte sich auch in blutigen Gewaltaktionen der Bourgeoisie gegen radikale Teile der US-Arbeiterbewegung;
- bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts partizipierte das Proletariat an Wahlrecht und Bürgerrechten, es wurde in das politische System zumindest formal einbezogen;
- das Mehrheitswahlsystem („the winner takes all“) präformiert ein durchgängiges Zwei-Parteiensystem und erschwert/e das Entstehen dritter Parteien (A.S.Markovits);
- der hohe Lebensstandard großer Teile der Arbeiterschaft führte dazu, daß „alle sozialistischen Utopien wegen

Roastbeef und Apfelkuchen zu nichts kommen“ könn(t)en (W.Sombart);

- die koloniale Ausbeutung insbesondere der südlichen Nachbarökonomien ('Hinterhof') trug zu dem industriellen Aufstieg mit bei;
- die weitverbreitete Mobilität und der wirkungsvolle Mythos der 'Frontier' (damals der Chancen im Westen) stellt(ten) eine Art Ventil für Unzufriedene dar.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde vor allem noch die sogenannte 'Vierte Gewalt', d.h. die Massenmedien diskutiert.

Das Zweiparteiensystem

Das extrem stabile, gleichzeitig sehr flexible (Zwei-)Parteiensystem der USA verleitet etliche Linke in den USA zur Resignation. Dritte Parteien konnten im günstigsten Fall auf regionaler Ebene Erfolge erzielen. Die demokratische und die republikanische Partei sind völlig verschieden von europäischen Parteien. Es sind eher Wahlkampforganisationen, die kurz vor Wahlen - für be-

stimmte KandidatInnen - aktiv werden. Es gibt keine Parteibücher, Mitglied wird Mensch meist dadurch, daß Mensch bei Vorwahlen bei der KandidatInnenauswahl einer bestimmten Partei mitwählt. Die Bedeutung der Parteien ist traditionell sehr gering, ihr Ruf eher negativ. Sie sind zersplittert, so daß beispielsweise Sidney Verba meint, es existierten insgesamt 51 demokratische und 51 republikanische Parteien: jede einzelstaatliche Organisation ist und handelt anders.

Die Heterogenität der DemokratInnen hängt auch mit der Heterogenität ihrer Klientel zusammen. Zudem gibt es schon lange regionale Unterschiede; beispielsweise sind DemokratInnen der Nordoststaaten meist liberaler als die 'Dixiecrats' aus dem Süden (dies verändert sich aber bereits langsam). Eine einigermaßen partei-konsistente Politik oder Parteidisziplin ist kaum zu erwarten. Während die DemokratInnen eher in den Einzelstaaten und im US-Kongreß erfolgreich sind, konzentrieren sich die einflußreichen und finanzstarken RepublikanerInnen eher auf die Präsidentschaft, wo sie mit abstrakten, patriotischen und emotionalisierenden Parolen sehr erfolgreich waren und sind.

Die traditionelle, eurozentristische Sichtweise der US-Verhältnisse als Mangelverhältnisse wird jedoch von einigen US-AmerikanerInnen relativiert und ergänzt. So wurde noch kürzlich von einem führenden Vertreter der AFL-CIO - als er politische und gesetzgeberische Erfolge aufzählte - angemerkt, sein Gewerkschaftsdachverband erfülle bereits weitgehend die Funktion einer sozialdemokratischen Partei in den USA. Zudem konstatierte der führende Altlinke Michael Harrington, die USA seien schon in spezifischer Weise sozialistisch (z.B. wegen einiger basisdemokratischer und plebiszitärer Elemente). So wurde selbst von Reagan eine Art staatlicher Industrie- und Infrastrukturpolitik betrieben - allerdings fast ausschließlich im und für den Rüstungssektor.

Linke Theorie

Spätestens seit '68 findet in kleinen akademischen Zirkeln eine rege Debatte linker, sozialistischer und marxistischer

Theorien statt, was sich beispielsweise in dem umfangreichen Reader „The Left Academy“ von Ollman/Vernoff niederschlug. Dabei ist die Differenz zwischen niveauvoller und innovativer Theorie-debatte einerseits und praktischen Umsetzungsdefiziten andererseits erstaunlich.

Auffallend ist, daß die theoretischen Konzepte Antonio Gramscis innerhalb der US-Linken weiter verbreitet sind als im bundesdeutschen Raum, was wohl nicht nur mit der frühen Teil-Edition seiner 'Prison Notebooks' zusammenhängt. Sicherlich ist Gramsci auch mit seinem Aufsatz „Americanism and Fordism“ - der als Ausgangspunkt für die moderne 'Fordismus-Theorie' (M. Aglietta, M. Davis u.a.) dient/e - durch die sensible Beachtung amerikanischer Strukturmuster und Trends der Bedeutung sozial-interaktiver und kultureller Aspekte in der Beschreibung und Analyse dem American Way of Life recht nahe gekommen. Gerade sein Augenmerk auf die Differenziertheiten und Dynamiken innerhalb der 'civil society' machen seine Verwendung im zersplitterten und komplexen US-System auch künftig nutzbringend.

In eine ähnliche ideologische, demokratie-orientierte Richtung weist die Rezeption des Werks von Hannah Arendt, deren Augenmerk ebenfalls in der zivilen Gesellschaft lag, die ja spätestens nach dem Fall 'der Mauer' auch in linken europäischen WissenschaftlerInnenkreisen neue Bedeutung erlangen dürfte. Bei beiden AutorInnen liegen Ansätze für kommunale Organisationsformen vor, welche in den Vereinigten Staaten durchaus eine lange Tradition besitzen und immer wieder von Teilen der Linken artikuliert wurden/werden (Community-Bewegungen).

Auffallend an der linken Szene der Vereinigten Staaten ist ihre (im Vergleich zum europäischen Dogmatismus) relative Toleranz und Offenheit, ihr 'typisch US-amerikanischer' Pluralismus und Pragmatismus. So scheint die Verknüpfung von traditioneller Klassenpolitik mit Feminismus und Geschlechterfragen, Ökologie und Rassenfragen, Internationalismus, Lebensweisen und sogar Spiritualismus selbstverständlicher und in der jungen Generation - viel weiter gediehen zu sein als in Europa (P. Buhle).

Linke AkteurInnen

Zur Linken in den Vereinigten Staaten lassen sich einige wichtige Gewerkschaften, wie die International Association of Machinists (IAM), die United Auto Workers (UAW), die United Steel Workers (USW) und die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten (AFSCME) zählen. Der Organisationsgrad hat inzwischen die 16-Prozent-Marke erreicht und eine Tendenzwende ist - trotz selbstkritischer Stimmen innerhalb der AFL-CIO - nicht absehbar. Zu tief sitzen die Niederlagen während der Reagan-Ära, in der oft massive Konzessionen eingegangen wurden, wie zum Beispiel Lohnreduzierungen, Streikabsagen, lange Tariffaufzeiten. Neue Strategien wie die der 'Local P-9' waren (noch) nicht erfolgreich. In ihrem über einjährigen Kampf hatten diese GewerkschafterInnen eines Fleischverpackungsunternehmens in Minnesota unter der Anleitung eines professionellen Kampagnenexperten mit Boykotten und Öffentlichkeitsarbeit gegen niedrige Sicherheitsstandards und Löhne gestreikt.

Im Bereich der industriellen Beziehungen ist noch das Projekt „Saturn“ von General Motors (GM) zu erwähnen. Seit Oktober 1990 produzieren 3.000 Beschäftigte in einem nagelneuen und hochmodernen Werk bei Nashville/Tennessee einen Wagen der unteren Mittelklasse: den 'Saturn'. Doch nicht nur der hohe technische Standard ist für US-Verhältnisse neu, besonders innovativ ist die Einbeziehung der Beschäftigten mittels Hierarchieauflösung und ansatzweiser Demokratisierung des Direktionsrechts: „Dies ist ein Maß an Mitbestimmung, das bei Tarifverhandlungen in den USA noch nie erreicht wurde“ (UAW-Vorsitzender O. Bieber). Bei der Suche von US-Autokonzernen nach Mitteln zur (Wieder-)Herstellung von internationaler Konkurrenzfähigkeit scheint dies - neben 'Japanisierung' - eine auch für die Beschäftigten und Gewerkschaften positivere Lösung.

Neue soziale Bewegungen engagieren sich in allen gesellschaftspolitischen Bereichen. Die meisten politischen AktivistInnen arbeiten in lokalen Bürgerinitiativen, wo die konkrete Betroffenheit zu kurzfristigem, aber intensivem Engagement motiviert - zudem lernt Mensch dabei andere Leute kennen. Die Frauenbewegung hat zwar keinen überragen-

den Fortschritt erzielt, erkämpfte aber immerhin etliche Teilerfolge, die jedoch immer wieder gegen konservative Attacken verteidigt werden müssen (liberale Abtreibungsregelung, Frauenforschung in zahlreichen Universitäten, gesetzliche Frauenförderungs-Programme, Pro-No-Kampagne). Die National Organization of Women (NOW) dürfte immer noch deren einflußreichstes Instrument sein. Die Schwulen- und Lesbenbewegung scheint demgegenüber seit der puritanisch angeheizten Aids-Hysterie nur noch in der Defensive zu sein. Die Friedensbewegung ist zersplittert und verlor seit Reagans 'Friedenspolitik' an Einfluß. Dennoch konnten kurzfristig Demonstrationen gegen die militärische Eskalation am Golf durchgeführt werden. Von dort kam auch die Parole 'No Blood for Oil'. Doch angesichts der Zuspitzungen und der Einstimmung auf den „erfolgreichen“ militärischen Konflikt gegen den neuen Bösewicht im arabischen Lager brach die öffentliche Unterstützung für die Friedensbewegung weitgehend zusammen. Gegenüber den neuen Aufrüstungsplänen erscheint sie machtlos.

Fragmentierung ist auch kennzeichnend für die Anti-Interventions-Bewegung und die Solidaritätsbewegungen mit Zentralamerika, wo nur noch hochmotivierte Zirkel aktiv sind. Dabei spielen kirchliche Gruppierungen (z.B. im Sanctuary-Movement) - wie kürzlich gegen den Krieg am Golf! - eine besondere Rolle. Ökologische Bewegungen erhielten beispielsweise durch Umweltkatastrophen einigen Zulauf und Einfluß; sie konnten auch in gesetzgeberischer Hinsicht einige Erfolge auf kommunaler und Einzelstaatsebene erzielen. Allerdings stellen sich die umweltpolitischen Ankündigungen Bushs mittlerweile als pure Rhetorik heraus. Bundesweite Organisationen, wie die Association of Community Organizations for Reform Now (A.C.O.R.N.), die Bewegung für Konsumenten-Rechte (Ralph Nader), das American Indian Movement (AIM) und eine Vielzahl lokaler Initiativen, wie die von Jesse Jackson geführte P.U.S.H. in Chicago, sind Teil der linken 'Diversity'. Zu diesem fortschrittlich gesinnten Flickenteppich gehört eine Vielzahl kleiner, meist akademischer Zirkel, die vor allem durch Publikationen oder Tagungen an die (kleine) Öffentlichkeit treten. Einige von ihnen schlugen mitten in der Reagan-Ära

'Blueprints' (Baupläne) für eine alternative Gesellschaft vor. Zu derartigen Zirkeln gehör(t)en beispielsweise 'The Union for Radical Political Economics' (mit u.a. Anwar Shaikh, David M. Gordon, Thomas E. Weisskopf, Andre Gunder Frank, Samuel Bowles) und die Komitees des 'Marxist-Humanism' (deren Gründerin und Vorsitzende Raya Dunayevskaya im Juni 1987 verstarb); ihr kleines Magazin heißt „News & Letters“ und erscheint in Chicago.

Ein kleiner linker Flügel in der Demokratischen Partei ist ebenfalls zu erwähnen. Der durch Jesse Jacksons frühere 'Rainbow-Coalition' und seine linksliberale Präsidentschafts-Wahlkampagne von 1988 versuchte 'economic populism' (R. Kuttner) wurde von der demokratischen Parteiorganisation aber kaum unterstützt. Derzeit tritt diese Strömung kaum in Erscheinung. Als linker Kern der DemokratInnen verstehen sich seit langem die AktivistInnen der DSA, einer seit 1982 existierenden Organisation, die mittels einer uns bekannten 'Doppelstrategie' (Engagement in der Demokratischen Partei und in sozialen Bewegungen) versucht, demokratisch-sozialistische Politik durchzusetzen. Ihr vor eineinhalb Jahren verstorbener 'spiritus rex' Michael Harrington konnte durchaus einige Vernetzungen knüpfen und sorgte immer wieder für interessante inhaltliche und strategische Diskussionen. Heute dürfte die DSA-Feministin Barbara Ehrenreich die bekannteste Persönlichkeit dieses Spektrums sein. Die kleine Gruppierung der Social Democrats USA kann wegen ihres Engagements innerhalb der Gewerkschaften - insbesondere bezüglich Sozialpolitik - auch zu diesem Spektrum gezählt werden. Dritte Parteien gab und gibt es in wenigen Einzelstaaten. Die weitgehend vergreiste und dogmatische CPUSA hatte durch die zeitweiligen Sympathien mit Gorbatschows Perestroika-Kurs einen kleinen Frühling, der ihre Bedeutungslosigkeit aber nicht durchbrochen hat. Dasselbe gilt wohl für die 'Socialist Party' und die trotzkistische 'Socialist Worker Party' (SWP). Am bekanntesten sind wohl die 'Peace Party' in Kalifornien und die 'Labor and Farm Party' in Wisconsin. Andere grün-orientierte Parteien wurden in den letzten Jahren auf regionaler Ebene in mehreren Bundesstaaten gegründet. Ihr Versuch, sich durch 'The Green Committees of Correspondence' (GCoC) bundesweit zusammenzu-

schließen, scheiterte bislang noch an ideologischen Differenzen zu Fragen wie Parteistatus, Abtreibung, ...

Zum Stand der Dinge

Bei den sogenannten Zwischenwahlen im November 1989 (Repräsentantenhaus, ein Drittel des Senats, Gouverneure, u.v.a.m.) schnitten demokratische KandidatInnen gut ab. Doch konnte eine Zweidrittelmehrheit im Kongreß nicht erreicht werden, die erst die Vetomacht des Präsidenten kontern könnte - falls alle demokratischen Abgeordneten 'zusammenhielten', was bei wichtigen Fragen nie vorkommt. 'Fraktionsdisziplin' ist im Kongreß die absolute Ausnahme. Die kandidierenden AmtsinhaberInnen sind in 97% der Fälle wiedergewählt worden, viele hatten nicht einmal GegenkandidatInnen. In den Kongreß wurden immerhin zwei ausgesprochene Linke gewählt: Bernard Sanders aus Vermont und Paul Wellstone aus Minnesota. Insgesamt gab es aber auf dieser politischen Ebene keine wesentlichen Veränderungen.

Zunehmende Bedeutung scheint aber eine neue 'dritte Partei' zu bekommen: die Partei der NichtwählerInnen, denn bei den Kongreßwahlen beteiligten sich nur ein Drittel der Wahlberechtigten. Wie von einigen kritischen AutorInnen angemerkt wird, gehören insbesondere Unterprivilegierte zu den NichtwählerInnen. Wahlregistrierungs- und Beteiligungskampagnen werden daher immer wieder von fortschrittlichen Organisationen in der Hoffnung unternommen, diese Stimmen für sich gewinnen zu können, ohne aber umfassende Erfolge zu erzielen.

In politisch-inhaltlicher Hinsicht wurde im Bundesstaat Kalifornien 1989 über ein vielbeachtetes Referendum abgestimmt. Mit der 'Proposition 128', genannt „Big Green“, sollte ein umweltpolitisch radikaler Rundumschlag im Vorreiter-Staat durchgesetzt werden. Die breite Koalition von UmweltschützerInnen, medienwirksam unterstützt von Hollywood-Größen wie Bette Midler, Meryl Streep und Don Johnson, initiiert von Ex-SDS-Führer Tom Hayden, scheiterte allerdings deutlich am Votum der WählerInnen. Auch in anderen Bundesstaaten waren ökologische Gesetzentwürfe nicht erfolgreich. Zwar konnten die UmweltschützerInnen immerhin

2,5 Mio. US-\$ für ihre Kampagne mobilisieren, doch ihre wohlhabenden und mächtigen GegnerInnen setzten 6,5 Mio. US-\$ in Bewegung.

Perspektiven

Daß ein gelegentlicher, genauer Blick über den Atlantik linken Bewegungen und reformorientierter Politik in der Bundesrepublik Impulse geben kann, zeigt nicht nur die Geschichte der APO mit ihren Sit-ins und Teach-ins und den inspirierenden Texten Herbert Marcuses oder auch die Wirkungsgeschichte der Frauenbewegung. Demgegenüber waren konservative Kräfte immer schnell dabei, wenn es darum ging, die neuesten Wahlkampf- und Werbemethoden aus den USA zu importieren - natürlich nicht gerade zur Hebung des Niveaus der politischen Kultur. Es müßte nicht gleich Politiktransfer über den Atlantik sein, aber beispielsweise das frühzeitige Erkennen von Problemen spätkapitalistischer (oder besser: postfordistischer) Gesellschaftsformationen, von Tendenzen ihrer administrativen Bearbeitung und von progressiven Gegenstrategien, könnten der deutschen und europäischen Linken womöglich helfen, einige Sackgassen zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund kann gefolgert werden, daß sich - wieder einmal - US-amerikanische Strukturveränderungen nach zeitlicher Verzögerung auch in Westeuropa und der Bundesrepublik anbahnen: Mensch denke etwa an die zunehmende Kommerzialisierung und Durchkapitalisierung der Gesellschaft oder an die viel diskutierte „Individualisierungstendenz“ (Ulrich Beck) und die zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung und Differenzierung, die „Auflösung von Arbeitermilieus“ (J. Mooser) und den Bedeutungszuwachs der Dienstleistungssektoren oder an Tendenzen im Bereich der Massenmedien und Parteienmüdigkeit. Daher scheint eine weiter zunehmende Arbeitsteilung der deutschen Linken unausweichlich und sinnvoll zu sein und eine höhere Toleranz zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen und ihren Ideologien und Strategien erforderlich. Die Schicksale rot-grüner Bündnisse sind hier abschreckende Beispiele. Inwiefern hier Erfahrungen aus den USA aus der 'Regenbogen-Koalition' weiterhelfen, wäre genau zu untersuchen. Jedenfalls scheint

sich die hiesige Linke auch auf das einstellen zu müssen, was Herbert Kitschelt bei der Untersuchung der Rahmenbedingungen für die neuen sozialen Bewegungen in den USA feststellte: „Während die Artikulationskapazität für politische Ansprüche in der amerikanischen Politik sehr hoch ausgebildet ist, gilt dies nicht für die Aggregationskapazität konkurrierender Interessen.“ Die Gefahr, daß dies auch bei uns zu einer zunehmenden „Partizipation ohne Machtausübung“ (Alford/Friedland) führen könnte, sollte uns - nicht erst seit dem Kohlschen Vereinigungssput - gegenwärtig sein.

Immer mehr ist auch hier in der BRD der „Werbungswettbewerb“ (Grube/Tilmann) spürbar, dem politische Organisationen in den kommerzialisierten Medien ausgesetzt sind. Der eminente Bedeutungszuwachs von 'Form' und der Berücksichtigung der aktuellen, emotionalen Befindlichkeiten der AdressatInnen, läßt Linke oftmals verduzt diesem vorbeirauschenden Zeitgeist hinterhersehen.

Hinzu kommt in den USA, wie bereits vermerkt, der enorme Einfluß traditioneller Ideologien. Daraus ergibt sich eine besondere „Dialektik von sozialer und politischer Dezentralisation und ideologischer Zentralisation“ (Lösche). Aber trotz des immer noch dominierenden Anti-Kommunismus läßt sich in Meinungsumfragen in den USA durchaus eine gewisse Affinität der US-BürgerInnen zu linken Zielen und Konzepten feststellen (A. Markovits). So scheint einer Aussage des DSA-Programms von 1982 weiterhin eine zentrale Bedeutung zuzukommen:

„Zu einem großen Teil mangelt es der heutigen Linken nicht an Ideen, sondern an einer Sprache und an Symbolen, die die persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Menschen ansprechen, sowie am Zugang zu den Massenmedien. Wir müssen Programme entwickeln, die als soziale Zielvorstellungen plausibel sind und gleichzeitig bei ihrem Eingehen auf die persönlichen Unzufriedenheiten der Menschen und dem Verfall unserer Nation über die Lösungsvorschläge des traditionellen Liberalismus hinausgehen.“

Interessanterweise haben nun gerade die beiden Industriestaaten (USA und Sowjetunion), die sich ohne sozialdemokratische Bewegung sogar zu Weltmächten entwickelten, derzeit mit fun-

damentalen Problemen zu kämpfen. Ob sie mit sozialdemokratischem Instrumentarium angegangen werden, ist weiter offen. Jedenfalls stellt sich in den USA und in Westeuropa nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Sozialismus-Variante verstärkte eine Aufgabe; sie ist „essential and possible: the development of a politics of a democratic and feasible socialism for advanced industrial societies.“ (Bogdan Denitch)

Folgerungen für die hiesige Linke

Aus dem Skizzierten lassen sich keine Rezepte oder Modelle herausfiltern. Es sind aber einige Parallelen mit und einige Unterschiede zu den Rahmenbedingungen und der Situation der Linken in den USA deutlich geworden. Zu den Parallelen gehören die ähnlichen inhaltlichen Problemfelder, unsere Stellung gegenüber der '3. Welt' und einige der Einflußprobleme der Linken. Zu den Unterschieden scheint mir vor allem der Umstand zu zählen, daß wir mit bundesweiten fortschrittlichen Organisationen wie SPD, DGB-Gewerkschaften und Grünen noch wichtige 'Tanker' schwimmen haben.

Es erscheint sinnvoll, sich zukünftig verstärkt mit den Verhältnissen und Tendenzen in den USA und anderen 'fortgeschrittenen' Gesellschaftssystemen zu beschäftigen, um Lehren zu ziehen und Handlungsideen zu erhalten. Die Erfolglosigkeit der Proteste gegen die militärische 'Politik' im Golf (hier und in den USA) sollte zudem dazu führen, daß intensivere, jeweils aktualisierbare Zusammenarbeit von Linken über den Atlantik organisiert wird.

Einsicht in die Notwendigkeit von Pluralismus und Arbeitsteilung innerhalb der Linken ist unabdingbar. Schließlich sind Kämpfe in unterschiedlichsten 'Schützengräben der Zivilgesellschaft' (Gramsci) mit ihren jeweiligen Logiken und Formen zu bestehen. Daß diese Pluralität (nicht zu verwechseln mit 'Beliebigkeit') für die theoretische und analytische Arbeit gleichfalls erforderlich ist, scheint glücklicherweise schon selbstverständlicher geworden zu sein.

spw

INGOLF AHLERS

**'NEUE WELTORDNUNG' UND REGIONALER KRIEG
16 THesen ANLÄSSLICH NEOKOLONIALEN STRATEGIEGEGEN DEN IRAK**

Erdoberfläche (1989) (in Millionen Barrels)



Vorbemerkung:

Aus zwei Gründen habe ich mich für eine Darstellung in Form von Thesen entschlossen: Sie sind einerseits prägnanter und damit provozierender und sie beleuchten zweitens die vielfachen auch gerade historisch produzierten Facetten des Nah-Ost-Konfliktes heller. Der Sinn der Thesen liegt damit am Beispiel des Golfkrieges der Vorgang

einer abendländischen Kolonialpolitik, die sie mit seinem zweiten Mal in einem Verdängungsraum insgesamt als einen Infolgedessen will ich mich nicht abhalten diese korrekturen beizubringen, nämlich den hierarchischen, angewandten und administrativen Sozialwissenschaften mit ihren geo- und militärstrategischen Beschäftigungsweisen entgegenzusetzen.

Las die Region der Mittleren Welt ist ein wichtiger Faktor bei der Weltentwicklung. In diesem rund 500-jährigen Prozess der Verlagerung zwischenmenschlicher, kultureller, wissenschaftlicher und technologischer Macht ist die Region im Nahen Osten ein zentraler Schauplatz. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

Diese Frage führt zu der Erkenntnis, dass die Region im Nahen Osten ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung ist. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

1. Die Region

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

2. Die Region

3. Die Region

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

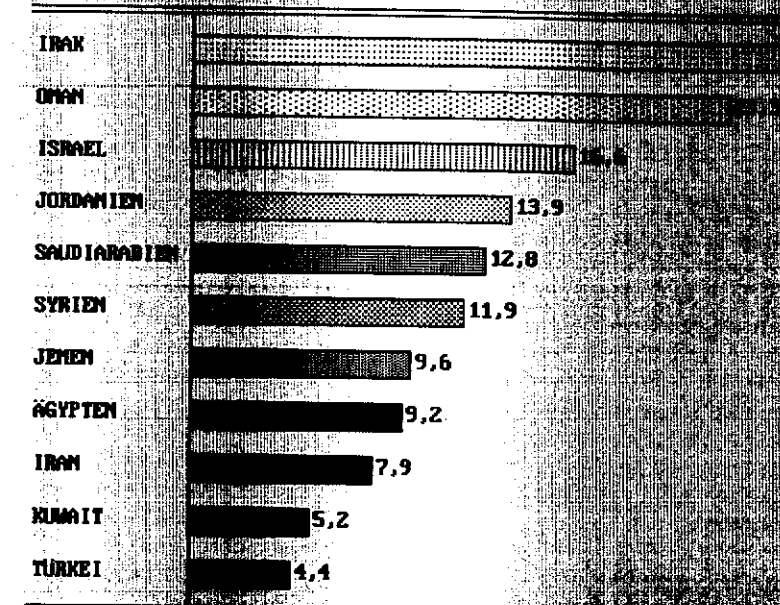
Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung.

Barack Obama im August 2009



4. Die Region

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

- Sarokko - Westsahara
- Libyen - Nord-Tschad
- Israel - Gaza, Westbank und Galan
- Syrien - Libanon
- Türkei - Nordzypern
- Kuwait - Kuwait

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

5. Die Region

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

Die Region im Nahen Osten ist ein zentraler Schauplatz der Weltentwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wie es zu einer globalen Verstärkung mit der Barbarie imperialischer Interessen gekommen ist.

SECTION 1
The first section of the document discusses the overall purpose and scope of the project. It outlines the primary objectives and the scope of the work to be performed. This section also identifies the key stakeholders and the roles of the project team members.

SECTION 2
The second section details the methodology used for the research and data collection. It describes the research design, the sampling method, and the data analysis techniques employed. This section also includes a discussion of the limitations of the study and the steps taken to ensure the validity and reliability of the findings.

Item	Quantity
Item A	10
Item B	20
Item C	30
Item D	40
Item E	50
Item F	60
Item G	70
Item H	80
Item I	90
Item J	100

SECTION 3

SECTION 3
The third section presents the results of the study. It includes a summary of the findings, a discussion of the implications, and recommendations for future research. This section also includes a conclusion that summarizes the key points of the study and the overall findings.

SECTION 4
The final section of the document discusses the overall findings and conclusions. It summarizes the key results and provides a final assessment of the study's contribution to the field. This section also includes a list of references and a list of authors.

... ist nicht nur ein Mensch, sondern ein Wesen, das sich dem Leben gegenüber zu verhalten hat. ...

... USA, god's own country, wird folglich am Golf mal wieder ein gewisser Krieg des Guten gegen die Mächte und Bosheit der Finsternis, des Bösen und der Verderbnis geführt. ...

10. Wie zu Aristo

... Diebstahl ... Diebstahl ... Diebstahl ...

... Diebstahl ... Diebstahl ... Diebstahl ...

11. Die Unvollständigkeit

... Die Unvollständigkeit ... Die Unvollständigkeit ... Die Unvollständigkeit ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

... eine gewisse ... eine gewisse ... eine gewisse ...

Jahr	Werte
1980	...
1981	...
1982	...
1983	...
1984	...
1985	...
1986	...
1987	...
1988	...
1989	...
1990	...
1991	...
1992	...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

... wirtschaftlichen, politischen und kulturellen ...

Klaus-Peter Weiner

Feuertaufe einer Neuen Weltordnung?

„Die Amerikaner haben eine Moral, wenn es in die Schlacht geht, und es ist immer dieselbe: der Kampf gegen das Böse, verkörpert in einem üblen Schurken. Der geistige Vater der Amerikaner in politischen Fragen ist nicht Machiavelli, den sie verabscheuen, vielleicht auch, um sich die Mühe zu ersparen, ihn zu lesen; nein es ist John Wayne: der Sheriff, der den Verfolgten stellt, ihn aussondert, ihn hetzt, bis er ihn auf dem Dorfplatz erreicht, um ihn - breitbeinig - zum Duell zu fordern.“ („Il Giornale“, 23. 2. 1991)

„Es gehört viel Unwissen oder viel Unempfindlichkeit dazu, den Krieg zu begrüßen, der jetzt am Golf tobt. Man muß schon sehr mit Scheuklappen ausgestattet sein, um nicht die Frage zu stellen, ob er nicht hätte vermieden werden können. Den Kampf zu beginnen, ohne daß dem Feind die Chance gegeben wurde, seine Schützengräben zu verlassen, war schon eine harte politische Entscheidung. Sie verstärkte den Eindruck, daß Präsident Bush und seine Alliierten Saddam zu einem Punkt verfolgten, wo er keine Chance für Frieden mehr hatte, selbst wenn er ihn gewollt hätte.“ („Observer“, 23. 2. 1991)

1. „Gerechter“ Krieg?

Die USA und ihre Alliierten haben den Irak in einem vernichtenden Luft-, See- und Bodenkrieg wieder aus Kuwait vertrieben und die völkerrechtswidrige und menschenrechtsverletzende Besetzung und Annexion Kuwaits durch den Irak mit großem militärischen Aufwand wieder rückgängig gemacht. Für diesen

Klaus-Peter Weiner, Politikwissenschaftler, wiss. Angestellter an der Universität Marburg

Krieg haben die USA in den westeuropäischen Ländern wie kaum zuvor in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine breite, von den Medien untermauerte Unterstützung erfahren. Der Filter der Militärzensur, der die Schlacht von ihrer Grausamkeit reinigte, erleichterte es der herrschenden Politik und veröffentlichten Meinung, die Argumentation vorzugeben, in deren Rahmen der Krieg sei notwendig und gerecht. Abweichende Meinungen blieben ohne große gesellschaftliche Resonanz. Im Alltagsbewußtsein scheint der militärische Erfolg nun, auch wenn eine friedliche und stabile, weil verschiedene Interessen ausgleichende Ordnung im Nahen Osten bisher nicht in Sicht ist, „realpolitisch“ die kriegerischen Mittel zu rechtfertigen, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unter Berufung auf das Völkerrecht gebilligt und die in der Bundesrepublik zudem mit dem Verweis auf die Sicherheit Israels und undifferenzierten Hitler-Saddam-Vergleichen auch von vielen linken Intellektuellen abgesegnet wurden. Aber soll der Golfkrieg nicht die Folie künftiger Konflikte abgeben, dann kann die Frage, ob dieser Krieg notwendig und gerechtfertigt war, nicht denen überlassen werden, die für ihn votierten.

Die USA und ihre Alliierten haben sich den Golfkrieg völkerrechtlich legitimieren lassen. Zweifellos gestattet der Artikel 51 der Charta der UNO die militärische Notwehr und auch die Intervention anderer Staaten. Aber dieses Recht zur Intervention war dem Völkerrechtsprinzip der Verhältnismäßigkeit unterworfen und an das Mandat der Befreiung Kuwaits gebunden. Beide Beschränkungen sind den militärischen Operationen zum Opfer gefallen. Denn das Prinzip der Verhältnismäßigkeit hätte es angesichts der zu erwartenden menschlichen Opfer und ökologischen Verheerungen erfordert, die Möglichkeit einer nicht-militärischen Konfliktregelung tiefer auszuloten, als dies vor der Kampfhandlungen geschehen ist. Dies gilt zunächst für die verhängten Sanktionen,

deren Zeitrahmen viel zu kurz bemessen war, um Wirkung entfalten zu können. Auch ist immer wieder darauf verwiesen worden, daß der Irak bereit gewesen wäre, sich aus Kuwait zurückzuziehen, wobei sich die Bedingungen für einen Rückzug sukzessiv von „Zugeständnissen“ auf die „Gesichtswahrung“ reduzierten. Die Zusage einer Nahost-Konferenz unter Einschluß der Palästinenserfrage, wie sie vom Irak gefordert wurde und die auch die in letzter Minute erfolgte Golf-Initiative Frankreichs vorsah, hätte es dem Irak erlaubt, sich „in Würde“ zurückzuziehen. Die USA haben dieses als ein nicht akzeptables „linkage“ abgelehnt, obwohl eine Nahost-Konferenz seit langem auf der Tagesordnung der Region steht. Sie forderten weiterhin den bedingungslosen Rückzug des Iraks und setzten auf eine Politik des militärischen Drucks und des Ultimatums - was den Spielraum für politische Lösungen nur weiter verengen konnte.

Zugleich ließen sich die USA vom Sicherheitsrat ermächtigen, nach Ablauf des Ultimatums am 15. Januar 1991 „alle notwendigen Mittel anzuwenden“, um den Rückzug des Iraks durchzusetzen. Damit überschritt der Sicherheitsrat den Rahmen des Artikels 51, der nicht vorsieht, daß der Sicherheitsrat mit einem Freibrief für Art und Umfang militärischer Aktionen sich selbst und damit die UNO als Repräsentant des Völkerrechts entmachtet. Denn die Steuerung des Konfliktverlaufs und die Festlegung der Kriegsziele lag mit Ultimatum und Ermächtigung fest in der Hand der USA. Die Bush-Administration nutzte diesen Freibrief zunächst zu einer Ausweitung ihrer Kriegsziele: von der Verteidigung Saudi-Arabiens über die militärische Befreiung Kuwaits bis zur Zerstörung der Militärmacht des Iraks. Nicht die Herstellung des Status quo ante, sondern die Stabilisierung der Golfregion und seiner autokratischen Systeme geriet zum eigentlichen Ziel der militärischen Operationen gegen den Irak. Zugleich verhehlten die USA und einige ihrer Verbündeten nicht, daß das Baath-

16. Februar

Die Fortsetzung des Zweites und der Skrupellosigkeit der USA gegenüber dem Nahen Osten wird durch den Einsatz eines hohen Beamten des State Department am 16. Februar 1983 auf Trefflichste charakterisiert. In dem Bericht, wie lange die Schlägerei zwischen Irak und Kuwait solange unsere Alliierten davon nicht betroffen werden und solange das Machtgleichgewicht nicht bricht.

Überdies nach dieser „Säuberung“ über, daß eine sogenannte Friedensregelung nach Beendigung des Golfkrieges der auf dem 19. Februar 1991 von der CIA als „Geopolitik“ folgen wird. In der USA ist die „Geopolitik“ der regionalen Hegemonialmacht in der Region.

Am 16. Februar 1991, am 16./17.02.91, die Vorherrschende der „Geopolitik“ der Allianz.

Am 16. Februar 1991, am 16./17.02.91, die Vorherrschende der „Geopolitik“ der Allianz.

Die USA sind die Hegemonialmacht in der Region. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht.

Die USA sind die Hegemonialmacht in der Region. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht.

Die USA sind die Hegemonialmacht in der Region. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht.

Eine Entwicklung, die sich bereits absehen: Neue Grenzbedingungen und Rückführungen als Ausdruck einer neuen Ordnung. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht.

Die Fortsetzung des Zweites und der Skrupellosigkeit der USA gegenüber dem Nahen Osten wird durch den Einsatz eines hohen Beamten des State Department am 16. Februar 1983 auf Trefflichste charakterisiert. In dem Bericht, wie lange die Schlägerei zwischen Irak und Kuwait solange unsere Alliierten davon nicht betroffen werden und solange das Machtgleichgewicht nicht bricht.

Überdies nach dieser „Säuberung“ über, daß eine sogenannte Friedensregelung nach Beendigung des Golfkrieges der auf dem 19. Februar 1991 von der CIA als „Geopolitik“ folgen wird. In der USA ist die „Geopolitik“ der regionalen Hegemonialmacht in der Region.

Am 16. Februar 1991, am 16./17.02.91, die Vorherrschende der „Geopolitik“ der Allianz.

Am 16. Februar 1991, am 16./17.02.91, die Vorherrschende der „Geopolitik“ der Allianz.

Die USA sind die Hegemonialmacht in der Region. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht.

Die USA sind die Hegemonialmacht in der Region. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht.

Die USA sind die Hegemonialmacht in der Region. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht.

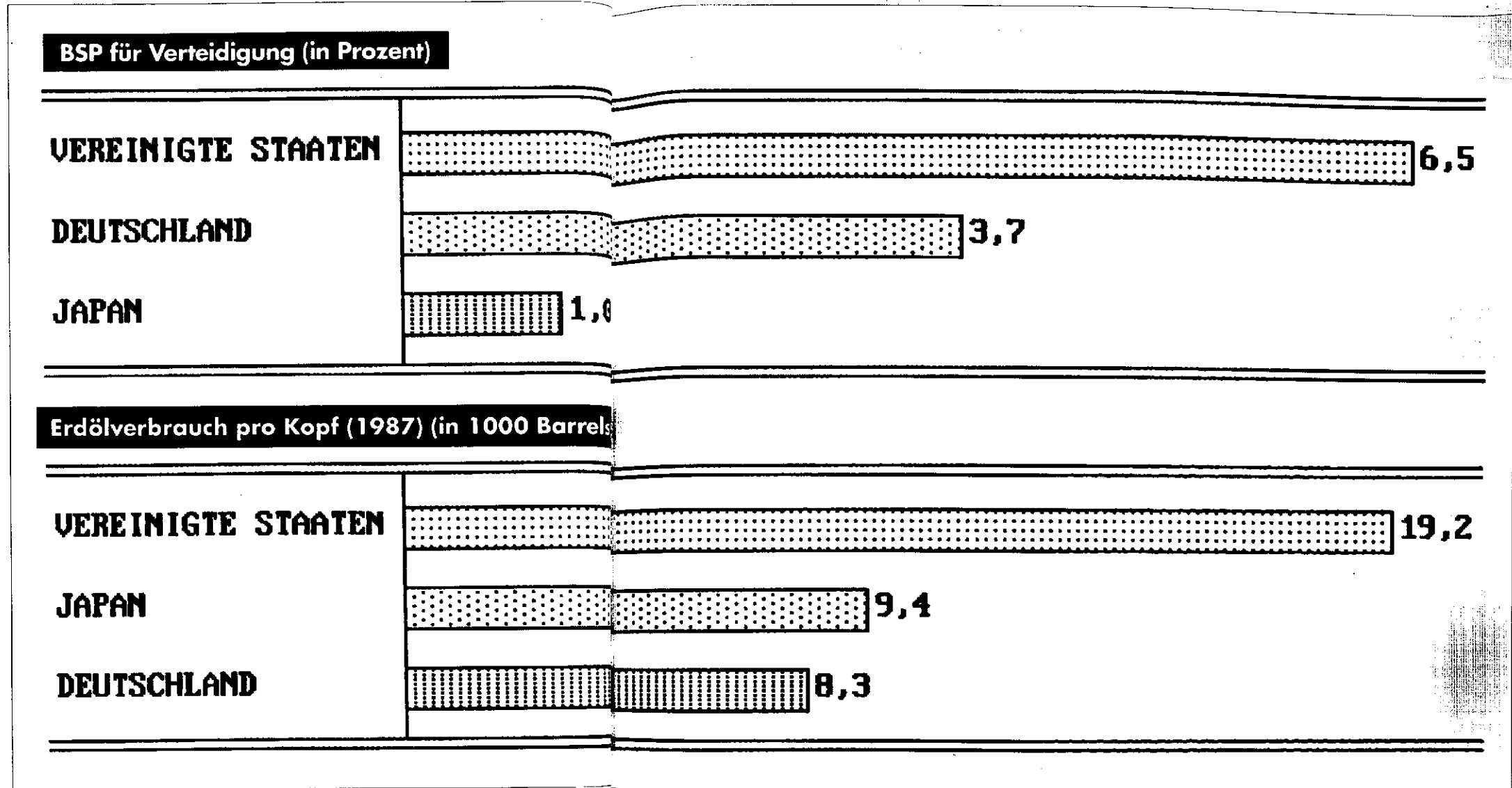
Eine Entwicklung, die sich bereits absehen: Neue Grenzbedingungen und Rückführungen als Ausdruck einer neuen Ordnung. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht. In der Region sind die USA die Hegemonialmacht.

Regime den Krieg nicht überleben sollte. Nicht nur die militärische Niederlage, sondern auch die politische Demütigung des Iraks bestimmte die Intensität und Reichweite des hinter dem Wüstenschild vorbereiteten Wüstensturms.

2. Entfesselung regionaler Konflikte

Das Ende der Systemauseinandersetzung sollte von einem Zeitalter abgelöst werden, „in dem die Staaten der Welt, Ost und West, Nord und Süd, in Harmonie gedeihen und leben können“ (George Bush). Die „New World Order“ sollte auf der „Herrschaft des Rechts“ basieren, aus der Kooperation mit der UdSSR erwachsen und in der UNO einen stabilen Rahmen finden. Das Ende des politisch-ideologischen Großkonflikts schien zwar nicht unbedingt eine gerechtere, aber zumindest eine friedlichere Welt zu versprechen. Die Regelung regionaler Konflikte von Afghanistan über Namibia bis Nicaragua, weitreichende Abrüstungsvereinbarungen und der KSZE-Gipfel in Paris bildeten die Grundlage dieser Annahme, deren schöner Schein jedoch trog. Denn wie eng die „Neue Weltordnung“ auf die Interessen und Zielstellungen der USA zugeschnitten bleibt, hat die Eskalation des Golfkonflikts gezeigt. Die militärische Machtpolitik, die nach dem Ende der Systemauseinandersetzung und des Ost-West-Konflikts für einen historischen Moment einer vergangenen Epoche anzugehören schien, hat unter dem Deckmantel der UNO eine Renaissance erlebt. Mit der Nichtbeachtung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit und der Erweiterung der Kriegsziele haben die USA Völkerrecht und UNO für ihre Interessen instrumentalisiert und damit als glaubwürdigen Rahmen für politische Konfliktlösungen entwertet.

Die Besetzung und anschließende Annexion Kuwaits durch den Irak hat ebenfalls deutlich werden lassen, daß das Ende der Systemauseinandersetzung auch das Ende einer Überformung regionaler Konfliktstrukturen durch den politisch-ideologischen Großkonflikt von USA und UdSSR bedeutet. Die innere Dynamik regionaler Konflikte wird nun nicht mehr durch die Gefahr einer direkten Kollision der nuklearen Großmächte USA und UdSSR gebremst. Aber über die Verknüpfung mit den Interessenlagen



der hochindustrialisierten Länder an Rohstoffen, Absatzmärkten und Anlagensphären bleiben diese Konflikte eingebunden in die globalen Markt- und Machtstrukturen. Der Irak glaubte, nach dem Ende der machtpolitischen Überformung durch die Systemauseinandersetzung einen Handstreich gegen seinen Gläubiger Kuwait unternehmen und sich als regionale Vormacht am Golf etablieren zu können. Als abtrünniger Vasall mit panarabischen Ansprüchen erschien der Irak in einer Region mit kolonial verzerrten Strukturen und einem hohen internen Reichtumsgefälle als Bedrohung des Zugriffs der hochindustrialisierten Länder auf das Öl, als Bedrohung der Stabilität feudaler Golfregime, als Bedrohung Israels und der Machtverteilung im Nahen Osten

sowie als Fokus eines antiwestlichen, islamisch geprägten Nationalismus. Die künftige Entwicklung wird zeigen, daß diese Vielschichtigkeit der Konfliktkonstellation ohne grundlegende Veränderungen in den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Strukturen kein Einzelfall gewesen ist.

3. Das letzte Aufbäumen einer absteigenden Weltmacht

Der Zusammenbruch des Sozialismus und die innere Krise der UdSSR einerseits und das Ende der Überformung regionaler Konflikte durch die Systemauseinandersetzung andererseits bilden

den Hintergrund, vor dem die USA die Führerschaft in der neuen Weltordnung für sich beansprucht. In der neuen Welt „gibt es - wie in der alten Welt - keine Alternative für die amerikanische Führungsrolle“ (James Baker). Nur die USA, so der Tenor, verfügen über hinreichend große Ressourcen und seien in der Lage gewesen, den ihrem Machtpotential entsprechenden politischen Willen zu mobilisieren, um der Aggression des Iraks entgegenzutreten. Aber das beschworene Revival der pax americana steht auf schwachen Füßen. Denn nicht nur die UdSSR ist von der Systemauseinandersetzung drangsaliert, sondern auch die USA sind aus ihr geschwächt hervorgegangen. Der „imperial overstretch“ (Paul Kennedy) hat mit seinen ökonomischen Rückwir-

kungen - zusammen mit der Investitionsschwäche und dem spiegelbildlichen Überkonsumismus - dazu beigetragen, das Machtpotential der USA zu untergraben. Die auch im Vergleich zu anderen kapitalistischen Metropolen hohen Kosten des Militärssektors haben sich negativ auf Produktivität, Außenhandel, Verschuldung und Haushalt ausgewirkt. Die imperiale Überdehnung hat die USA zwar nicht wie die UdSSR an den Rand der Funktionsunfähigkeit gebracht, doch ist sie - wirtschaftlich, sozial und auch politisch - zum Sanierungsfall geworden.

Eine erfolgreiche Außenpolitik setzt - so Walter Lippmanns Diktum - voraus, daß die internationalen Verpflichtungen die eigenen Ressourcen nicht übersteigt. Das Gleichgewicht von Machtpotential und

Machtprojektion als Voraussetzung hegemonialer Politik ist in den USA aber nicht länger gewährleistet. Die Hegemonialposition der USA unterliegt der „unentrinnbaren Dialektik, daß zumindest langfristig militärisch nicht zurückzugewinnen und zu sichern ist, was an ökonomischem Einfluß und an Wettbewerbspositionen verloren ging“ (Dieter Senghaas). Der Golfkrieg wird die Sanierung der USA zwar kurzfristig aufschieben können, aber nicht verhindern, daß sich die USA stärker ihren inneren Problemen zuwenden. Denn die relative Machtverschiebung zugunsten Japans und Westeuropa können die USA nur mit inneren, langfristig ihre Position verbessernden Reformen abschwächen. Rückgängig zu machen ist der relative Abstieg der USA allerdings

nicht mehr. Entwicklungen im internationalen System werden daher künftig stärker von Westeuropa und Japan mitbeeinflusst werden. Die USA sind weniger „bound to lead“ (Joseph S. Nye), sondern auf den Konsens ihrer ökonomischen Konkurrenten und politischen Verbündeten angewiesen.

Die USA sind daher kaum und zunehmend weniger in der Lage, die beanspruchte Weltführungsrolle aus eigener Kraft wahrzunehmen. Der Golfkrieg war eher ein Echo vergangener als ein Zeichen erneuerter Macht der USA. Konzepte, die eine „unipolare Welt“ als einziges Heilmittel gegen das sonst „unvermeidliche Chaos“ (Charles Krauthammer) predigen, mangelt es zwar nicht an Sendungsbewußtsein, aber an realer-ökonomischer-Grundlage. Denn für eine führende weltpolitische Rolle benötigen die USA eine breite politische und finanzielle Unterstützung. Nicht von ungefähr reaktivierten die USA das brachliegende und unter der Präsidentschaft Ronald Reagans geschmähte Instrumentarium der UNO. Es lieferte den Legitimationsrahmen, mit der die Koalition von europäischen und arabischen Verbündeten mit ihren je spezifischen Interessen zusammengehalten werden konnte. Darüber hinaus waren die USA politisch auf ein kooperatives Verhalten der UdSSR angewiesen und finanziell auf die Unterstützung Japans und der Bundesrepublik.

4. Notwendigkeit einer nichtmilitärischen Friedenspolitik

Die enge Kooperation, die die UdSSR gegenüber der USA im Golfkrieg verfolgt hat, zeigt, daß sie im Kapitalismus oder in den USA nicht mehr den „prinzipiellen Feind“ sieht, dem die Übel der Welt anzulasten sind. Dieser Verschiebung der Sichtweise von internationalen Konflikten liegt eine Anerkennung der globalen Interdependenz zugrunde. Dabei dient das Interdependenz-Theorem nicht nur als eine Beschreibung von Realität, sondern auch als strategischer Ansatz, der die nicht mehr als „Feind“, sondern nur noch als Opponenten betrachteten USA in eine Kooperation einbindet und sie zwingt, auch ihr Verhalten zu verändern. Dies

soll eine neue Hegemoniekonstellation schaffen, die offen ist für politische Konfliktlösungen und eine Entmilitarisierung der zwischen- und innerstaatlichen Beziehungen erlaubt. Hinter der Anerkennung der globalen Interdependenz steht aber auch die Einsicht der UdSSR, daß der ökonomische und technologische Vorsprung der USA (wie des „Westens“ insgesamt) eine Dimension erreicht hat, die zu einem kooperativen Verhalten keine Alternative zuläßt. Hier liegt auch die innere Schwäche des Ansatzes: Da ein militärischer Druck für die UdSSR im Zuge des „Neuen Denkens“ nicht mehr in Frage kommt, müssen die politischen Ressourcen für eine Einwirkung auf Entwicklungen und Konflikte im internationalen System ausreichen. Diese Ressourcen gründen sich aber letztlich auf ökonomische Prosperität, (innen-)politische Stabilität und ideologische Ausstrahlung - Ressourcen, die der UdSSR nicht mehr oder kaum noch zur Verfügung stehen und durch innenpolitische Verhärtungen und Militäraktionen im Schatten des Golfkrieges einer weiteren Erosion ausgesetzt waren. Es ist daher kaum verwunderlich, daß der sowjetische Friedensplan den Beginn der Bodenoffensive nicht stoppen konnte.

Auch die EG, die seit mehr als zehn Jahren eine Nah-Ost-Konferenz auf der Basis der Anerkennung des Existenzrechts Israels und des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser fordert, hat die Entwicklungen im Golfkrieg nicht beeinflussen können. Während sich Großbritannien, Frankreich und Italien direkt am Krieg beteiligten, verblieb die Bundesrepublik in der Rolle des Finanziers. Angesichts des Rückfalls in nationale Handlungsmuster werden hochgesteckte Integrationsziele wie das einer politischen Union bereits als gescheitert angesehen. Ohne einen grundlegenden Meinungswechsel, dem das Erkennen gemeinsamer Interessen zugrundeliegt, für die es sich lohnt, Opfer zu bringen, sei, so der Tenor, eine politische Union nicht möglich. Aber welche Schlußfolgerungen werden in einigen EG-Staaten aus den Dissonanzen gezogen, die der Golfkrieg in der EG verursacht hat? Beschworen wird die europäische „Schicksalsgemeinschaft“, die, da das Schicksal nirgendwo gemeinschaftlicher zu sein scheint als auf dem Schlachtfeld, mit einer „Verteidigungsgemeinschaft“ identisch ist. De-

ren Aufgaben werden aus den „absehbaren Gefahren“ abgeleitet: „eine überforderte amerikanische Führung, unberechenbare Machtkämpfe in der Sowjetunion und Krisenflammen an vielen Punkten der Erde, die für Europa nicht unwichtig sind“ (Michael Stürmer). Weltpolitische Führung, militärische Einhegung nicht absehbarer Entwicklungen in der UdSSR und die Fähigkeit zur autonomen Machtprojektion in andere Weltregionen sind die Eckpfeiler, auf die sich die Sicherheitspolitik der EG stützen soll. Von einer europäischen Eingreiftruppe, wie sie der Kommissionspräsident Jacques Delors wünscht, ist die EG zwar noch weit entfernt. Aber trotz der britischen Vorbehalte gegen eine politische Union ist eine engere Abstimmung und Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik angesichts der vielschichtigen Interessendifferenzen mit den USA einerseits und dem gemeinsamen Interesse an der Stabilität des kapitalistischen Weltsystems andererseits eher wahrscheinlicher geworden. Damit drohen die EG-Staaten aus dem Golfkrieg aber Konsequenzen zu ziehen, die das, was vermieden werden soll, noch verstärkt. Denn eine weitere Militarisierung der internationalen Beziehungen macht diese nicht stabiler. Und erst eine nichtmilitärische Friedenspolitik, die auf einen Abbau von globaler Ungleichheit zielt, kann europäische Eigenständigkeit signalisieren und eine Alternative zu dem militärisch begründeten Führungsanspruch der USA bieten.

5. Demokratisierung der Außenpolitik

Wie sich die Politik der EG gegenüber außereuropäischen Regionen entwickelt, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie die künftigen Ziele und Instrumentarien der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik definiert werden. In dieser noch mit den Folgen der Übernahme der DDR aus der Konkursmasse des realen Sozialismus beschäftigten Republik hat der Golfkrieg der Grundsatzerörterung über die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik neue Nahrung gegeben. Offen fordern die aus- und inländischen Kritiker der „Scheckbuchdiplomatie“ eine direkte Beteiligung bundesdeutscher Truppen

an Kriegen in allen Erdteilen. Ohne einen militärischen Beitrag Deutschlands - wie auch Japans - sei Stabilität und Ordnung in der Welt nicht zu sichern, so tönt es von außen. Die Bundesrepublik könne sich als „Weltmacht wider Willen“ (Christian Hacke) aufgrund der äußeren Anforderungen kaum länger einem sicherheitspolitischen Engagement in außereuropäischen Weltregionen entziehen, so tönt es von innen. Aber schon seit langem gilt der Rechten die bundesdeutsche Politik als „Machtvergessen“ (Hans-Peter Schwarz). Nun will sie wieder auf ein militärisch untermauertes Mitspracherecht in der Weltpolitik pochen.

Die Absicht der Unionsparteien, das Grundgesetz zu ändern, zielt aber nicht nur darauf, über den Einsatz deutscher Militärs auch außerhalb der Grenzen des NATO-Bereichs einen legitimierenden politischen Konsens herzustellen. Sie zielt zugleich auf eine weitere Stärkung der Exekutive. So interpretiert die herrschende staatsrechtliche Lehre die Verabschiedung des NATO-Vertrags bereits als Billigung eines Einsatzes bundesdeutscher Soldaten im „Bündnisfall“. Denn die NATO-Staaten seien per Vertrag dazu verpflichtet, einem angegriffenen Mitgliedstaat Beistand zu leisten. Anders als bei dem „Verteidigungsfall“, der als bewaffneter Angriff auf das Territorium der Bundesrepublik nur mit Zweidrittelmehrheit vom Parlament festgestellt werden kann, liege damit die Entscheidung, ob ein „Bündnisfall“ vorliegt, allein bei der Exekutive. Nur so könne sichergestellt werden, daß eine Regierung „bündnisfähig“ bleibt, d.h. von keiner Opposition durch den Sperrmechanismus einer Zweidrittelmehrheit in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt wird.

Gegen diese Interpretation von Rechts lassen sich bereits auf der staatsrechtlichen Ebene Einwände formulieren. So sieht der NATO-Vertrag keinen automatischen oder zwingenden Beistand mit militärischen Mitteln vor. Vielmehr ist im Artikel 5 des Vertrags auf eine eindeutige Fixierung der Beistandsleistung mit der Formel „such action as it deems necessary“ verzichtet worden. Jeder Mitgliedstaat entscheidet daher souverän über Art und Umfang des Beistands, der von einer wohlwollenden Neutralität bis zur militärischen Gewalt

reichen kann. Die Frage von Krieg und Frieden unterliegt also keiner „Bündnisautomatik“, sondern sie wird immer politisch entschieden. Art und Umfang des Beistands kann daher nicht in der alleinigen Entscheidungsgewalt der Exekutive liegen, sondern muß Gegenstand der politischen Auseinandersetzung bleiben.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht in seiner „Wesentlichkeitstheorie“, nach der alle wichtigen Fragen vom Parlament zu behandeln und zu entscheiden sind, die „auswärtigen“ Angelegenheiten ausgenommen und der alleinigen Entscheidungsgewalt der Exekutive unterstellt, doch ist die Frage von Krieg und Frieden aufgrund der inneren Kosten und Lasten eines Krieges kaum als eine rein auswärtige Angelegenheit zu behandeln. Die vorherrschende Verfassungsinterpretation offenbart ein instrumentelles, an der Handlungsfähigkeit des Staates ausgerichtetes Verhältnis zu grundgesetzlichen Regelungen und droht parlamentarisch-demokratische Verfahren letztlich auf innenpolitische Entscheidungen zu beschränken. Politisch notwendig ist aber gerade das Gegenteil. Nur eine Demokratisierung der Außenpolitik wird verhindern können, daß die Bundesrepublik sich zwecks Realisierung ihrer globalen ökonomischen Interessen in kriegerische Abenteuer verwickelt, und durchsetzen können, daß das neue Deutschland dazu beiträgt, mit einem ökonomisch-sozialen Ausgleich die Ursachen von Konflikten zu entschärfen, damit diese in einer nichtmilitärischen Bewegungsform gehalten werden können.

6. Wohin entwickelt sich das Weltsystem?

Die globalen Probleme Ökologie und Entwicklung lassen perspektivisch der „Verzivilisierung internationaler Politik“ (Dieter Senghaas) und einer größeren Rolle der UNO in der Weltpolitik keine positive Alternative. Nach Lage der Dinge ist die EG auf absehbare Zeit die einzige Staatengemeinschaft, die potentiell mit einer von der USA abgehobenen Politik eine Stärkung der UNO bewirken kann. Gegenwärtig ist die Durchsetzungsmacht der UNO ausgesprochen schwach. Sie kann daher ohne eine weitreichende Reform kaum den

Rahmen für ein kollektives Sicherheitssystem bieten. Und wer den Golfkrieg als eine „Demonstration“ für das Funktionieren eines kollektiven Sicherheitssystems ansieht, da es nicht wie in früheren Fällen vom Vetorecht der Großmächte blockiert worden ist, verkürzt das System der Vereinten Nationen auf den Sicherheitsrat und Sicherheit letztlich auf militärische Sicherheit. Das heißt, die internationalen Konfliktstrukturen werden nur in ihrer Gewaltförmigkeit und nicht als Resultat von wirtschaftlicher, politischer, sozialer und ökologischer Unsicherheit wahrgenommen. Aufgrund dieser Ursachen internationaler Konflikte und angesichts einer sich herausbildenden Weltgesellschaft kann der Sicherheitsbegriff aber nicht mehr militärisch definiert werden.

In einer durch große Dynamik, extreme Ungleichverteilung von Lebenschancen, hohe Diffusion von Massenvernichtungsmitteln und nationalstaatliche Verfaßtheit bestimmten Weltgesellschaft, die nicht mehr unter dem Damoklesschwert eines all-out-Nuklearkrieges steht, werden gewaltsame Konflikte und militärische Drohungen immer wahrscheinlicher. Gleichzeitig zwingen internationale Arbeitsteilung, grenzüberschreitende Problemlagen und abnehmende Autonomie der Nationalstaaten zu einer Ausdehnung der internationalen Kooperation. Offen bleibt die Entwicklungsrichtung des Weltsystems. Moralisch verpflichtet die Legitimation, die der Rahmen der UNO den USA und ihren Alliierten verschafft hat, die beteiligten Industrieländer „dazu, ihre Verantwortung für einen gerechten Ausgleich der Lebensverhältnisse auf dem enger werdenden Globus und für die Verständigung zwischen den Kulturen in Zukunft weit aus ernster zuzunehmen als bisher“ (Jürgen Habermas). Aber wenig deutet darauf hin, daß sie dies tun werden. Eher nimmt die Entwicklung einen gegenteiligen Verlauf - zeigt doch die Debatte in der Bundesrepublik, daß nicht die sozialen, sondern die militärischen Aspekte einer neuen Weltordnung im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die künftige Außenpolitik des vereinten Deutschland stehen. Und von einer die Themen neu zentrierenden Opposition ist nur wenig zu verspüren.

Frieder Otto Wolf

Warum ist die Durchsetzung eines alternativen Konsummodells so wichtig - und so schwierig?

1. Strukturelle Gewalttätigkeit als ideologische Form im Reproduktionsprozeß moderner Gesellschaften

Karl Hermann Tjaden hat in seinem Plädoyer für eine Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme - in ausdrücklicher Wendung gegen die von Morgan und Engels in ihrem Kern reproduzierten Auffassung der klassischen, liberalen politischen Ökonomie¹ - darauf hingewiesen, daß das „System materieller Transaktionen der modernen Gesellschaften“ heute noch „im wesentlichen neolithischen Charakter trägt“ (Tjaden 1991, 43). Es geht allerdings dabei nicht nur um „materielle Transaktionen“ bloß als solche, sondern immer auch um ihre spezifische Stabilität als „Formen“ menschlichen Handelns. In Gestalt der heutigen „ideologischen Waren“ - durch deren Kauf und „sachgerechte“ Konsumtion sich ihr „Verbraucher“ immer auch einem bestimmten „Muster“ menschlicher Praxis ein- und unterordnet² - legt dieses System der materiellen Transaktionen ohne jede weitere politische oder ausdrücklich ideologische Intervention von sich aus bereits wesentliche Verhaltensorientierungen der in derartigen Gesellschaften lebenden Menschen fest. Die Bereiche menschlicher Praxis, die von derartigen „ideologischen Waren“ besetzt werden, etwa Personen- und Gütertransport („PKW/LKW“), kulturelle und intergenerationelle Transmission/ Informationsübermittlung (Buch/Radio/TV), Kommunikation (Post, Telefon usw.), Nahrungszubereitung (Kühlschrank, Herd, Küchenmaschine), häusliche Rei-

nigung (Wasch- und Spülmaschine, Staubsauger usw.) oder häusliche Reparatur (Nähmaschine, Bohrmaschine), sind schon seit historisch langer Zeit für die konkrete Lebensform zentrale „Durchgangsfelder“ der individuellen und kollektiven Reproduktion, die entsprechend von ideologischen Mächten „besetzt“ und bis in ihre materielle Ausformung hinein strukturiert sind. Hier war die „moderne Gesellschaft“ zumeist viel weniger „revolutionär“, als sie dies selbst beansprucht hat. Beispielsweise macht sich in den - immer zugleich objektiv als Determinante des Feldes möglicher Lebensformen wirkenden und subjektiv als Grundstruktur des dem eigenen Handelns zugänglichen Raumes und der entsprechenden Zeit erlebten - Strukturen des Personen- und Gütertransportes auch dieser „modernen Gesellschaften“ immer noch ein der urchlichsten Form eines „antagonistischen Typs gesellschaftlicher Produktion“ (vgl. Tjaden 1991, 44) angehöriges Geschlechterverhältnis geltend, das von der Entstehung von Krieg und Großwildjagd in den Ursprüngen des Patriarchats untrennbar ist: „Die erste Freiheit ist die Bewegungsfreiheit, die die Last-Frau dem Jagd-Mann verschafft, aber diese Freiheit ist keine Freizeit, sondern eine Fähigkeit zur Bewegung, die zu einer Fähigkeit zum Krieg jenseits der primitiven Jagden wird.“³ (Virilio 1990, 84) Dieser Aspekt der „gewalttätigen Form des gesellschaftlichen Stoff- und Energieaustausches zwischen Mensch und Natur“ (Tjaden 1991, 44)⁴ reproduziert sich durch die antagonistischen Produktionsweisen hindurch, bis in die „vergangene Zukunft“ des vom Rhythmus der industrialisierten Geschwindigkeit enthusiastisierten „Futurismus“, der die „Flucht nach vorn“ kategorial mit einer „historischen Offensive“ verwechselt hat (vgl. Virilio 1990b, 92): „Unser Herz kennt keine Rast! Denn es nährt sich von Feuer, von Haß und von Geschwindigkeit“,

wie es nicht zufällig gerade der Faschist Marinetti noch als künftig zu verwirklichendes Programm formulierte (zit. n. Virilio, 1990b, 95). Während doch gemäß einer offenbar⁵ logisch unabwiesbaren Tendenz die Geschwindigkeit gerade mit der Zielgerichtetheit auch die Zukunft verschwinden läßt: „Die Geschwindigkeit ist nicht mehr das Zeichen eines Fortschritts, einer Progression, sondern das einer Konversion; die Revolution des Fahrzeugs ist letztlich eine ewige Wiederkehr.“ (Virilio 1990a, 70)

In Gestalt der heutigen "ideologischen Waren" legt dieses System wesentliche Verhaltensorientierungen fest.

Ist diese „dromokratische“ Tendenz des im modernen „Konsumismus“ radikalisierten Mobilitätsbedürfnisses etwa ein unabwendbares, anthropologisch oder in der Sachlogik der „Fortbewegung“ begründetes „Schicksal“ der Menschheit?

Rudolf Bahro hat in dieser Hinsicht - in eher impliziter Auseinandersetzung mit ökologischen Theoretikern, die stark „anthropologisch“ argumentiert haben - von vornherein eine theoretische Sackgasse markiert: In seiner „Alternative“ hat er sich auf die Unterscheidung von

„kompensatorischen“ und „wahren“ Bedürfnissen gestützt, um glauben zu können, daß die Umgestaltung des Konsums keine wirklich eigenständiges Feld der Politik abgeben könne. In seiner „Logik der Rettung“ hat er genau die hier formulierte Frage zunächst affirmativ „anthropologisch“ gefaßt⁶, um sie dann aber geradezu übersprunghaft - als Frage nach der „Rettungsregierung“ - zu politisieren.

Die „Bedürfnistheorie“ ist ebenso eine theoretische Sackgasse wie die Anthropologie als unvermittelte Grundlage politischer Konzeptionen. Wählen wir daher, als „Produktionsumweg“ für eine Beantwortung dieser Frage, zunächst einmal einen anderen Ausgangspunkt!

2. Das Konsummodell als gesellschaftspolitischer Rückkoppelungsmechanismus

Michael Brie, Rainer Land, Hannelore Petsch, Dieter Segert und Rosi Will haben in ihrem „Umbau-Papier“ (Brie u.a. 1990, 83f.) als zentrales, sich historisch dann als unlösbar herausstellendes Entwicklungsproblem der DDR-Wirtschaft den Mechanismus identifiziert, der den „Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsentwicklung und der Entwicklung der sozialen Lage der Subjekte zwischen Leistung und eigenen Entwicklungsbedingungen“ (ebd., 83) herstellt: Weil rein quantitativ angelegt - „Wachstumsraten der Produktion bzw. Produktivität sind gekoppelt mit Wachstumsraten der Einkommen bzw. der Sozialleistungen“ (ebd.) - formiert dieser „Rückkoppelungsmechanismus“ (ebd., 84) „Leistungsmotivationen“, die „immer auf der gegebenen Bedürfnisstruktur, den gegebenen Verhaltensweisen und den gegebenen sozialen Interessenlagen der Subjekte“ (ebd., 83f.) beruhen. Das hat einen enormen strukturalistischen Effekt: „Mit dieser Art der Rückkoppelung konnte die intensivere Nutzung vorhandener Potentiale für die bessere Befriedigung gegebener Bedürfnisse erreicht werden - also Wachstum von Potentialen und Bedürfnissen in gegebener Struktur und Qualität. Sie schließt hingegen qualitative Wandel der Bedürfnisse und strukturelle Veränderung der Interessenlagen aus.“ (ebd., 84) Damit haben die

AutorInnen m.E. treffend das zentrale Problem des fordistischen Modells der Wirtschaftspolitik beschrieben: Der fordistische, mehrfach marktvermittelte Reproduktionszusammenhang von industrieller Massenproduktion (Großkonzerne plus Taylorismus plus Standardisierung der angebotenen Waren) und individualisiertem Massenkonsum (Einkommensstabilisierung plus Marketing plus Konformismus) bezieht seine relative Stabilität aus genau diesem Rückkoppelungsmechanismus, der die Aktivierung und Konformisierung der Subjekte⁷ in den Prozeß des Konsums der immergleichen Waren hineinverlegt - und damit uralte Bedürfnisstrukturen für sich als Stabilitätsreserven nutzbar macht⁸.

Damit haben Brie u.a. vermutlich nicht das spezifische zentrale Problem der DDR getroffen⁹ - immerhin läßt es sich wohl kaum bestreiten, daß die DDR versuchen mußte und versucht hat, den Fordismus zu imitieren¹⁰ - aber sie haben etwas verstanden, was Lafontaine in seinem „Lied vom Teilen“ einfach übersprungen hat: Daß nämlich der notwendig gewordene qualitative Wandel innerhalb dieses Mechanismus nicht möglich ist. Lafontaine faßt den historischen Prozeß, in dem sich das fordistische Politikmodell in Europa durchgesetzt hat, pointiert zusammen: „Es waren die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, die dem Kapitalismus das Überleben erleichtert haben, indem sie den systemsprengenden Verelendungsprozeß durch die Organisation einer gewerkschaftlichen Gegen-solidarität unterliefen. Indem die Gewerkschaftsbewegung bessere Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen für alle erkämpfte, hat sie zugleich die notwendige logische Voraussetzung für die weitere Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft geschaffen - nämlich eine durch die Kaufkraft der Massen gesicherte Nachfrage nach Konsumgütern.“ (Lafontaine 1990, 13) Er stellt eine unbestreitbare erhebliche Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch diese Entwicklung fest - und geht dann, da es ihm gerade darum geht, zu zeigen, daß das „sozialdemokratische Zeitalter noch lange nicht zu Ende“ ist, zu der durch keine Problemeinsicht getriebenen Feststellung über: „... und es spricht nichts dafür, daß nicht auch weiterhin ein Wandel nach diesen Spielregeln mög-

lich sein soll.“ (ebd.) Genau dies ist aber die Frage: ob nicht gerade der Rückkoppelungsmechanismus zwischen Massenkonsum und Massenproduktion - dessen „Entgleisen“ gerade unter unseren Augen die ökonomischen Strukturen der ehemaligen DDR zerstört - mit seiner strukturalistischen Dynamik jedenfalls dem von der ökologischen Krise auf die Tagesordnung gesetzten Typus einer „reformistischen Politik“ (ebd.) genau im Wege steht: Eine Umstrukturierung der Bedürfnisse in Richtung auf eine Verringerung der „Umschlaggeschwindigkeit“, auf weniger Warenkonsum, auf den Konsum längerfristig nutzbarer Waren und auf die Gewinnung einer mehr konvivialen, die Gegenwart des anderen „genießenden“, nicht an ideologischen Waren ausgerichteten und auch nicht dem Erringen von positionalen Vorteilen im Männer-Kampf gewidmeten, tatsächlichen „Freizeit“ und schöpferisch kultureller Selbsttätigkeit, kann sich in unseren Gesellschaften eben nicht so einfach auf die „innere Logik der sozialen Systeme“ (ebd.) stützen. Auch Lafontaines sympathische Utopie einer „beteiligten Gesellschaft“¹¹ muß „hier hindurch“ - Sie kann nur Wirklichkeit werden, wenn es gelingt, im Realen hinreichend starke Anknüpfungspunkte für eine bewußte Durchbrechung oder zumindest Überlagerung dieses zentralen Mechanismus zu finden.

3. "Wir sind keine Menschen mehr, wir sind Verbraucher - unserer eigenen Substanz"¹²

In einem großen Teil der zeitgenössischen Konsumkritik wird die zunächst von uns beobachtete Tendenz zu einer immer weitergehenden Rückverlagerung der Probleme, bis in die Ursprünge des Menschseins hinein, mit der problematischen Nebentendenz ihrer Anthropologisierung, d.h. ihrer Verwandlung in konstitutive Bestandteile eines überhistorischen Menschendinges, geradezu in ihr Gegenteil verkehrt: Hier erscheint erst der moderne „Fordismus“ als die Wurzel aller Probleme. In einer solchen, im eigentlichen Sinne romantischen Kulturkritik, war gewissermaßen in Großmutterns Küche noch alles in Ordnung - nur daß etwa dabei die allermeisten Menschen dabei ihre großmütterlichen Mägdle vergessen mußten,

Die Freiheit ist keine Utopie, weil sie ein ursprüngliches Streben ist, weil die ganze Menschheitsgeschichte Kampf und Arbeit ist für die Errichtung sozialer Institutionen, die ein Höchstmaß an Freiheit garantieren. Gramsci, 1918

Das deutsche Gramsci-Projekt

Die deutsche Ausgabe von Gramscis Hauptwerk wird in 10 Bänden den integralen Text der *Quaderni del carcere* bieten. Grundlage ist die von Valentino Gerratana veranstaltete kritische italienische Ausgabe, die mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Apparat ausgestattet ist und weltweit als vorbildlich gilt. Der Argument-Verlag kann sich bei seinem Unternehmen auf die Zusammenarbeit mit dem *Istituto Gramsci* (Rom) und der *International Gramsci Society* stützen. Die wissenschaftliche Leitung des Gesamtprojekts liegt in den Händen des Leipziger Romanisten Prof. Klaus Bochmann und des Berliner Philosophen Prof. Wolfgang Fritz Haug.



Zu den »Gefängnisheften«

Am 22. Januar dieses Jahres hat sich Antonio Gramscis Geburtstag zum einhundertsten Mal gejhrt — Anlaß genug, sich einen Denker und Revolutionär ins Gedächtnis zu rufen, der wie kaum ein anderer den westlichen Marxismus der Nachkriegszeit beeinflusst hat. Eine zentrale Rolle spielt dabei sein (Fragment gebliebenes) Hauptwerk: die *Quaderni del carcere*, die er unter schwierigsten geistigen und materiellen Bedingungen in den Kerkern der italienischen Faschisten zwischen 1929 und 1935 niederschrieb. Nicht zuletzt auf diese der Krankheit und der Haft abgerungenen Essays, Notizen und Reflexionen gründet sich sein Ruf, einer der bedeutendsten politischen Denker des zwanzigsten Jahrhunderts zu sein.

Demgegenüber mag es als kurios erscheinen, daß die in den siebziger Jahren begonnene deutsche Diskussion um Gramsci nur auf sehr fragmentarische (und nicht immer unumstrittene) Ausgaben der *Gefängnishefte* zurückgreifen mußte. Diesem wissenschaftlichen Notstand wird jetzt ein Ende bereitet. Mit dem seit Ende März vorliegenden ersten Band der *Gefängnishefte* kann die Gramsci-Debatte hierzulande endlich auf gesicherte Grundlagen gestellt werden. Für die interessierte Öffentlichkeit ist das ein ungeheurer Gewinn — und für den Verlag ein hohes Risiko. Bis 1996 soll die integrale Ausgabe der *Gefängnishefte* in 10 Bänden (mit insgesamt ca. 4.000 Seiten) vorliegen. Bei der Realisierung dieses Vorhabens sind Subskriptionen willkommene Hilfe. Von daher unsere Bitte an alle Interessierten: *Unterstützen Sie das deutsche Gramsci-Projekt! Subskribieren Sie die deutsche Ausgabe der Gefängnishefte!* (Subskriptionsschluß: 31.12.1991)

Über Antonio Gramsci

Gramsci wurde am 22. Januar 1891 auf Sardinien geboren. 1914 schloß er sich der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) an. Von 1915 bis 1922 war er Mitarbeiter und Redakteur verschiedener sozialistischer Zeitschriften, 1921 gehörte er zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei Italiens. Von 1922 bis 1924 hielt er sich in Moskau und Wien auf. 1924 kehrte er als Abgeordneter nach Italien zurück, wo die Arbeiterbewegung bereits am Rande der Legalität arbeiten mußte. 1926 wurde er verhaftet und 1928 aus politischen Gründen zu einer zwanzigjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Im Kerker verschlechterte sich sein ohnehin angegriffener Gesundheitszustand noch weiter; doch erst der Druck internationaler demokratischer Kräfte bewirkte seine vorzeitige Entlassung aus der Haft. Aber es war bereits zu spät: drei Tage nach der Entlassung, am 27. April 1937, starb Gramsci.



Subskription

- Hiermit subscribiere ich: Antonio Gramsci, *Gefängnishefte* (10 Bände) zum Preis von DM 48,- (statt DM 58,-) pro Band.
- Ich erteile Einzugsermächtigung (Zusendung erfolgt portofrei)

Kontonummer:

Bank:

BIZ:

- Ich erbitte Zusendung mit Rechnung (pro Band DM 2,- Porto)
- Bitte schicken Sie mir das Verlagsprogramm

Name:

Anschrift:

Datum/Unterschrift:

die nicht einmal über eine Küche verfügt haben. Sogar der chemischen Industrie gelingt es inzwischen, aus der sie beim Wort nehmenden Widerlegung einer derart realitätsfernen Zivilisationskritik Argumente gegen eine Kritik der schlechten Gegenwart namens einer verklärten Vergangenheit zu ziehen. Worauf es demgegenüber ankommt, ist vielmehr, den Radikalisierungszusammenhang zu erkennen, in dem fordistische Konsummuster zu älteren Mustern der gewalttätigen Reproduktion stehen: Die Gewohnheit des vertrauten Umgangs mit den Dallas-Phantomen (vgl. Anders 1989, 131 ff.) etwa ist nicht die schlichte Zerstörung der älteren, noch höfisch-zünftisch geprägten „Geselligkeit“, son-

dern deren „Erfüllung“; im Reinheitsversprechen des „weißen Riesen“ wird nicht das schlichte Sauberkeitsversprechen der Seife pervertiert, sondern Omas Traum vom durchgreifenden Ritual des „Großreinemachens“ durch seine Veralltäglichsung in die Wirklichkeit umgesetzt. Der Cadillac verdrängt nicht schlichtweg den Traum vom „Vier-spänner“, er stellt auch seine „pflegeleichte“, ohne Pferdeknechte auskommende „Verwirklichung“ dar. Der Mustang des „lonely riders“ ist zum „Mustang“ geworden.

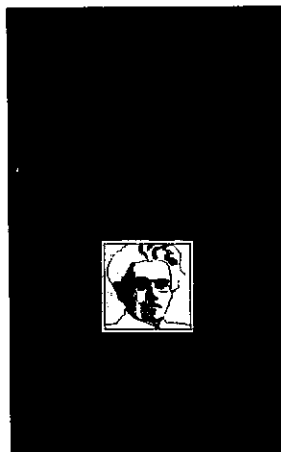
Ein grundlegender gemeinsamer Nenner dieser „passiven Transformation“, in der gerade die „Modernisierung“

Literatur:

- Altvater, E., 1987: Sachzwang Weltmarkt, Hamburg
- Anders, G., 1989: Die Antiquiertheit des Menschen, Frankfurt
- Antunes, C., Juquin, P., Kemp, P., Stengers, I., Telkämper, W., Wolf, F.O., 1990: Für eine grüne Alternative in Europa, Hamburg
- Barck, K., Gente, P., Paris, H., Richter, S., Hg., 1990: Aisthesis, Leipzig
- Baudrillard, J., 1976: La genèse idéologique des nécessités, Brie, M., Land, R., Petsch, H., Segert, D., Will, R., 1990: Das Umbaupapier, in: Land, R., Hg., 1990, Das Umbaupapier, Berlin
- Commoner, B., 1990: Making Peace with the Planet, New York
- Cooper, D., 1983: The Dialectics of Liberation, Harmondsworth
- Dolata, U., 1990: Ökologischer Umbau über funktionsfähige Märkte und flankierende Staatsintervention?, Z, H. 3
- Ebermann, T., Trampert, R., 1984: Die Zukunft der Grünen, Hamburg
- Engert, S., 1988: (Grün-)Feministische Postmoderne-oder-Krise als Chance?, in: Jurtschitsch, E., Rudnick, A., Wolf, F.O., Hg., 1988
- Garcia, E., 1983: Les cendres de Maig. Materials per a la crítica dels projectes alternatius, València
- Haug, W.F., 1987: Die Faschisierung der Subjekte, Hamburg
- Heller, A., 1980: Theorie der Bedürfnisse, Hamburg
- Dies., 1981: Alltagsleben, Hamburg

- Dies., The legacy of Marxian Ethics today, Praxis International 1982
- Hustedt, M. u.a., 1990: Ökologisches Manifest, Bonn
- Jurtschitsch, E., Rudnick, A., Wolf, F.O., Hg., 1988: Grünes und alternatives Jahrbuch 1988, Köln
- Krause, F., Bossel, H. u.a., 1980: Energiewende, Frankfurt
- Lafontaine, O., 1990: „Das Lied vom Teilen“, München
- Leipert, C., 1989: Die heimlichen Kosten des Fortschritts, Frankfurt
- Lipietz, A., 1989: Choisir l'audace, Paris
- Marcuse, H., 1968: Liberation from the Affluent Society, in: Cooper, Hg., 1968
- Mies, M., 1988: Konsumbefreiung oder Politisierung des Alltags, in: Jurtschitsch, E., Rudnick, A., Wolf, F.O., Hg., 1988
- Sarkal, S., 1988: Klarheit schaffen, in: Jurtschitsch, E., Rudnick, A., Wolf, F.O., Hg., 1988
- Tjaden, K. H., 1991: Wir brauchen eine politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme, spw Nr. 57, Feb. 1991, 41-47
- Virilio, P., 1990a: Fahrzeug, in: Barck u.a., Hg., 1990, 47-72
- ders., 1990b: Metempsychose des Passagiers, in: Barck u.a., Hg., 1990, 83-96
- Wolf, F.O., 1987: Illusionärer Fordismus, Das Argument 162
- Ders., 1991: Nachwort, in: Lipietz, Wege aus der Krise des Fordismus, Hamburg

zum Medium der Reproduktion sehr viel älterer Handlungsmuster wird, ist die Überführung alter Strukturen der materiellen Transaktion in Muster ihrer technologisch garantierten individuellen Verfügbarkeit - unter der Voraussetzung der individuellen Zahlungsfähigkeit. Diese „schöne neue Welt“ erzeugt, wie Huxley dies schon früh gesehen hat, Handlungskonformität durch Wunschbefriedigung - bzw. durch das Verschwinden der Wünsche, anders zu sein und zu leben. Einmal durchgesetzt, wenn diese „moderne Gesellschaft“ auf ihren eigenen Grundtönen funktioniert, ist die „Lebenswelt“ nur noch „Wille und Vorstellung“ (Schopenhauer), unter tendenzieller Ausschaltung der auf ihre „Widerständigkeit“ reduzierten „Materie“ (Bergson, Dilthey), d.h. ohne die Dimensionen der Mühe der Aneignung durch eigene konkrete Arbeit (labour), aber auch ohne das spezifische „Transzendenzserlebnis“ des sinnlichen Genusses (Iust) des „anderen“, der nicht bloß „mein Phantom“ ist. So gilt dann in der Tat: „We can reach it, if you want to - paradise now!“¹³ Diese kabarettistische Zuspitzung des grundlegenden Versprechens des Konsumismus in seiner gegenwärtig noch anhaltenden Offensive¹⁴ läßt ein einfaches Mechanismus hervortreten, dem sowohl der flache Hedonismus der Schöner-Essen-Yuppies als auch der eingriffsunfähige Antihedonismus der Strategie der „Konsumbefreiung“ unterliegt: Maria Mies hat die - von Saral Sarkar nur scheinbar ins Realitätsstüchtige transponierte (Sarkar 1988) - These formuliert, die „Lebenslüge“ des modernen Konsumismus, d.h. „daß wir glauben (Hervorhebung F.O.W.), wir könnten jeweils beides haben“, beständig vermehrten Warenkonsum und Überwindung der industriellen Umweltzerstörung, beständig vermehrten Welthandel und Beendigung der Ausbeutung der Zweidrittelwelt sowie eine beständig ausgeweitete Kommerzialisierung „des Lebens der Frauen“ und Frauenbefreiung (Mies 1988, 247), bzw. daß „hoher Lebensstandard identisch ist mit 'gutem Leben'“ (ebd.), sei als solche auch die zentrale Grundlage der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, so daß diese von einer Strategie der „Konsumbefreiung“ (ebd., 254) zum Tanzen gebracht und durchbrochen werden können: „Ich bin allerdings der Meinung, daß alle anderen Formen des



Antonio Gramsci Gefängnishefte

Band 1
Heft 1

Hg. von Klaus Bochmann
Vorwort von
Wolfgang Fritz Haug

288 S., geb., DM 58,-
Subskriptionspreis: DM 48,-
ISBN: 3-88619-411-6

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Kampfes für eine andere Gesellschaft ... keinen Erfolg haben werden, wenn die Hegemonie über den Alltag, die der Konsumismus innehat, nicht gebrochen wird. In diesem Sinne ist der „Weg“ der Konsumbefreiung auch schon das „Ziel“ (ebd., 261).

Durch den impliziten Rekurs auf die Möglichkeit einer „Propaganda der Tat“ in dem „weiblichen Lebenszusammenhang“ der hausfraulichen Konsumarbeit vermeidet Mies zwar noch, ganz ausdrücklich in die „Ethik-Falle“ der Politik zu laufen¹⁵.

Wenn Politik schon „alleine“ nicht geht, vielleicht „geht es“ zu mehreren? Alain Lipietz, der den französischen Grünen nahesteht, hat jedenfalls 1989 die Hauptelemente für einen neuen, den fordistischen Klassenkompromiß ablösenden „Vertrag“ umrissen. Wenn es auch heute sehr viel schärfer deutlich wird, daß sowohl die Schwierigkeiten eines realistischen politischen Einstiegs

in eine derartige „andere Entwicklungslogik“ sehr viel konkreter zu bestimmen als auch die weitergehenden Transformationsperspektiven deutlicher herauszuarbeiten sein werden¹⁶, ist daher sein „Vertrags“-Vorschlag für unsere Fragestellung heute noch weiterführend: Es gehe im Kern darum, die „Krise der Arbeit“, d.h. „die Krise des Taylorismus und der extremen Mechanisierung“ durch einen „neuen Vertrag über die Lohnarbeit“ zu überwinden. In diesem „Vertrag“ könnten die Möglichkeiten von Elektronik und Informatik gezielt dazu genutzt werden, um eine nicht-technische Alternative zum alten Klassenkompromiß des, wie Lipietz ihn nennt, „liberalen Produktivismus“ zu finden und durchzusetzen, der insbesondere auch auf die Herausforderungen durch die „unvollendete feministische Revolution“ eingeht (Lipietz, 1989, 73). Eine Strategie der kollektiven Aushandlung der Arbeitsbedingungen im umfassenden Sinne zwischen den Gewerkschaften und dem betrieblichen

Management kann insgesamt einen neuen Typus der in ihrem konkreten Arbeitsprozeß mit „Leib und Seele“ en-

Im Reinheitsversprechen des "weißen Riesen" wird Omas Traum vom "Großreinemachen" durch seine Veralltäglichsung in die Wirklichkeit umgesetzt.

gagierten Lohnabhängigen hervorbringen, die sich dessen bewußt sind, die im Kollektiv tatsächlich „Herren ihres Arbeitsprozesses“ sind (ebd., 77) und unter denen damit das Bedürfnis nach Selbstverwaltung, das der fordistische Klassenkompromiß den abhängig Erwerbstätigen geradezu ausgetrieben hatte, wieder aufleben kann (ebd.). Eine derartige Strategie unterläuft die vermutlich immer schon falsche Alternative von Systemwechsel oder Modifikation des bestehenden Systems zugunsten einer unterdeterminierten Reihe von Verdichtungszuständen bzw. Konfigurationen. Jeder dieser Verdichtungszustände ist selbst als ein relativ stabilisiertes Kompromißgleichgewicht zu beschreiben, in dem das Feld der gesellschaftlich strittig auszutragenden Forderungen jeweils relativ stabil umrissen ist: durch die Verkopplung von Einzelforderungen mit den sozioökonomischen Voraussetzungen, unter denen die auszuhandelnde neue, engagierte Arbeitshaltung erst individuell oder kollektiv rational und damit auf Dauer einzufordern sein wird, geht es um die Einleitung eines alternativen Entwicklungsstranges in einer Krisensituation. In dem Dreieck von engagierter Arbeitshaltung, qualifizierter Beteiligung an der Gestaltung des Arbeitsprozesses und Gewährleistung der Voraussetzungen für die Rationalität beider Haltungen (Gewährleistung von kontinuierlicher Beschäftigung und Weiterqualifizierung), verändert sich nicht nur die konkrete Arbeitssituation, sondern darüber hinaus die gesamte gesellschaftliche Kräftekonstellation. Dadurch wird die Einleitung und Stabilisierung eines permanenten gesellschaftlichen Prozesses einer demokratischen Ausgestaltung des eigenen Arbeits- und Lebensprozesses für die große Mehrheit der abhängig Erwerbstätigen überhaupt erst wieder zu einem Bestandteil des eigenen Handlungsraumes. Lipietz stellt allerdings selbst den Zusammenhang nicht her, in dem die Durchsetzung von konkreten Forderungen zusammen mit ihren spezifischen Rationalitätsvoraussetzungen mit der Problematik einer Transformation im Sinne einer Überwindung struktureller gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse steht.

Das Konzept des „Gesellschaftsvertrages“ hat bekanntlich einen gravierenden Nachteil, der ihn für ein

theoretisches Durchdringen der Bedingungen des politischen Handelns nur sehr bedingt brauchbar macht: Er wird niemals ausgehandelt, paraphiert und unterzeichnet, eigentlich gar nicht einmal geschlossen¹⁷. Das gilt auch für den „keynesianischen Klassenkompromiß“, den wir nicht mit den mageren Ergebnissen gelegentlicher „konzertierter Aktionen“ verwechseln sollten. Dieser Einwand trifft allerdings auch Lipietz' konzeptionelle Überlegungen: Er bleibt bei einem Appell an die „Evidenz“ stehen, daß es mehr Spaß macht, kreativ tätig zu sein, als bloß „passiv“ zu konsumieren, ohne zu reflektieren, an welche soziohistorischen - v.a. „bildungsbürgerlichen“ - Voraussetzungen diese Evidenzerlebnisse gebunden sind. Demgemäß kann es ihm nicht in hinreichendem Umfang gelingen, diejenigen Menschen „anzusprechen“, für die diese Voraussetzungen weder real gegeben noch auch reale Möglichkeiten sind. Ohne sie ist aber eine ökologische Wende in der Lebensweise nicht zu haben.

Wir brauchen eine konkrete Politik der Bedürfnisse und Wünsche.

Es geht um einen ebenso materiellen wie ideologischen Umbau der Produktion der Wünsche.

Wir brauchen also eine konkrete Politik der Bedürfnisse und Wünsche. Das ist keineswegs ein Plädoyer für künstliche Hilfskonstruktionen, die nur dazu dienen, das wirkliche Problem zumindest diskursiv überspielen zu können - etwa

für Rudolf Bahros pädagogisierendes Konstrukt der „kompensatorischen Bedürfnisse“, die hinfällig werden, sobald einmal das „wahre Leben“ begonnen habe, oder für Agnes Hellers Postulat der „radikalen Bedürfnisse“, die als immer schon vorhandene über die bestehenden Herrschaftsverhältnisse hinaustreiben. Ebensowenig kann es angehen, sich resignativ auf die unbestreitbare Spontaneität der bloßen Wünsche zurückzuziehen, wie es Baudrillards Kritik der Bedürfnisbildung nahelegt, oder dann eben doch die faktische zahlungsfähige Nachfrage der KonsumentInnen als letzte Instanz jeder Bedürfnispolitik zu akzeptieren. Der schwierige Übergangsprozeß, um den es in einer solchen Politik der Bedürfnisse und Wünsche geht, vollzieht sich auf mehreren Ebenen: materielle Lebensbedingungen müssen verändert werden, damit bestimmte Bedürfnisse überhaupt in rationalen Verhaltensmustern gelebt werden können; zugleich muß sich jedoch auch ein „Umdenken“ in der Dimension der Wünsche vollziehen. Zu beiden Dimensionen gibt es durchaus reichhaltige Vorschläge und Erfahrungen: Einerseits die vielfältigen stofflichen Umbauvorstellungen, wie sie exemplarisch etwa in der „Energie-wende“ oder in der Konzeption der „autofreien Stadt“ vorliegen, andererseits sehr vielgestaltige Praxisformen der - auch kollektiven - Selbstentwicklung und Selbstkultivierung, die viele Linke m.E. zu Unrecht einer sich kommerzialisierenden „Psycho-Szene“ überlassen. Bemerkenswert ist allerdings, daß mögliche wechselseitige Verstärkungs- und Modifizierungsprozesse zwischen Vorschlägen und Entwicklungen in diesen beiden Dimensionen in der Regel nicht einmal als Problem gedacht werden. Dabei könnte erst aus ihrer Verbindung - aus der Kombination der sachverständig für ihre Lebensinteressen Bewegten mit den ihr Leben einfühlend Verändernden - eine neue Kraft und auch eine neue hegemoniale Qualität erwachsen.

Eine derartige Politik der Bedürfnisse und Wünsche würde die tiefstehende gesellschaftliche Trennung von Armenpolitik und Arbeitspolitik angreifen müssen, d.h. auch die gefäufige Unterscheidung zwischen dem „Bedarf“, dessen Erhebung der Verwaltung von Menschen durch eine über ihnen stehen-

GRÜN

ROT

SCHLÄGT ZURÜCK

UND WIR MITTEN IM SCHLAMM

PROGRAMMTIPS MONATLICH

ca. 7000

az FRANKFURTER

andere zeitung START ILLUSTRIERTE

de Macht zugehört, und den tatsächlich geltend gemachten Bedürfnissen, die der alltäglichen Mikro-Politik der „Konsumentensouveränität“, die Kaufkraft in zahlungsfähige Nachfrage verwandelt¹⁸, zuzurechnen ist. Ebenso auch die Unterscheidung zwischen denjenigen Bedürfnissen, die zum gesellschaftlichen Normalstandard gehören, und denjenigen, deren Befriedigung bereits als „Luxus“ gilt, wie sie etwa in jeder Tarifaueinandersetzung implizit getroffen wird.

Diese Grundlage jedes möglichen Übergangs zu einem neuen Konsummodell bringt uns damit zu der radikalen gesellschaftspolitischen Aufgabenstellung einer derartigen Politik der Bedürfnisse und Wünsche: Es geht in ihr letztlich um nichts weniger als um einen ebenso materiellen wie ideologischen Umbau der Produktion der Wünsche, in allen ihren Produktionsbedingungen und Prozeßphasen, sowie um eine kollektive Umbewertung der Kriterien und Mechanismen der Verteilung der jeweiligen gesellschaftlich produzierten Möglichkeiten ihrer praktischen Anerkennung als zu befriedigende Bedürfnisse

Um einen alten Slogan aus der Geschichte der Emanzipationsbewegungen abzuwandeln: Fordern wir nicht den Verzicht als Grundlage eines neuen Konsummodells, fordern wir weit mehr als wir heute wirklich bekommen: Konviviales Brot und meditative Rosen!

spw

- 4 Mir geht es hier um das Handlungsmuster, die ideologische Struktur, die sich in der Tat im Alltagshandeln der gesellschaftlichen Individuen reproduziert - nicht um die Illusion, das individuelle Konsumverhalten sei hinsichtlich seiner energetisch-stofflichen Auswirkungen das eigentliche oder überwiegende Problem, unter Vernachlässigung des „Problembetrags“ der großen Industrie-Produktion.
- 5 Die von Virilio erzeugte, nicht einmal ausgesprochene Evidenz der Alternativlosigkeit ist der eigentliche „kritische Punkt“ seiner Analysen, an dem ihre „Politik“ wirksam, erkennbar und kritisierbar wird.
- 6 Wobei er sich allerdings noch das „dialektische“ Schlupfloch ließ, selbst die „Evolution“ noch politisch aufzuladen: Der neue „homo integralis“ beruft sich ebenso auf den „Genotyp“ (Bahro 1987, 267 vgl. 275) wie auf die Geistesgeschichte (passim).
- 7 Anders als etwa der historisch zunächst mit ihm konkurrierende Faschismus, der organisierte, autoritäre Mobilisierungsformen in einer durch den Staat „gleichgeschalteten“ Gesellschaft und auf die Drohung mit dem „anderen Ausbeutungsverhältnis der Zwangs- und Vernichtungsarbeit“ als externe Stabilisatoren der kapitalistischen Lohnarbeit zurückgriff - und das dementsprechend eine besondere „Faschisierung der Subjekte“ (vgl. Haug 1987) zur Folge hatte, suchte - und fand - das fordristische Politikmodell deren Stabilisierungselemente in deren eigenem Kern: in der notwendigen Metamorphose des Lohnarbeiters in den Käufer von Waren als Lebensmitteln. Wie dies schlagend etwa in Walt Disneys Verfilmung von „Mary Poppins“ symbolisch dargestellt wird, treten die alten „Ordnungsmächte“ mit ihren autoritären Unterwerfungsritualen - Kirche, Militär, Schule, Betrieb - damit gegenüber der zauberischen „neuen Ordnungsmacht“ zurück, die einfach darin besteht, mit „ein bißchen Zucker“ seinen „Spaß“ (fun) mit seinen Waren zu haben.
- 8 Der richtige Spaß mit der richtigen „ideologischen Ware“ (die in dem eben angeführten autokorrelativen Modell der modernen Unterhaltungsindustrie selbstverständlich nicht als solche auftritt, denn dies ist ja schon das „hidden curriculum“ der modernen „Werbung“) wird die Seinen schon wiederzuerkennen und sie auf den richtigen Weg zu geleiten wissen - das Auto den lohnabhängigen Familien-Ernährer als „Jägersmann“, die Waschmaschine und der Kühlschrank die „moderne Hausfrau“ als „Küchenfee“, Radio und TV die gesamte Familie als mit ihrer Warenwelt allein lebende und doch immer ausgerichtete „Höhlenbewohner“, usw.
- 9 Die Kombination von relativer Ineffizienz der „Kommandowirtschaft“ mit der Unmöglichkeit, erforderliche „Modernisierungsprozesse“ auf Seiten der gesellschaftlichen Subjekte durch administrativen Druck“ zu induzieren, lassen sich aus der Analyse von Brie u.a. als ein solches Spezifikum herauslesen.
- 10 „Überholen, ohne Einzuholen!“ war bestenfalls eine schöne Phrase, als von „Einholen“ noch gar keine Rede sein konnte.

- 11 „... in der die Menschen nicht vereinzelt, beherrscht, verwaltet und verplant werde; ... in der sie weder zu passiven Konsumenten eines seelenlosen Kulturbetriebs noch zur willfährigen Verfügungsmasse der industriellen Produktion noch zum manipulierten Stimmvieh der Politik degradiert werden; ... in der der einzelne, solidarisch mit allen anderen, seine Arbeits-, Kultur-, und Lebensformen in einem schöpferischen Prozeß, soweit es geht (!, F.O.W.) selber bestimmt“ (Lafontaine 1990, 27f.)
- 12 Die Kabarettistin Lisa Fitz zur Einleitung ihrer Darbietung bei der Verleihung des deutschen Kleinkunstpreises 1990, Sparte Chanson, Mainz, 17.2.1991
- 13 Lisa Fitz in einem Refrain bei der gleichen Gelegenheit
- 14 Die engstens verbunden ist zum einen mit der enormen Expansion des Weltkreditsystems seit den siebziger Jahren (vgl. Altvater 1987) und zum anderen mit dem Versuch der Etablierung eines neuen, Selektivität in „Verdienst“ umdeutenden „Elitebewußtseins“, also mit zwei Elemente, deren künftige Stabilität heute schon als mehr als gefährdet erscheinen muß.
- 15 Was vielmehr den neokonservativ und neoliberal argumentierenden AutorInnen des „ökologischen Manifestes“ vorbehalten blieb, das im Sommer 1990 durch die Grünen geisterte: Eine Ethik des ortlosen individuellen Verzichtes, die als solche nur kollektive Handlungsunfähigkeit erzeugen konnte, die dann wiederum durch aktive Selbstunterwerfung unter die legitimen Strukturen demokratischer Staatsmacht zu kompensieren versucht wurde, sollte zum „Proberstein“ einer „echt ökologischen“ Radikalität gemacht werden (vgl. Hustedt u.a., 1990).
- 16 Ich habe in meinem Nachwort zu Lipietz 1991 den Versuch unternommen, hierzu einige zusätzliche Gesichtspunkte anzugeben (vgl. Wolf 1991)
- 17 Althusser hat die vielschichtige „Dialektik“ des exemplarisch tief durchdachten Rousseauschen Gesellschaftsvertrags analysiert (vgl. Schriften, Bd. 4, Hamburg 1987).
- 18 Demgemäß wird der Bedürfnisbegriff - im Unterschied zum Wunsch, zu dessen Erfüllung, weil nicht entsprechend begründet, sich der „Konsument“ noch nicht hat entschließen können - traditionell erst dort theoretisch zum Problem, wo die Kaufkraft nicht mehr ausreicht, um eine „unverkürzte Reproduktion“ zu gewährleisten (vgl. exemplarisch die neuere britische, neoliberal geprägte Kritik am Begriff des Bedürfnisses in der Sozialpolitik).

Detlef Bimboes

Umwelt und Gesundheit im gemeinsamen Haus Europa

Leitlinien für den Bau des Hauses

EG will Abwässer bis 2005 säubern

Kläranlagen in der Gemeinschaft leben 200 Millionen

Bonn/Brüssel (ap, rtr) ... dürfen in der Europäischen Gemeinschaft mehr ungeklärt in Bäche, Flüsse, Seen und Seen abgeleitet werden. Die Umsetzung der im Juli beschlossenen Abwasser-Richtlinie durch die Bundesumweltministerin ... Deutschland Investitionen von rund 10 Milliarden 1998 erforderlich. Laut EG leben ...

Ganz Europa ist inmitten großer Zerstörungen der Umwelt in Bewegung geraten. Im Osten gärt es, im Umbruch sind soziale Konflikte und giftige Nationalismen aufgebrochen. Im westlichen Teil verarmen trotz ungeheurer Reichtums ganze Regionen, in vielen, ständig wachsenden industriellen Ballungszentren häuft sich zunehmend sozialer Sprengstoff an. Europa ist übersät von lokalen, regionalen und grenzüberschreitenden Umweltproblemen, die vielerorts in Osteuropa noch dramatischeren Charakter als in Westeuropa besitzen. Der Zusammenbruch des bipolaren Weltgegensatzes, die zunehmende Betonung des nationalstaatlichen Gedankens und die immer offenkundiger werdenden gesellschafts- und umweltpolitischen Problemlagen in Europa wie auch weltweit (s. Zellner und Gärtner) verlangen danach, daß die Völker enger zusammenarbeiten. Die friedliche Austragung von Konflik-

ten innerhalb und zwischen den Nationen wird zur unabwiesbaren Notwendigkeit im Interesse der Menschheit und des einen, zerbrechlichen Globus. Es zeichnet sich ab, daß Europa über den Staatenbund der EG hinaus zusammenwächst und hier auch den Vereinten Nationen und ihren bislang bereits formulierten Positionen eine bedeutsame Rolle zufällt. Umwelt und Gesundheit bilden in diesem Prozeß entscheidende, grenzenlose politische Notwendigkeiten für eine dauerhafte Entwicklung von Mensch und Umwelt, derer sich SozialistInnen, Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung zunehmend stellen müssen, wollen sie die Gestaltung des gemeinsamen Hauses Europa in seiner regionalen Vielfalt nicht den konservativen Kräften überlassen. Für eine verantwortungsbewußte, dauerhafte und nicht-zerstörerisch angelegte Entwicklung der Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft ist die Aufrechterhaltung sämtlicher menschlicher und natürlicher Reproduktionsvoraussetzungen im europäischen und

globalen Maßstab nach dem Kriterium der nachhaltigen, schonenden gesamtwirtschaftlichen Nutzung von Arbeitsvermögen, gegenständlichem Nationalreichtum und Naturpotentialen zu gestalten. Ein solch schonender Umgang mit dem Gesamtpotential schließt Europa- und weltweit den schrittweisen Übergang zu einer rationellen Energieversorgung und -anwendung sowie zu einem sparsamen, ressourcenschonenden, weitgehend kreislauforientiert angelegten Stoffwirtschaftssystem ein (nach Tjaden). Ein derart umfassend angelegter Umbau von Gesellschaften ist nur langfristig, z.T. nur in Jahrzehnten zu schaffen. Selbst kurzfristige Erfolge setzen herkulische Anstrengungen voraus. Vorrangig drängt die Begrenztheit der Rohstoffe, vor allem der nicht regenerierbaren, zur bevorzugten Auswahl solcher Entwicklungswege, die mit einem geringen und rationalen Verbrauch der kostbarsten Rohstoffe (Metalle, Kohle, Mineralöl) auskommen. Deshalb sind gerade in den zentralen Bereichen Verkehr, Energieerzeugung, Grundstoffindustrie

Detlef Bimboes, Dipl. Biologe, Wiesbaden

(insbesondere Metallurgie und Chemie-industrie) sowie Bauwesen längerfristig tiefgreifende Umorientierungen notwendig, zumal hier auch die Hauptquellen der Schadstoffbelastung für Mensch und Natur angesiedelt sind.

Die Zentren für derartige Entwicklungen mit globaler Ausstrahlungskraft werden naturgemäß in den hoch-industrialisierten Staaten liegen müssen. Die Auseinandersetzung um solche Neuorientierungen hat in den großen kapitalistischen Industrienationen Europas bereits begonnen und muß an Kraft und Stärke gewinnen. Um keinen für Natur und Gesellschaft wesentlichen Bereich kann ein Bogen gemacht werden. So nicht um die Entwicklung der Produktivkräfte in ökologisch und sozial verträglicher Weise, nicht um ein geändertes, verlangsamtes Wirtschaftswachstum zusammen mit Veränderungen von Lebensweisen und Konsumstrukturen, wie auch nicht um von internationaler Solidarität geprägte, gerechte Aus-

tauschbeziehungen mit den Völkern der Dritten Welt. Damit die Menschen derartige Entwicklungsprozesse wirklich bewußt gestalten, an ihnen teilhaben und sie verstehen können, ist eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche und auf allen gesellschaftlichen Ebenen notwendig. Deshalb sind auch die EG-Strukturen zu demokratisieren und von der Dominanz staatlicher Bürokratien und kapitalistischer Wirtschaftsinteressen zu befreien, wenngleich sie auch nicht ohne eine Reihe zentraler, demokratisch legitimierter Instanzen auskommen werden. Dies gilt zuallererst für ein Europa-Parlament mit entsprechenden Befugnissen, das die bisherigen Gestaltungsmöglichkeiten vom Kopf auf die Füße stellt und den Völkern ermöglicht, ihre Geschicke selbst und zugleich in gemeinschaftlicher Verantwortung zu bestimmen. Hierher gehört auch eine institutionell verankerte Stärkung und Einflußnahme von Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt und Gesundheit.

Unabdingbar ist ferner ein föderativ aufgebautes Europa, das regionale Vielfalt erhält, fördert und ausbaut und nicht auszehrt. Für ein derart umfassend angelegtes Politikkonzept müssen Einstiegspfade gesucht und beschränkt werden, bereits vorhandene Handlungskonzepte sind auf ihre Brauchbarkeit hin zu überprüfen. Eine gute Grundlage für eine an Umwelt und Gesundheit orientierte Politik in Europa geben die von den europäischen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erarbeiteten und bis zum Jahr 2000 hin ausgerichteten Regionalstrategien ab. So sind bereits im Jahre 1985 von den europäischen Mitgliedstaaten der WHO die Einzelziele zur Unterstützung der europäischen Regionalstrategie für „Gesundheit 2000“ fertiggestellt worden. Im Jahre 1988 ist dann von der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) eine langfristig angelegte regionale Umweltschutzstrategie verabschiedet worden („Regional Strategy for Environ-

mental Protection and Rational Use of Natural Resources in ECE member countries covering the period up to the year 2000 and beyond“). Der Umweltschutz in Europa hat damit einen programmatischen Rahmen erhalten, der gleichzeitig in die weltweite Umweltperspektive der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2000 und danach eingebettet ist. Diese Regionalstrategien sind im Kern noch einmal durch die Europäische Charta für Umwelt und Gesundheit bekräftigt worden, die auf dem Treffen der für Umwelt und Gesundheit verantwortlichen Minister und deren Vertreter von den 29 Mitgliedstaaten der europäischen WHO-Region im Dezember 1989 in Frankfurt am Main verabschiedet wurde.

Beide Regionalstrategien heben neben den üblichen Umweltschutzforderungen insbesondere auf ökologische Veränderungen in der Wirtschafts-, Industrie-, Technologie-, Wissenschafts- und Forschungspolitik sowie Agrarpolitik ab. Breiten Raum nehmen Forderungen für eine am Vorsorgeprinzip orientierte Gesundheitspolitik sowie eine damit verbundene gesundheits- und umweltverträgliche Lebensweise ein. Auf diesen programmatischen Rahmen ist die Gesamtheit der bestehenden Umweltschutzpolitiken in Europa klarer und eindeutiger als bisher zu beziehen und abzugleichen. Das betrifft sowohl die einzelstaatlichen Umweltschutzstrategien, die von der Europäischen Gemeinschaft verfolgten Strategien als auch die zahlreichen bi- und multilateralen und internationalen Abkommen zu Umwelt und Gesundheit. Damit ist impliziert, daß Europa auch seine internationale Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in punkto Umweltschutz und Gesundheit neu ordnet und bestimmt. Das hat in enger Verzahnung mit den Vereinten Nationen und ihren jeweils zuständigen Unterorganisationen zu geschehen. Den bislang mehr im Verborgenen wirkenden Vereinten Nationen muß und wird zukünftig mehr Verantwortung bei der Lösung regionaler und globaler Krisenlagen zukommen müssen. Ihre Ausgestaltung zu einem demokratisch legitimierten Weltparlament der Völker bei gleichzeitiger Befreiung von wirtschaftlich und politisch dominierenden Großmachtinteressen ist ohne Zweifel von hoher Dringlichkeit. Viele der generellen, das Überleben der menschlichen Gattung im Blickfeld ha-

benden Zielsetzungen in den vorliegenden ECE und WHO Programmen sind richtig und zu unterstützen. Zugleich sind sie aber auch - bedingt durch die Mitgliedschaft, Stärke und Dominanz der industriell hochentwickelten kapitalistischen Staaten und gleichzeitig durch die personellen Verflechtungen dieser Organisationen mit staatlichen Bürokratien und Industrievertretern - von den Leitvorstellungen eben dieser international führenden Industrienationen durchdrungen.

Es wird deshalb längerfristig darauf ankommen, den regional und weltweit dominierenden Entwicklungsweg des Kapitalismus für Umwelt und Gesundheit, in Wissenschaft und Technik (und damit ihre konkrete Umsetzung in Produkte, Technologien, Strategien für die Gesundheit, Lebensweise und Konsumstrukturen etc.) kritisch zu hinterfragen und zurückzudrängen. Im Kern geht es letztlich darum, die global bestehende, kapitalistisch formbestimmte Entwicklung der Produktivkräfte zu überwinden und zugleich endgültig das der bisherigen Menschheitsgeschichte über weite Strecken innewohnende, zerstörerische Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft abzustreifen. Alternativen müssen formuliert und die Auseinandersetzung ist um die konkreten Programminhalte zu führen. Dabei wird es in jedem Falle notwendig werden, den Einfluß des NATO-Umweltausschusses (NATO-CCMS) und denjenigen der OECD-Mitgliedsstaaten einzudämmen, deren Umweltschutzstrategien zu eindeutig mit militärischen bzw. Wirtschaftsinteressen verknüpft sind. Sie beeinflussen ihrerseits die Politikkonzepte von WHO und den UN.

Tragfähige Alternativen sind bereits für eine ganze Reihe von Bereichen von SozialistInnen, Ökologie- und Gewerkschaftsbewegung erarbeitet worden. Im folgenden sollen deshalb einige aus meiner Sicht besonders wichtige, vom Vorsorgeprinzip getragene Leitlinien für eine europäische Politik für Umwelt und Gesundheit formuliert werden. Sie greifen einerseits den von ECE und WHO gesetzten Rahmen auf, akzeptieren auch wichtige Teilforderungen daraus, wollen ihn aber andererseits auch zur Auseinandersetzung und inhaltlichen Veränderung nutzen. Insgesamt sollten diese Bausteine längerfristig in die Erarbeitung eines Konzepts für eine gesamteuropäisch ange-

legte, arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik einmünden.

Konkrete Leitlinien für eine dauerhafte Entwicklung in Europa: Aufgaben und Zuständigkeiten der öffentlichen Hand

- Schaffung eines europäischen Umwelt- und Entwicklungsfonds für die Entwicklung einer europäischen arbeitnehmerorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik für Arbeit und Umwelt;
- Verbleib von Wasser und Energieversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung sowie öffentlichem Verkehrswesen in öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum. Verknüpfung mit insgesamt modernen, leistungsfähigen, wirtschaftlich effizienten Strukturen;

Ressourcenverbrauch und Bodenschutz

- Die Nutzung von Naturschätzen, die von strategischer Bedeutung für technische und wirtschaftliche Entwicklungen sind, ist mit Auflagen zu versehen und öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen. Dies ist Teil der Anstrengungen auf dem Wege zu einer sparsamen und nachhaltigen, gesamtgesellschaftlich angelegten Bewirtschaftung der Ressourcen. Dafür müssen politische und wirtschaftliche Instrumente entwickelt werden;
- Für eine rechtlich verbindliche Ökologiepflichtigkeit des Bodens in Europa. Senkung des Bodenverbrauchs in Europa durch rechtlich verbindliche Raumplanungen in Verbindung mit Regional- und Bauleitplanung. Überprüfung aller Regelungen, die auf eine Werterhöhung des Bodens hinwirken. Eingriffe in das Privateigentum, wo erforderlich. Trennung von Nutzungs- und Eigentumsrechten, wo notwendig. Keine grundlegende Privatisierung von Grund und Boden in den ost-europäischen Staaten;
- Entwicklung eines zunehmenden Gerüsts an gemeinschaftlich nutzbaren Dienstleistungen zur Zurückdrängung des ungeheueren Rohstoffbedarfs. Beispiele dafür (die im übrigen z.T. bereits gegeben sind und nur des systematischen Ausbaus bedürfen) sind u.a.:
- Maschinenringe in der Landwirtschaft,
- Ausbau des Verleihs von Werkzeug

Rat & Tat

Reservisten verweigern



Bernd Müllender/Peter Vermeulen
Nicht mehr mit uns!
Reservisten verweigern

4., auf den neusten Stand gebrachte Auflage '91
206 S., DM 18.- ISBN 3-89438-020-9

Neuaufgabe im April

Winfried Schwamborn/Bernd Müllender

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer

12., aktualisierte u. erweiterte Auflage '91
220 S., DM 12,80 ISBN 3-89438-024-1

Verbilligt noch lieferbar

Jan Brauns

Handbuch für Zivildienstleistende

196 S., DM 6,- ISBN 3-89438-318-6

Jonas Müller/Detlev Thiesen

Handbuch für Wehrpflichtige

Von A wie AIDS bis Z wie Zurückstellung
411 S., DM 15.- ISBN 3-89438-299-6

Bezug über Ihre Buchhandlung oder (zuzügl. Versandkosten) direkt bei

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41

und Maschinen sowohl in Industrie, Gewerbe und Handwerk als auch im Hobbywerkbereich,
- Einrichtung gemeinschaftlich zu nutzender Reparatur und Servicezentren aller Art;

Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz

- Durchsetzung einer umweltverträglichen Agrarproduktion in ganz Europa zum nachhaltigen Schutz der Naturgrundlagen und einer gesunden Ernährung (Abkehr von Höchstertträgen in der Tier- und Pflanzenproduktion, Verbot der Massentierhaltung, biologisch integrierter statt chemischer Pflanzenschutz);
- Durchsetzung einer naturgemäßen Waldwirtschaft (standortgerechter Waldbau, artenreiche Waldbestände, Erhalt stabiler Ökosysteme);
- Erhaltung der noch vorhandenen Gesamtzahl an Arten und Biotoptypen und der Artenvielfalt in den einzelnen Biotopbeständen in Europa durch Erlangung des Status von Nationalparks, Naturschutzgebieten, flächenhaften Naturdenkmälern, geschützten Landschaftsbestandteilen oder Naturwaldzellen (allein für das ehemalige Gebiet der BRD wurden hierfür etwa 10 Prozent der Gesamtfläche veranschlagt!);

Wohnen, Energie und Verkehr

- Entwicklung neuer klima- und energiegerechter Bau- und Siedlungsformen im Wohnbereich, die nicht nur ein hohes Maß an individueller Lebensqualität in einer Gemeinschaft ermöglichen, sondern gleichzeitig auch den bisherigen gewaltigen Verbrauch an Rohstoffen und Landschaft reduzieren;
- Im Energiebereich Durchsetzung einer dezentral angelegten Energieversorgung mit Kraft-Wärmekopplung und rationeller Energienutzung, Ausstieg aus der Kernenergie und Einstieg in Entwicklung und Nutzung nichtnuklearer Energien auf breiter Grundlage (Eindämmung Treibhauseffekt);
- Ökologisch und sozial tragfähiger Umbau des Verkehrssystems. Förderung der Bahn. Ausbau der Nahverkehrssysteme (Busse, Rufaxi, Förderung alternativer Verkehrsträger auf der Grundlage von Bahn, Bus, Fahrrad etc.). Aufbau eines Autoteilsystems

(Begünstigung vom Autokauf zur Automiete). Umlenkung der großen Transport- und Güterströme von der Straße auf die Schiene.

Gesundheitspolitik und Arbeitsschutz

- Neuausrichtung des Gesundheitswesens in ganz Europa im Sinne der WHO Einzelziele für „Gesundheit 2000“, fußend auf dem Primat von Gesundheitsförderung und vorbeugender Verhütung von Krankheiten (Hauptaspekte: Lebensweise und Gesundheit, Aufbau eines Gesundheitsversorgungssystems beruhend auf dem Eckpfeiler der primären Gesundheitsversorgung);
- Nachhaltiger Schutz der Bevölkerung in ganz Europa gegen berufsbedingte Gesundheitsgefahren auf der Grundlage der WHO Einzelziele für „Gesundheit 2000“;

Forschungs- und Entwicklungspolitik

- Neuorientierung der gesamten Forschungspolitik in Europa, konsequenter Übergang zu einer an Ökologie und Gesundheit ausgerichteten Entwicklung von Wissenschaft und Technik (z.B. Einstellung von Förderprogrammen für nukleare Energieerzeugung, Aufstellung breit angelegter Forschungsprogramme zur Durchsetzung des biologisch-integrierten Pflanzenschutzes und Abkehr vom chemischen Pflanzenschutz);
- Verbindliche europaweite Einführung von Produktlinienanalyse, Technologiefolgenabschätzung und Umweltverträglichkeitsprüfung für die Zulassung und Überprüfung von Stoffen, Produkten und Produktionsverfahren für Industrie und Gewerbe. Einbeziehung des Kriteriums „sozialer Nettonutzen“;

Umwelt- und Industriepolitik

- Durchsetzung einer strikten Anwendung des Verursacherprinzips;
- Verbindliche europaweite Festlegung von Produktions- und Emissionsnormen entsprechend dem Stand der Technik (z.B. Normen für umweltfreundliche und recyclinggerechte Produkte, Grenzwerte für Schadstoffe);
- Durchsetzung verbindlicher, zeitlich gestaffelter Auflagen und Verbote im Bereich der bestehenden industriellen und gewerblichen Produktion entspre-

chend dem Stand der Technik (vorrangig Ausstieg aus der Chlorchemie, Anwendungs- und Exportbeschränkungen für Stoffe und Produkte);

- Festsetzung verbindlicher, zeitlich gestaffelter Pläne zur Sanierung des bestehenden industriellen und gewerblichen Altanlagenbestandes in Europa nach dem Stand der Technik (Luft- und Wasserreinigung, Abfallvermeidung und -verwertung) im Hinblick auf Stoffe, Branchen und Industrieregionen;
- Aufbau eines europaweiten grenzüberschreitenden Umweltinformations- und -überwachungssystems, Aufstellung europaweiter inner- und außerbetrieblicher Ökobilanzen. Öffentliche Transparenz und Kontrolle;

spw

Literatur:

1. Zellner, W.: Globale Probleme und neues Denken, in: spw 40, 11 Jg, Berlin/West 1988;
2. Gärtner, E.: Abschied vom Wahn der Naturbeherrschung. Stabilisierung der Biosphäre ein anderes Konzept für den Umgang mit der Natur, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8, Köln 1988;
3. Tjaden, K.H.: Notizen zur Reproduktionstheorie, in: Beiträge zur Reproduktionstheorie, FPN Arbeitsforschung + Raumentwicklung (FPN-NEP 02), S. 38, Kassel 1987;
4. Bimboes, D.: Ökologie und Sozialismus. Herausforderungen und Aufgaben im Verhältnis von Natur und Gesellschaft, in: spw 30, 9 Jg, Berlin/West 1986;
5. Umweltperspektive der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2000 und danach, in: Beiträge zur Umweltgestaltung, Bd. A 108, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1988;
6. United Nations, Economic Commission for Europe (ECE): Regional Strategy for Environmental Protection and Rational Use of Natural Resources in ECE member countries covering the period up to the year 2000 and beyond, New York 1988;
7. Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa: Einzelziele für „Gesundheit 2000“. Einzelziele zur Unterstützung der europäischen Regionalstrategie für „Gesundheit 2000“, Kopenhagen 1985;
8. Europäische Charta Umwelt und Gesundheit, abgedruckt in: Umwelt Nr. 1/1990
9. Volker Hauff (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft, der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Eggenkamp Verlag, Greven 1987
10. Europäischer Gewerkschaftsbund: Die Zukunft Europas, mehr Arbeit für eine bessere Umwelt, Brüssel 1987

Anmerkung: die Literaturstellen 6 + 7 sind am leichtesten über die Internationale Buchhandlung A. Horn, Friedrichstr. 39, 6200 Wiesbaden (0611/374212) zu beziehen

Christoph Butterwegge

Die Neue Rechte und der Kampf um die Hegemonie

Gramscis Hegemonietheorie, die Quintessenz seiner jahrelangen Beschäftigung mit Politik, Staat und Gesellschaft des (italienischen) Kapitalismus zwischen den beiden Weltkriegen, war noch nie im Alleinbesitz der Linken!

Eine völlig neue Situation trat ein, als sich ausgerechnet Nachfahren jener Kräfte Gramscis und seiner Gedanken bemächtigten, die ihn durch langjährige Kerkerhaft an der Entfaltung intellektueller Wirkung hindern wollen: Die extreme Rechte mehrerer Länder Westeuropas vollzog in den 80er Jahren einen Paradigma- und Strategiewechsel. Sie reduzierte die Machtfrage nicht mehr auf die Eroberung der Staatsmacht, sondern versuchte, die Poren der bürgerlichen Gesellschaft zu durchdringen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und das politische Klima grundlegend zu verändern.

Am erfolgreichsten verlief die Umorientierung, Modernisierung und Aktualisierung des Rechtsextremismus in Frankreich, wo die „Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation“ (GRECE) bzw. ihr Kopf, Alain de Benoist, explizit auf Gramsci rekurrier-

Dr. rer. Pol. Christoph Butterwegge, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen

Erweiterte Fassung eines Beitrages zur Tagung „Antonio Gramsci und die Theorie der zivilen Gesellschaft“ am 22./23. März 1991 an der Berliner Humboldt-Universität

Viele Milli arbeiten Sozialversic

„Zahl hat sich ver

sub Bonn — Die Z
tistisch erfaßten „ger
schäftigten“ hat
ben des „Forum Öko
beit“ zwischen 198
fast verdreifacht. En
gangenen Jahres se
alten D...

te und seinen Grundgedanken, daß nicht in erster Linie der staatliche Gewaltapparat (durch Repression), sondern die bürgerliche/zivile Gesellschaft (durch Konsensproduktion) Produktions- und Herrschaftsverhältnisse garantiere, adaptierte?

Die Konzentration des Rechtsextremismus/Faschismus auf den Staat(streich) wurde zugunsten einer stärkeren Be-

rücksichtigung gesellschaftlicher, kultureller und ideologischer Momente („Gramscisme de Droite“) aufgegeben, was mehr als ein taktischer Schwenk war, auch wenn der Kulturkampf jederzeit wieder durch Putschpläne ersetzt oder ergänzt werden kann.

Natürlich stellt sich die Frage, auf welchen Feldern der Rechtsextremismus

Elmar Altvater
Die Zukunft des Marktes

Ein Essay über die politische Ökonomie der Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden Sozialismus.'

ca. 300 S., ca. DM 34,80 ISBN 3-924550-48-4

Geoff Eley
Wilhelminismus Nationalismus, Faschismus

Zur historischen Kontinuität in Deutschland.

320 S., DM 62,00 ISBN 3-924550-47-8

Hermann Kuhn
Bruch mit dem Kommunismus

Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland.

325 S., DM 39,80 ISBN 3-924550-46-X

Logie Barrow, Dorothea Schmidt, Jutta Schwarzkopf (Hg.)
Nichts als Unterdrückung

Geschlecht und Klasse in der englischen Sozialgeschichte.

ca. 250 S., ca. DM 45,00 ISBN 3-924550-51-4

Gesamtverzeichnisse beim Verlag: 4400 Münster-Achtermannstr. 10 - 0251/56268

Themen besetzen, Begriffe umdeuten und den „Kampf um die Hirne und Herzen“ der Menschen führen wird. Die folgenden Bereiche bieten sich unter Berücksichtigung seiner „Kernideologeme“³, als das sind Sozialdarwinismus (Antiegalitarismus), Rassismus (Antisemitismus), Nationalismus (Antisowjetismus, Antiamerikanismus), Autoritarismus (Antiparlamentarismus), Militarismus (Antipazifismus) und Sexismus (Antifeminismus), gegenwärtig für eine Offensive an.

Renaissance des Nationalstaates und Rassismus oder neuer Internationalismus (Multikulturalismus)?

Nach der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes und der Vereinigung beider deutscher Staaten kann ein Rückfall in den Vorkriegsnationalismus erfolgen, weil der „Irrweg des Nationalstaates“, wie Peter Glotz sagt⁴, trotz unübersehbarer Tendenzen einer Globalisierung bzw. Europäisierung des Kapitals durchaus wieder attraktiv erscheint. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die historischen Fundamente des Nationalismus zerfallen und daß dieser in einer Welt supranationaler Konzerne, Handelsbeziehungen und Institutionen zum Anachronismus wird. Typisch für die Umbruchsituation, in der wir uns befinden, ist die Ungleichzeitigkeit der naturwissenschaftlich-technischen, ökonomischen und politischen Entwicklung, auf die Eric Hobsbawm hinweist: „Gegenwärtig durchleben wir eine seltsame Kombination aus der Technologie des späten 20. Jahrhunderts, dem Freihandel des 19. Jahrhunderts und der Wiedergeburt einer Art zwischenstaatlicher Zentren, die für den Welthandel im Mittelalter charakteristisch waren.“⁵

Im vereinten Deutschland prallen zwei Gesellschaften mit einem unterschiedlichen Lebensrhythmus aufeinander, die nur langsam synchronisiert werden dürften. Aus dieser „Ungleichzeitigkeit“ (Ernst Bloch) der Entwicklung erwachsen soziale Widersprüche, regionale und Strukturbrüche, die den Rechts-Extremismus tendenziell begünstigen⁶.

Das Erfolgsgeheimnis des Rechtsextremismus - wie des historischen Faschismus - liegt in dem Versprechen begründet, solche Ungleichzeitigkeiten dadurch zu beseitigen, daß die Zeit - wenn es sein muß, mit elementarer Gewalt - „stillgestellt“ wird⁷. Die Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig im Übergang von einer „klassischen“ Industrie- zur „Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck), die weiterhin auf der Grundlage privatkapitalistischer Eigentums- und Konkurrenzverhältnisse funktioniert, aber durch einen umfassenden Modernisierungsprozeß, Individualisierungsschübe und Anonymisierungstendenzen charakterisiert wird. Wunschvorstellung vieler Menschen ist dagegen ein Kapitalismus ohne Konkurrenz als Bewegungsform der Subjekte, bei dem sie die Segnungen der im Vergleich zur bürokratischen Zwangswirtschaft besonders effizienten Marktwirtschaft genießen können, ohne deren negative Auswirkungen und Folgen (Deregulierung, Reprivatisierung sozialer Risiken) ertragen zu müssen.

Die deutsche Einheit hat auf den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zunächst nicht befreiend und beflügelnd, sondern dämpfend gewirkt. Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz sprechen im Zusammenhang mit diesem Rückschlag für den Rechtsextremismus von einer Art „Erfüllungs-Depression“, die der äußersten Rechten aus folgendem Grund schwer zu schaffen mache: „Plötzlich und unerwartet ging verloren, woran sich das nationale Ressentiment jahrzehntelang wortreich entzündet konnte.“⁸ Franz Urban Pappis Prophezeiung, die deutsche Einheit werde dem ressentimentgeladenen Nationalismus in Deutschland den Boden entziehen⁹, scheint sich - wenn überhaupt - nur hinsichtlich der alten Bundesländer zu bewahrheiten. In der früheren DDR, die keine entwickelte „Zivilgesellschaft“ (Gramsci) hatte¹⁰, grassiert heute hingegen ein besonders aggressiver, militanter Rechtsextremismus und Rassismus¹¹. Der Rechtsradikalismus hat im vereinten Deutschland trotz möglicher Niederlagen und Durststrecken nach wie vor gute Chancen, sich zu entfalten, weil die gesellschaftlichen Ursachen weiterhin wirksam sind, denen er seinen Aufschwung verdankt, rechtsextreme Denkmuster in die politische Kultur Eingang gefunden haben und in absehbarer

Zukunft ihn begünstigende Problemlagen (Rezessionstendenzen, verschärfte Arbeitsplatzkonkurrenz) entstehen werden¹².

Nach einer kurzen Karenzzeit dürfte sich der Revanchismus vom Schock der im Zeichen des Liberalkonservatismus herbeigeführten Vereinigung von West- und „Mitteldeutschland“ erholen und vermehrt Pläne zur Kolonisation Osteuropas entwickeln. Die Neue Rechte fordert die ehemaligen deutschen Ostgebiete im Rahmen einer „zweiten Etappe der Wiedervereinigung“ zurück und möchte mittels einer „zweiten Revolution“ auch im Westen Deutschlands das „Loch der Besatzer“ abschütteln, weshalb sie - ergänzend zum verblasenden Antisowjetismus und -kommunismus - den Antiamerikanismus kultiviert¹³. Der Golfkrieg und die Protesthaltung der Jugend gegen den US-Kriegskurs bieten Anknüpfungspunkte dafür, zumal sich eine Rehabilitierung des Militärischen abzeichnet und, durch die Medien vermittelt, eine Martialisierung des Denkens beobachten läßt.

Rassismus und Ethnozentrismus greifen immer weiter um sich, zumal die wirtschaftliche und Systemkrise in Osteuropa und der Sowjetunion erwarten läßt, daß sich Millionen Menschen auf den Weg nach Deutschland machen werden. Schon jetzt bilden Ressentiments gegenüber Türken und Polen eine zusätzliche Spaltungslinie quer durch die Bevölkerung. „Ausländerfeindlichkeit“ im eigentlichen Wortsinn gibt es gar nicht: Was - übrigens nur in Deutschland - so bezeichnet wird, zerfällt bei genauerem Hinsehen in eine weitverbreitete Angst vor Fremden, die als Mitbewerber auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt in Erscheinung treten, zwischen denen aber nicht nach ethnischen Kriterien differenziert wird (betroffen sind auch Aus- und Übersiedler), und eine spezifische Abneigung gegenüber Dunkelhäutigen bzw. „Andersartigen“ (nicht betroffen sind indogermanische Ausländer, wie etwa Engländer, Skandinavier, weiße Nordamerikaner usw.). „Der Begriff Ausländerfeindlichkeit verschleiert und bagatellisiert ethnozentrische und rassistische Verhaltensweisen.“¹⁴

Der euramerikanische Rassismus entsteht im Gefolge eines Großmachtstrebens „von oben“, das nach außen ge-

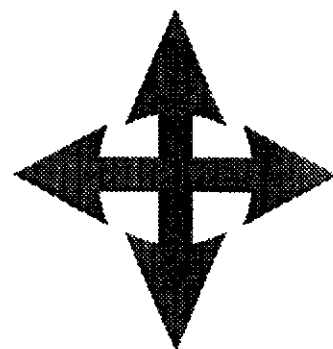
richtet ist und sich die Welt untertan macht, wobei meist gewaltsam oktroyierte Herrschafts- und Produktionsverhältnisse durch die ethnische Abwertung (eines Teils) der Beherrschten zementiert werden. Rassismus bildete die ideologische Leitlinie und, vermittelt durch den Nationalismus und Sozialdarwinismus¹⁵, die wichtigste Legitimationsgrundlage des modernen Imperialismus und Kolonialismus. „Denn nur als 'Rassismus' konnte sich der Imperialismus aus einem einfachen Eroberungsunternehmen in ein System universeller Herrschaft verwandeln, zur Grundlage einer 'Zivilisation' werden: d.h. in dem Maße, wie die imperialistische Nation als das besondere Instrument einer höheren Mission oder eines höheren Schicksals gedacht und dargestellt wurde, dem die anderen Völker die Anerkennung gar nicht verweigern können.“¹⁶

Rassismus dient als Expansionsideologie, aber auch als Konzept der Integration durch Ausgrenzung anderer. Man benötigt die Abwertung bestimmter Mitmenschen aufgrund ihrer Abstammung zur Abwehr möglicher Rivalen innerhalb einer ausgebeuteten, unterdrückten Population. Die Real- und Sozialgeschichte des Rassismus zeigt, daß dieser Hochkonjunktur hat, wenn sich Krisensymptome häufen, militärische Niederlagen oder Systemkrisen drohen und benachteiligte Schichten existentiell gefährdet sind und durch Herabsetzung fremder Menschengruppen den auf ihnen lastenden Druck „nach unten“ weitergeben.

Fremdenhaß resultiert aus konkreten Problemen, legitimiert sich über abstrakte Ideale, artikuliert sich in symbolischer Gewalt und kollidiert mit zivilem Verhalten. Die Rassenschranken überlagern Klassenschranken, verschleiern und reproduzieren sie gleichzeitig. Zwar lassen sich Rassendiskriminierung und -haß in aller Regel auf soziale bzw. wirtschaftliche Ursachen, Krisen und Konkurrenzverhältnisse zurückführen, aber nicht darauf reduzieren. Die Eindämmung des Rassismus ist nicht möglich durch Ignoranz, sondern nur durch Schaffung einer größeren Akzeptanz gegenüber Unterschieden zwischen „Rassen“, Völkern und Kulturen.

AusländerInnen müssen mehr Rechte bekommen, „eingebürgert“ werden und

Damit die SPD-Linker die Orientierung behält



Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/innen

- erscheint 6 x jährlich
- Einzelheft 3,50 DM
- Jahresabo 18,00 DM

Ich möchte ein kostenloses Probeheft

Name

Strasse

PLZ-Ort

Probeheft anfordern bei
SOZIALIST
Im Körbchen 10
3400 Göttingen

mitbestimmen können. Maßnahmen der rechtlichen Absicherung, sozialen Gleichstellung und politischen Partizipation würden eine wirkliche Integration, die nicht mit Assimilation verwechselt werden darf, ermöglichen¹⁷. Integrationsangebote, wie etwa Beiräte oder das Kommunalwahlrecht für Ausländer¹⁸, sind notwendig, aber nur Zwischenschritte und kaum hinreichend, um rassistischen Ideologien den Nährboden zu entziehen. „Selbst wo das Denken bis hin zu einem Wahlrecht in den Kommunen und zu einem Niederlassungsrecht vorgedrungen ist, handelt es sich immer nur um graduelle Reparaturen am Ausländer-Sein, ohne daß dieses jemals überschritten würde.“¹⁹

Ansatzpunkte einer Gegenstrategie: Zivilgesellschaft, gesamtdeutscher Sozialstaat, moderne Vielvölkerrepublik

Die von einer demokratischen Basisbewegung herbeigeführte „Wende“ in der DDR hat durch Freisetzung im Schoße des Stasi-Sozialismus herangereifter,

aber mit Polizeigewalt niedergehaltener Kräfte der extremen Rechten paradoxerweise genauso zur Stärkung einer reaktionären Grundströmung beigetragen wie die „Wende“ in der alten Bundesrepublik im Herbst 1982. Hier wie dort war der Aufschwung (neu)rechter Ideologien, Parteien und Organisationen - z.B. der REPUBLIKANER - das Ergebnis einer doppelten Hegemoniekrise: Eike Hennig spricht bezüglich der BRD in diesem Zusammenhang von einer „Parallelität der Delegitimierung von Regierung und Opposition“ und verweist auf die sinkende Wahlbeteiligung im Vorfeld der gar nicht überraschenden REP-Erfolge²⁰.

Sowohl der herrschende Block und seine liberal-konservative Regierungskoalition als auch eine - insbesondere für Jugendliche - nicht mehr attraktive Opposition, die weder im Bundestag noch außerparlamentarisch eine wirkliche Alternative zur bürgerlichen Mehrheitsformation darstellte, hatten an Glaubwürdigkeit verloren. In der DDR führte die Massenflucht über Ungarn und die Prager Botschaft zum Offenbarungseid einer Staats- und Parteiführung, die schon lange nicht mehr hegemoniefähig war und sich nur durch Repressalien und Privilegien be-

hauptete. Umgekehrt war die Bürgerbewegung zwar in der Lage, den Sturz des SED-Regimes zu bewirken, aber nicht stark genug, um Mehrheiten für einen „eigenen“, demokratisch-sozialistischen Staat zu mobilisieren.

Um die Hegemonie zu erringen bzw. wiederzugewinnen, muß eine Gesellschaftsklasse nach Gramsci unterschiedliche Problemfelder so miteinander verbinden, daß Bündnis- und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten über traditionelle Klassengrenzen hinweg entstehen. Als Beispiel diente ihm die Frage des (italienischen) Südens, über die er kurz vor seiner Verhaftung im November 1926 eine - leider nicht mehr vollendete - Abhandlung schrieb²¹.

Hier und heute gilt es, Gramscis Hegemonietheorie auf die Bedingungen des vereinigten Deutschland anzuwenden, die soziale mit der nationalen, die demokratische mit der sozialen und die nationale mit der demokratischen Frage zu verknüpfen.

Nach Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik wird sich deren soziale und regionale Polarisierung, bedingt durch das zusätzliche Ost-West-Gefälle, verstärken. Ein Grundwiderspruch

der kapitalistischen, sozialstaatlich verfaßten Industriegesellschaft besteht darin, „Armut im Wohlstand“, d.h. eine extrem ungleiche Verteilung ökonomischer Ressourcen, gesellschaftlicher Lebenslagen und kultureller Entfaltungsmöglichkeiten, zu produzieren²². Nur wenn die nationale mit der sozialen Frage in Verbindung gebracht wird, kann sich die Kluft zwischen „Ossis“ und „Wessis“ schließen, ohne daß neue Bruchstellen entstehen. Statt einer „Nationalisierung der sozialen Frage“, die Eike Hennig zufolge bis heute nachwirkt²³, bedarf es dringend einer Sozialisierung der nationalen Frage, um das Problemfeld „Wiedervereinigung“ von links her zu besetzen. Dabei stellt sich auch die Frage, warum die Bundesregierung sofort Steuererhöhungen für den Golfkrieg, aber nicht zur Beseitigung der sozialen Misere in den neuen Bundesländern für sinnvoll erklärte.

Dreh- und Angelpunkt einer Strategie zur Eindämmung rechtsextremer Positionsgewinne ist die Beseitigung und Vermeidung von Massenelend im Zuge des Vereinigungsprozesses, wenngleich der Neofaschismus nicht schon dadurch wieder aus der Welt verschwindet, daß man Arbeitsplätze schafft und Wohnun-

gen baut. Eine soziale Grundsicherung ist jedoch nicht nur aufgrund materieller Verelendung vor allem in den neuen Bundesländern, sondern auch wegen ihrer Schlüsselbedeutung für die Freiheit, Selbstbestimmung und Entscheidungsfähigkeit der BürgerInnen nötiger denn je. Keine darf unter die Räder kommen, wenn das vereinte Deutschland ein Vorbild für seine europäischen Nachbarn sein will²⁴.

Die demokratische mit der sozialen Frage zu verknüpfen heißt, die Erkenntnis zu fördern, daß soziale Sicherheit die Grundbedingung für demokratische Mitwirkung ist, daß man elementare Bürgerrechte (Wahlrecht, Meinungs- und Versammlungsfreiheit) nur wahrnehmen und von Demokratie nur dann die Rede sein kann, wenn eine materielle Mindestausstattung aller Staatsbürger deren politische Handlungsfähigkeit sicherstellt. „Öffentliche Fürsorge oder Sozialhilfe ist demnach keine Frage der Nächsten- oder Menschenliebe, auch keine Frage der Bestandssicherung für die kapitalistische oder eine bestimmte politische Ordnung, sondern Ausdruck ziviler Solidarität, die darauf abzielt, alle Bürger zu ermächtigen, ihre Meinungen und Interessen selbsttätig zu artikulieren und für diese tatkräftig in der

Öffentlichkeit einzutreten.“²⁵

Anders ausgedrückt und politisch zugespitzt: Ein Gemeinwesen wie die Bundesrepublik Deutschland, das zwar gigantische Leistungsbilanzüberschüsse, aber keine bedarfsorientierte Grundsicherung seiner Mitglieder hat, ist weder ein Sozialstaat noch eine Demokratie im eigentlichen Wortsinn. Wer demokratische Partizipation nicht künstlich beschränken, auf eine wohlhabende Majorität beschränken will, muß sich für ein Bürgergehalt, ein garantiertes Mindesteinkommen bzw. eine Grundsicherung einsetzen, wodurch sich gleichzeitig die Risiken der materiellen Konkurrenz und die politischen Erfolgchancen des Rechtsextremismus verringern würden²⁶.

Mehr direkte Demokratie wagen? - Zum Verhältnis von Repräsentation und Partizipation in den 90er Jahren

Das Problem der Demokratie ist eine Kardinalfrage der Gegenwart. Die Krise des politischen Systems beschränkt sich nicht auf Osteuropa, sondern be-

1 Zum Schlüsselbegriff der Staats- und Politiktheorie Gramscis vgl. [vom Verfasser] das Stichwort „Hegemonie“, in: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 2, Hamburg 1990, S. 531ff.; neuerdings: Sabine Kebir, Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag - Ökonomie - Kultur - Politik, Hamburg 1991, S. 74ff.

2 Vgl. Marieluise Christadler, Die „Nouvelle Droite“ in Frankreich, in: Iring Fetscher (Hrsg.), Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, München 1983, S. 170.

3 Zu diesem Konzept vgl. auch Siegfried und Margret Jäger, Entstehungsbedingungen und Kernideologeme rechtsextremer Bewegungen heute, in: Doris Kollmann u.a. (Hrsg.), Neofaschismus - (k)ein langfristiges Problem?, Theoretische Grundlagen und Anregungen für die pädagogische Praxis, Bielefeld 1990, S. 42ff., wo allerdings nur Rassismus und Sexismus behandelt werden. Reinhard Kühnl, Der (Wieder)Aufstieg neofaschistischer Parteien; ebd., S. 60, bezeichnet den Sozialdarwinismus als „Schlüsselideologem jeder rechtsgerichteten Ideologie“.

4 Siehe Peter Gloiz, Der Irrweg des National-

staats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum, Stuttgart 1990.

5 Eric Hobsbawm, Der neue Nationalismus, in: Sozialismus 11/1990, S. 61.

6 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Gesellschaftliche Ursachen, Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen des Rechtsradikalismus, in: ders./Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Rechtserscheinung oder Gefahr für die Demokratie?, Mit einem Vorwort von Eckart Spoo, Bremen 1990, S. 14ff.

7 Vgl. dazu und zum folgenden: Astrid Grenkowitz u.a., Die Zwanghaftigkeit von Zeitstrukturen im Alltag, in der Zwangsneurose und im Faschismus, in: Rainer Zoll (Hrsg.), Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Frankfurt am Main 1988, S. 446f.

8 Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990, S. 182.

9 Vgl. Franz Urban Pappi, Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/1990, S. 44.

10 Vgl. Harald Neubert, Antonio Gramsci und das Schicksal des „realen Sozialismus“, in: BZG 1/1991, S. 10.

11 Vgl. hierzu: Peter Ködderitzsch/Leo A. Müller, Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990, S. 29ff.

12 Vgl. Konrad Schacht, Der Rechtsextremismus hat eine Zukunft, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 2/1991, S. 152.

13 Vgl. Arno Klönne, Die Neue Rechte angesichts der deutschen Einheit, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 70f.

14 Annita Kalpaka/Nora Rätznel, Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, in: Otger Autrata u.a. (Hrsg.), Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe, Hamburg 1989, S. 86.

15 Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Der Sozialdarwinismus. Seine Genese und sein Einfluß auf das imperialistische Denken, München 1973, S. 91 und 113ff.

16 Etienne Balibar, Rassismus und Nationalismus, in: ders./Immanuel Wallerstein, Rasse-Klasse - Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg und Berlin (West) 1990, S. 79.

17 Vgl. Isabel Basterra, „Fremdenhaß“ als Ursache von Gewalt?, Staatliche (Des-)Information nährt Feindbilder, in: Peter-Alexis Albrecht/Otto Backes (Hrsg.), Verdeckte Gewalt. Plädoyer für eine „Innere Abrüstung“, Frankfurt am Main 1990, S. 107.

18 Vgl. hierzu: Klaus Sieveking u.a. (Hrsg.), Das Kommunalwahlrecht für Ausländer, Baden-Baden 1989.

19 Lutz Hoffmann, Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem

Nationalstaat, Köln 1990, S. 35.

20 Siehe Eike Hennig, Die Republikaner im Schatten Deutschlands. zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt am Main 1991, S. 223.

21 Vgl. Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Frankfurt am Main 1980, S. 188ff.

22 Siehe hierzu: Diether Döring u.a. (Hrsg.), Armut im Wohlstand, Frankfurt am Main 1990.

23 Siehe Eike Hennig, Die Republikaner im Schatten Deutschlands, a.a.O., S. 242.

24 Vgl. Herbert Ehrenberg, Damit keiner unter die Räder kommt. Strategien für einen gesamtdeutschen Sozialstaat, Köln 1990.

25 Ulrich Rödel u.a., Die demokratische Frage, Frankfurt am Main 1989, S. 188.

26 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und die Entpolitisierung von Gewalt, in: Peter-Alexis Albrecht/Otto Backes (Hrsg.), Verdeckte Gewalt, a.a.O., S. 166.

27 Vgl. z.B. Rudolf Bahro u.a., Die Zukunft der Demokratie. Entwicklungsperspektiven der Regierungssysteme in Ost und West, Wien 1988; Norberto Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin (West) 1988.

28 Vgl. Arne Heise (Hrsg.), Arbeiter-selbstverwaltung, München 1989.

29 Vgl. hierzu auch: Christoph Butterwegge, Sozialdemokratie und Staat. Zum

Demokratieverständnis des Irseer Entwurfs, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 7/1988, S. 646f.

30 Vgl. Horst Bethge, Die Herrschaft des Volkes: Plebiszit und gelebte Demokratie von unten, in: ders. u.a. (Hrsg.), Gutachten zur Lage der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland 1989. 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1989, S. 55 f.

31 Vgl. z.B. Heinrich Oberreuter, Stimmungs-demokratie. Strömungen im politischen Bewußtsein, Zürich und Osnabrück 1987, S. 59.

32 Vgl. Siegfried Jäger, Rechtsextremismus und Sprache, in: Kurt Bodewig u.a. (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, 2. Aufl. Essen 1990, S. 275.

33 Vgl. Horst Isola, Die demokratische Linke und der Rechtsextremismus, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 162.

34 Siehe Rudolf Wassermann, Die Zuschauerdemokratie, Düsseldorf und Wien 1986.

35 Vgl. hierzu: Ulrich K. Preuß, Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis, Berlin 1990, S. 73ff. (78).

36 Vgl. Manfred Linz, Was tun gegen den Rechtsextremismus?, Strategien und wen sie erreichen, in: Kurt Bodewig u.a. (Hrsg.), Die

schleichende Gefahr, a.a.O., S. 204f.

37 Vgl. hierzu: Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, 3. Aufl. Weinheim und München 1989.

38 Vgl. etwa Jürgen Micksch, Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfall. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus, Frankfurt am Main 1989; Kurt Möller, Zwei Dutzend Gründe für die aktuelle Hilflosigkeit des politischen und pädagogischen Antifaschismus. Provokationen, Polemiken, Perspektiven, in: Neue Praxis 6/1989, S. 480ff.; Benno Hatenecker/Walter Lochmann, Einen „politisch-pädagogischen Königsweg“ gibt es nicht. Eine Bilanz der letzten Jahre, in: Widersprüche 35 (1990), S. 47ff.

39 Vgl. Ganz einfache Sachen. Ein Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit, in: Claus Leggewie, Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Berlin 1990, S. 67f.

40 Vgl. Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit - Regionalverband Nord (Hrsg.): S.O.S. Rassismus. Biographie einer Aktion, Berlin (West) 1985.

41 Lutz Hoffmann, Die unvollendete Republik, a.a.O., S. 164.

42 Vgl. Annita Kalpaka/Nora Rätznel, Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, a.a.O., S. 100.

trifft auch Westeuropa, wo eine Diskussion über das Verhältnis zwischen plebiszitärer und repräsentativer Demokratie, über die Zukunft des Parlamentarismus und Möglichkeiten seiner Erneuerung stattfindet²⁷. Klassische Staatsphilosophien feiern fröhliche Urständ - Montesquieus Gewaltenteilungslehre im Osten, Rousseaus Demokratietheorie im Westen.

Das wirksamste Mittel, um dem Rechtsextremismus zu begegnen, ist die Demokratie, begriffen nicht als formales Regelwerk für staatliche Institutionen und Verteidigung des politischen und gesellschaftlichen Status quo, sondern als Einlösung des Versprochenen (Grundgesetzauftrag) und Verwirklichung des im Wortsinn seit langem Notwendigen (Volksherrschaft). Basisdemokratie fängt im Betrieb an und hört im Wahlakt nicht auf. Daher muß erneut über Mitbestimmung und Möglichkeiten der Selbstverwaltung nachgedacht werden, nicht nur hinsichtlich einer Wiederbelebung der Genossenschaftsbewegung²⁸.

Das Staatsbewußtsein der BürgerInnen hat sich seit Gründung der Bundesrepublik erheblich gewandelt (Stichworte: „Krise der Volksparteien“, „Parteienverdrossenheit“). Einer Periode der unkritischen Identifikation (1949 bis 1966/67) folgten Phasen der bloßen Akzeptanz (1968 bis 1974/75) und zunehmender Distanz²⁹. Im Übergang zum dritten Jahrtausend wird sich das Verhältnis von parlamentarischer Repräsentation und Bürgerpartizipation ändern. Elemente und Mechanismen direkter Demokratie haben heute eine größere Bedeutung als früher, weil der ökonomische Reproduktionsprozeß Bedürfnisse nach Mitentscheidung erzeugt, die im Überbau befriedigt werden müssen³⁰. Einem neuen, durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien gekennzeichneten Akkumulationstyp entspricht ein neuer Partizipationstyp: Wer aufgrund seiner qualifizierten Ausbildung Computer bedient und Roboter steuert, will auch darüber mitbestimmen, was produziert und wie regiert wird. Die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordert tiefgreifende Veränderungen im Bereich der politisch-parlamentarischen Repräsentation. Die Kritik vor allem vieler junger Menschen an der repräsentativen Demokra-

tie richtet sich weder gegen Demokratie schlechthin noch gegen Parlamentarismus und Pluralismus, wie konservative Staatstheoretiker argwöhnen³¹. Hierbei handelt es sich wohl um ein „interessiertes Mißverständnis“, welches ganz bewußt ignoriert, daß der parlamentarisch-demokratische Parteienstaat nicht zerstört und durch Basisdemokratie bzw. Anarchie ersetzt, vielmehr sinnvoll ergänzt, funktionsfähiger und krisensicherer gemacht werden soll. Kein ernstzunehmender Kritiker versteigt sich zu der Losung, die Bewegung sei alles, das Parlament nichts.

Das Gebot der Stunde lautet: Mehr direkte und Wirtschaftsdemokratie wagen! Die Demokratisierung aller Lebensbereiche - das ist für Siegfried Jäger die beste Antwort auf Positionsgewinne des Rechtsextremismus³². Bei der deutschen Vereinigung wurde das Volk nicht gefragt - typisch für die politische (Un-) Kultur des Landes. Um so wesentlicher ist es, die Handlungs- und Entscheidungsautonomie der Subjekte (wieder)herzustellen. Das fängt im betrieblichen und Unternehmensbereich an und geht über die Gesamtwirtschaft, wo strenge Hierarchien und starre „Kommandostrukturen“, aber nur minimale Freiräume zur Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften existieren (immer noch unerfüllt: die Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten aus der Weimarer Reichsverfassung), sowie den Wohnbereich, kommunale und regionale Entscheidungsträger bis zur zentralstaatlichen und supranationalen Ebene, der immer mehr Kompetenzen übertragen werden.

Partizipation und Mitbestimmung müssen auf allen Ebenen ausgebaut, plebiszitäre Elemente: Volksinitiative, -begehren und -entscheid eingeführt werden, denn diese bieten - ebenso wie Runde Tische - Möglichkeiten, mehr BürgerInnen für Politik zu interessieren, so daß sie auch eine Waffe im Kampf gegen den Rechtsradikalismus/Neofaschismus sein können³³. Eine „Zuschauerdemokratie“, wie Rudolf Wassermann die Bundesrepublik Deutschland nennt³⁴, darf sich nicht wundern, wenn das Publikum rechtsradikalen Demagogen nachläuft.

Die demokratische mit der nationalen Frage zu verknüpfen heißt, im Sinne der

DIE ZURÜCKDRÄNGUNG DES RECHTS- EXTREMISMUS VERLANGT KEINE HELDEN, DIE SICH SEINEN BEWAFFNETEN BANDEN ENTGEGEN- WERFEN, ABER SELBSTBEWUSSTE BÜRGERINNEN.

Väter (und wenigen Mütter) des Grundgesetzes darauf hinzuwirken, daß das vereinte Deutschland eine - nicht mehr nur provisorische - Verfassung bekommt, die per Volksabstimmung in Kraft gesetzt wird. Das Grundgesetz könnte die Basis abgeben, müßte aber insoweit fortgeschrieben werden, als - im Zuge des Kalten Krieges eingeführte - restriktive Passagen, wie etwa die allgemeine Wehrpflicht oder die Notstandsparagraphen, mit dem Ende des Kalten Krieges obsolet geworden sind. Die Verfassung sollte mehr plebiszitäre Elemente enthalten, durch die das Mitbestimmungs- bzw. Entscheidungsrecht der StaatsbürgerInnen gestärkt würde, und sich am Verfassungsentwurf des Runden Tisches orientieren, dem ein ganz neues Verfassungsverständnis zugrunde liegt, das Ulrich K. Preuß als „moralisch reflexiven Konstitutionalismus“ bezeichnet³⁵. Die Verfassungsdebatte ist ein Prüfstein, ob das deutsche Volk außer im Wahlritual überhaupt noch als Souverän akzeptiert wird.

Von der revolutionären Parole „Wir sind das Volk!“ über die populäre Losung „Wir sind ein Volk!“ bis zu der reaktionären Überzeugung „Wir sind ein besonders tüchtiges, begnadetes und den anderen überlegenes Volk“ war es nur

ein Schritt. Im vereinten Deutschland geht es auch darum, ob sich die demokratische oder eine chauvinistische Lesart des Begriffs „Volk“ im Massenbewußtsein durchsetzt.

Was tun gegen den Rechtsextremismus im vereinten Deutschland?

Der gesamtdeutsche Rechtsextremismus ist mehr als die Summe seiner Teile, die ideologische Breiten- und Tiefenwirkung, mit der er die in zwei ungleiche Hälften zerfallende Nation durchdringt, nicht zu unterschätzen. Gegenstrategien sind - wenn überhaupt - nur embryonal entwickelt. Der traditionelle Antifaschismus greift nicht mehr, und noch ist kein Ersatz an seine Stelle getreten.

Je präziser das Wesen des Rechtsextremismus analysiert und je differenzierter seine Wirkung beurteilt wird, um so komplizierter erscheint die Strategie, mit der ihm Einhalt geboten werden kann. Da der Rechtsextremismus einen „harten Kern“, aber auch weiche Stellen und fließende Übergänge zum Nationalkonservatismus hat, bedarf es einer „schiefen Schlachtordnung“, für die vor allem zwei Unterscheidungen wichtig sind: zwischen Parteien, Organisationen, Gruppen und Gesinnungen einerseits sowie zwischen dem modernen, „intellektualisierten“ Rechtsextremismus und dem Neofaschismus bzw. -nazismus andererseits³⁶. Die Hauptaufgabe besteht darin, den (noch) kleinen Kreis der Fanatiker zu isolieren, ohne ihm neue Sympathisanten in die Arme zu treiben.

Parteien wie die REPUBLIKANER kommen und gehen, rechtsradikale Orientierungsmuster und -milieus³⁷, als deren Organisations- und Werbeagenturen sie fungieren, bleiben jedoch bestehen. Deshalb kann man sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht auf solche Gruppierungen konzentrieren, darf ihre Bedeutung für die Verstärkung rechtsextremer Einstellungen aber auch nicht ignorieren.

Was ich vorschlage, kann man als mehrdimensionale Doppelstrategie bezeichnen. Der Rechtsextremismus sollte administrativ und argumentativ, auf der

Verstandes- und Gefühlsebene, politisch und ideologisch, mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln, zentral und lokal, im Subjekt und im Objektbereich bekämpft werden.

Rechtsextremistische Strömungen innerhalb der Gesellschaft kann man nicht gewaltsam unterdrücken, fundamentale Gegensätze nicht überbrücken. Die Auflösung neofaschistischer Organisationen ist kein Patentrezept, sondern nur in Einzel- und Ausnahmefällen (FAP, NF) richtig, zumal sie die Gefahr eines Märtyrerbonus beinhaltet. Statt auf den Staat zu hoffen und von ihm zu erwarten, daß die Parteien der äußersten Rechten verboten werden, muß man selbst etwas tun und denen mehr bieten, die sich von solchen Organisationen angesprochen fühlen. Möglichkeiten gibt es genug: Die Palette reicht von Informations- und Diskussionsveranstaltungen über Stadteilfeste bis zu experimentellen Formen der Jugend- und Sozialarbeit³⁸. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat vorrangig durch Einzelpersonen und Organisationen der „zivilen Gesellschaft“ (Gramsci), nicht durch staatliche Institutionen, und sie hat möglichst diskursiv zu erfolgen.

Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, über Völkermorde, Massaker und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im deutschen Namen begangen wurden, ist weder überflüssig noch ausreichend. Für junge Menschen stellt der Holocaust keinen historischen Bruch mehr dar - wie für die Zeitgenossen. Sie identifizieren die Neue Rechte aus verständlichen Gründen nicht mit dem NS-Regime. Nie war es so notwendig, sich (erneut) mit dem Nationalsozialismus und dem sog. Dritten Reich zu beschäftigen, wie zu einer Zeit, wo Erich Honecker und Saddam Hussein leichtfertig mit Adolf Hitler gleichgesetzt werden und die Totalitarismustheorie durch das Fiasko des autoritär-bürokratischen Realsozialismus neue Nahrung erhält.

Aktionsformen sollten sich deutlich von jenen der Neonazis unterscheiden und gewaltfrei sein, denn Gewaltanwendung erzeugt Angst und diese wiederum ein politisches Klima, das (neben Arbeitslosigkeit und Armut) den Rechtsradikalismus fördert. Desintegration („Nazis

raus!“), Repression („Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“) und die Projektion der Vergangenheit in die Zukunft („Lieber raus auf die Straße als heim ins Reich“) sind ungeeignet, die positive Vision einer Welt ohne Waffen und Naturzerstörung, der Völkerverständigung und internationalen Solidarität, der Meinungspluralität und ethnischen Heterogenität einer „modernen Vielvölkerrepublik“ (Claus Leggewie) zu verbreiten.

Mehr Zivilcourage ist eine Grundvoraussetzung für die „Zivilgesellschaft“ der Zukunft. Die Zurückdrängung des Rechtsextremismus verlangt keine Helden, die sich seinen bewaffneten Banden entgegenwerfen, aber selbstbewußte BürgerInnen, die praktische Solidarität üben, wo Gewalt, Unrecht und Ausbeutung andere Menschen erniedrigt. Es muß ein Meinungsklima entstehen, in dem nicht Stammtischbrüder den Ton angeben, sondern rassistische und sexistische Übergriffe sofort Gegenkräfte auf den Plan rufen³⁹.

Einerseits müssen Sympathiebekundungen und Solidaritätsaktionen (wie etwa S.O.S. Rassismus: „Mach meinen Kumpel nicht an!“) zugunsten diskriminierter AusländerInnen erfolgen⁴⁰; andererseits ihre deutschen MitbürgerInnen von Konkurrenzängsten befreit und befähigt werden, sich selbst zu verwirklichen, ohne Immigranten bzw. ihre Nachkommen auszugrenzen. „Eine Überwindung der jetzigen Situation ist nur möglich, wenn ein Wandel im Wir-Bewußtsein der BRD eintritt. Dieser wird nicht durch Veränderungen bei den Eingewanderten, sondern bei den Deutschen erreicht.“⁴¹ Zielgruppen sind sowohl die Opfer des Rassismus und Ethnozentrismus als auch die potentiellen Täter. Der Weg in eine „multi-“ bzw. „interkulturelle“, d.h. nicht-rassistische Gesellschaft ist nur gemeinsam zu beschreiten⁴².

Ich abonniere SPW ab sofort/ab Heft SPW erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-, Ausland DM 54,- (incl. Versand). SPW kann jahrgangswise auch rückwirkend abonniert werden.

zum Normalpreis DM 51,-
 zum ermäßigten Preis DM 42,-
 zum Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer _____ Bankleitzahl _____

Bankverbindung _____

Name (in Druckbuchstaben) _____ Geburtsdatum _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§ 1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift _____

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

PRÄMIE

Ich habe spw bereits abonniert oder diese/n Abonnenten/in geworben. Ich möchte gerne die Buchprämie

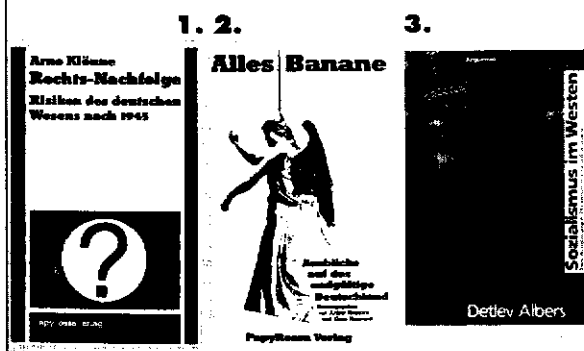
Nr. _____
 Die Prämie steht mir zu, sobald die Abo-Gebühren beim Verlag eingegangen sind.

Name (in Druckbuchstaben) _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____



spw Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
 Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

Ich bestelle

- gegen Rechnung
 durch Vorkasse
 mit Verrechnungsscheck
- Expl. Josef Hindels, Marxismus u. Gegenwart
 Expl. Frauenbilder
 Expl. Kapitalistische Krise
 Expl. Herforder Thesen
 Expl. Linke Sozialdemokraten ? ...
 Expl. Sozialismus der Zukunft
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Hefte Nr. _____

Name, Vorname _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ und Ort _____

Datum und Unterschrift _____

Geschichte wird gemacht, spw war dabei.

spw 39 bis spw 50 zum Sonderpreis von 60,- DM (incl. Versand).

Ich bestelle

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt
 Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ und Ort _____

Datum und Unterschrift _____

Josef Hindels MARXISMUS UND GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.
 Prof. Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen in der Gegenwart, befaßt sich in dieser Broschüre aus der Sicht des unorthodoxen Marxismus mit jenen Fragen, die in der Gesellschaft von heute große ideologische Auseinandersetzungen auslösen: Die atomare Bedrohung und der Hunger in der Welt sowie das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Damit verbunden ist auch eine leicht verständliche Einführung in marxistische Denkweisen.

Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

FRAUENBILDER: Die weibliche Wirklichkeit ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 S., Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

HERFORDER THESEN. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM.
 Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpfen.

LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsg. von Detlev Albers u.a., mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.
 "... alle diese kritischen Bemerkungen mindern in meinen Augen das außerordentliche Verdienst der Herforder Thesen nicht - und ich sage das ausdrücklich, obwohl ich in einer Reihe von ganz entscheidenden Punkten inhaltlich nicht mit ihnen übereinstimme -, weil nach langer, langer Zeit ... der Versuch gemacht wurde, ein umfassendes Konzept sozialistischer Politik auf marxistischer Grundlage für Sozialisten in der SPD zu entwickeln." (Peter von Oertzen)

SOZIALISMUS DER ZUKUNFT. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm,

WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGS- PROGRAMM

Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 S., Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.
 WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist. Grundelemente der SPD-Programmatik, die auf der Höhe der Probleme der Zeit steht und die antikapitalistische Perspektive nicht preisgibt.

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen

Hrsg. von Susi Möbbeck, Fieta Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM.
 Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

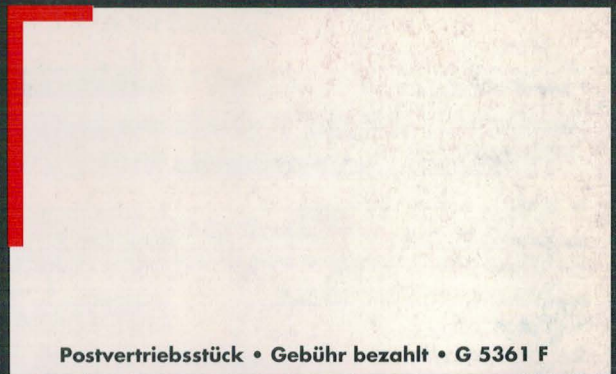
In den nächsten Heften:

- **Bildung 2000**
- **Zukunft der
Sozialdemokratie**
- **Urbanität
und Lebensstil**

spw abonnieren! AbonentInnen werben!

Wer jetzt **spw** abonniert
oder ein neues ABO wirbt, erhält als
Dankeschön eine **Werbeprämie**
nach eigener Wahl!

Das aktuelle Angebot
befindet sich
auf Seite 58.



Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

ADRESSENÄNDERUNG

COUPON

Ich bin umgezogen. Bitte ändert meine Adresse in Eurer Datei.

Mein Name

Meine alte Adresse

Meine neue Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

SPW

- **das Magazin
der sozialdemokratischen Linken,**
- **das Magazin
für einen sozialistischen Dialog.**

SPW wird herausgegeben von den Bundestagsabgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Ebert**, der Juso-Vorsitzenden **Susi Möbbeck**, den Mitgliedern der SPD-Programmkommission **Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

SPW erscheint als Themenheft, mit aktuellen Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In- und Ausland.

6 Ausgaben im Jahr (Jahresumfang 360 Seiten) • Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM (für Nichterwerbstätige: 42,- DM) incl. Versand (Ausland 54,- DM)